

Der Truman Institut

Atlas

des jüdisch-arabischen
Konflikts

Shaul Arieli



Der israelisch-palästinensische Konflikt existiert seit über einem Jahrhundert und wird wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren das Leben der beiden Völker in Israel/Palästina bestimmen. Dieser Atlas bietet eine übersichtliche, prägnante Darstellung der Entwicklung dieses Konflikts unter Berücksichtigung seiner verschiedenen Dimensionen, wobei territoriale, demografische und diplomatische Aspekte im Mittelpunkt stehen. Er beginnt mit der modernen jüdischen Einwanderung in das Land und endet in der Gegenwart.

Dutzende farbige Karten bieten eine Fülle von Informationen in zugänglicher Form. Die grafische Darstellung macht den historischen Konfliktverlauf klar nachvollziehbar. Prägnante, tiefgründige Texte betten die Karten mit zusätzlichen fundierten Informationen in ihren historischen Kontext ein.

Dieser Atlas ist als nützliche Ressource für all diejenigen gedacht, die an der Geschichte des Konflikts interessiert oder gar in ihn involviert sind. Sein Verfasser, Dr. Shaul Arieli, zählt zu den führenden Experten für die Geschichte von Israels Grenzen und die Entwicklung des Nahostkonflikts.

Harry S. Truman Forschungsinstitut für Frieden an der Hebräischen Universität in Jerusalem

"Als Zentrum für Friedensforschung wird das Institut hoffentlich einen internationalen Beitrag zu einem harmonischeren Zusammenleben und echter Kooperation zwischen Völkern leisten", hieß es in der Erklärung anlässlich der Grundsteinlegung im Juli 1966. Seitdem hat das Institut Forschungen und öffentliche Aktivitäten unterstützt und bietet eine Plattform für Diskurse und Begegnungen zu den Themen Frieden und Konfliktlösung. Der Kern seiner Arbeit ist dem jüdisch-arabischen Konflikt in Jerusalem und im Nahen Osten gewidmet, doch fördert das Truman Institut auch Forschung zu anderen Konfliktregionen auf der Welt.

Die **Heinrich-Böll-Stiftung** ist die grüne deutsche Stiftung. Wir setzen uns für die Förderung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung, Geschlechterdemokratie und demokratischer Partizipation ein. Das Büro in Tel Aviv wurde 1998 eröffnet und unterstützt seitdem auch Bemühungen einer friedlichen Konfliktregelung.

ISBN 978-965-92881-5-1



ISBN 978-965-92881-5-1



המכון למחקר ע"ש הרי"ס. סיוע למען קידום השלום
The Harry S. Truman Research Institute
for the Advancement of Peace
معهد الأبحاث على اسم هارفي س. ترومان لدعم السلام



Der Truman-Institut Atlas des jüdisch-arabischen Konflikts

Shaul Arieli

Der Truman-Institut

Atlas

des jüdisch-arabischen
Konflikts

Shaul Arieli



Der Truman Institut

Atlas

des jüdisch-arabischen

Konflikts

Shaul Arieli

Der Truman Institut
Atlas
des jüdisch-arabischen
Konflikts

Shaul Arieli

übersetzt von Antje Eiger

Shaul Arieli
Der Truman Institut
Atlas
des jüdisch-arabischen
Konflikts

(c) 2020 Shaul Arieli
& The Truman Institute
Hebrew University of Jerusalem
Skopusberg

Sämtliche Rechte vorbehalten. Eine wie auch immer geartete
Veröffentlichung des Atlas oder die Reproduktion von
Auszügen bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung
durch die Urheberrechtsinhaber; dies gilt auch für
speicherbare Abrufsysteme.

Kartendesign: Reshef Moriah
Umschlag- und Buchgestaltung: Sigalit Biksenhpan
Produktion: Dfus SefiDagan Ltd.

ISBN 978-965-92881-5-1



ISBN 978-965-92881-5-1

Gedruckt in Israel 2021

INHALT

Ein Ort für alle – Anmerkungen des Direktors des Truman Instituts.....	7
Einleitung	9
Karten des Jüdisch-Arabischen Konflikts	10
Die McMahon-Hussein-Korrespondenz, 24. Oktober 1915	12
Das Sykes-Picot-Abkommen, 16. Mai 1916.....	14
Die Balfour-Deklaration, 2. November 1917	16
Vorschlag der Zionistischen Bewegung für Grenzen von Palästina 3. Februar 1919.....	18
Die Konferenz von Sanremo, 19.-26. April 1920.....	20
Palästina 1922-1923.....	22
Die Peel-Kommission, 7. Juli 1937.....	24
Der VN-Teilungsplan (Resolution 181), 29. November 1947.....	26
Waffenstillstandslinie, Februar - Juli 1949.....	28
Besondere Zonen im Waffenstillstandsabkommen, 1949-1950.....	30
Grenzlinien in Jerusalem, 1948-1949.....	32
Sinai-Feldzug, 29. Oktober - 5. November 1956.....	34
Sechstagekrieg, 5. bis 10. Juni 1967.....	36
Jerusalem, 1948 - 1967	38
Israelisch-Syrische Grenze, 1967 - 2020.....	40
Vereinbarungen zwischen Israel und Ägypten, 1967-1985.....	42
Israelisch-Jordanisches Friedensabkommen, 26. Oktober 1994.....	44
Osloer Verträge: Grundsatzerklärung und Interimsabkommen, 1993-1999.....	46
Israelisch-Libanesische Grenze, 1923-2000.....	48
Camp David, 11.-25. Juli 2000.....	50
Taba-Konferenz, 21.-27. Januar 2001.....	54
Genfer Initiative, 13. Oktober 2003	58
Trennstreifen und Sperranlage, 2002-2007.....	60
„Entkoppelungsplan“, 15. August-11. September 2005.....	62
Annapolis-Konferenz, 2007-2008.....	64
Friedensvision von Präsident Trump, 28. Januar 2020.....	72
Vorschlag für optimale Grenzen zwischen Israel und Palästina.....	76
Danksagungen.....	78
Quellenangaben.....	79

RAUM FÜR ALLE

Atlas des jüdisch-arabischen Konflikts

Harry Truman nimmt in Israels Geschichte einen Ehrenplatz ein. Als David Ben-Gurion 1948 die Gründung des Staates Israel ausruft, ist er als Präsident der USA der erste ausländische Staatsmann, der die junge Nation anerkennt. Zwanzig Jahre später gründen die Amerikanischen Freunde der Hebräischen Universität mit Trumans Zustimmung ein Institut unter seinem Namen. Ziel des neuen Truman Instituts ist die Förderung von Frieden durch öffentliche Aktivitäten und begleitende Forschung. Der Sitz des Instituts auf dem Jerusalemer Skopusberg bietet den ständigen Blick auf die Realitäten des Konflikts.

Seit seiner Gründung ist das Institut auf der Suche nach neuen Lösungsansätzen und erforscht Konflikte zwischen Staaten, Gesellschaften, Kulturen, Ethnien und Einzelpersonen. In einem zweiten Schritt werden einander feindlich gesinnte Parteien zusammengebracht und in ihrer Suche nach Gemeinsamkeiten und Lösungen bestärkt. Beide Bereiche sind durch eine Brücke aus akademischer Forschung und öffentlichen Aktivitäten miteinander verbunden – eine Brücke, die theoretische Erkenntnisse und Erfahrungen des täglichen Lebens zusammenbringt. Eine solche Brücke soll auch dieser Atlas hinsichtlich des jüdisch-arabischen Konflikts sein.

Jeder Konfliktlösung geht die Kenntnis des umstrittenen Gebietes voraus. Der kleine Landstreifen, der im Mittelpunkt des blutigen jüdisch-arabischen Konflikts steht, lässt sich unterschiedlich darstellen und beschreiben. Das Truman Institut hat beschlossen, dies mit einem Atlas zu tun, da Karten eine anschauliche Methode sind, um die territoriale Dimension des Konflikts darzustellen. Dieser Atlas ist kein umfassendes historisches Werk. Und doch geht die Geschichte des Konflikts mit ihren kulturellen, wirtschaftlichen, demografischen und politischen Dimensionen aus den Karten hervor. Ein Jahrhundert menschlicher Geschichte, ein Jahrhundert des Konflikts.

Grenzen und Karten werden oft als natürlich angesehen. Oftmals vergessen wir, dass sie von Menschenhand gezogen bzw. gefertigt worden sind und willkürliche Entscheidungen oder menschliche Fehler mit möglicherweise fatalen Auswirkungen verstetigen. Die Grenzziehung in Jerusalem nach dem 1948er-Krieg verdeutlicht diesen Punkt. In Jerusalems Musrara-Viertel haben Moshe Dayan und Abdullah a-Tal auf einem Fußboden aus rauen Holzplanken zusammengesessen und über der Stadtkarte gebrütet. Mit dem Stift, der durch die grobe Maserung des Holzes manchmal ein wenig sprang, haben sie eine Linie über die Karte gezogen. Zurück geblieben ist ein unruhiger Strich mit vielen Schwankungen. So ist die „Grüne Linie“ 1949 mit der fünf Millimeter dicken Spitze eines Stiftes auf einer Karte mit kleinem Maßstab gezogen worden. Das Resultat ist ein 200 Meter breiter Grenzstreifen. Geschichten und Momente wie diese werden später, ob Wahrheit oder Legende, zu Karten, Grenzen und heiligen Grundsätzen, die Nationen trennen und Leben spalten.

Der Atlas des Truman Instituts zum jüdisch-arabischen Konflikt ist während der Corona-Pandemie fertiggestellt worden. In dieser Zeit haben wir alle vor Augen geführt bekommen, dass die größten Bedrohungen für menschliches Leben nicht an Grenzen oder vor lang andauernden Konflikten Halt machen. Nur globale Anstrengungen, medizinische Forschungen zu Impfungen, nur gemeinsames Handeln bei der Wiederbelebung zerstörter Wirtschaften

und Gesellschaften mit ihren Einzelpersonen werden uns ein menschenwürdiges Leben zurückbringen.

Nichtsdestotrotz braucht der Nahe Osten Grenzen, nicht etwa weil Grenzen an sich etwas Wünschenswertes sind, sondern weil sie zur Definierung von Identitäten und zur Vermittlung eines kollektiven Sicherheitsgefühls unerlässlich zu sein scheinen. Grenzen müssen Konflikte nicht unbedingt verstetigen. Sie können auch zu ihrer Lösung beitragen und Feinde zu Nachbarn werden lassen, die in Frieden nebeneinander leben.

Dieser Atlas spricht vor allem mit seinen Karten. Er bringt die Analyse mit dem Streben nach Frieden zusammen und fordert seine Leserinnen und Leser auf, die relevanten Geschichten und Gebiete besser kennenzulernen. Dazu müssen die Region und die sozialen Auswirkungen von Grenzen zunächst verstanden werden in der gemeinsamen Hoffnung auf eine Lösung auch dieses Konflikts.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Dr. Shaul Arieli für seine Initiative.

Mein Dank geht auch an die Polonski- und Bogen-Stiftung für ihre finanzielle Unterstützung.

Möge es Raum für alle geben – auf Karten, im Leben und in unseren Herzen.

May there be a place for everyone—in our maps, in our lives, and in our hearts.

Professor Vered Vinitzky-Seroussi

Leiterin des Harry S. Truman für Friedensforschung
Hebräische Universität Jerusalem
2020

Einleitung

Seit der Balfour-Deklaration beschäftigt die Frage der Grenzen die zionistische Bewegung und den Staat Israel. Der Kampf zwischen der erneuerten jüdischen Präsenz im Land Israel und den arabischen Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes und später zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern und arabischen Staaten ist ein Kampf um Selbstbestimmung auf dem Gebiet des Mandats Palästina. Es ist auch der Kampf der israelischen Gesellschaft, die ihre kollektive Identität, ihre Verbindung zur internationalen Gemeinschaft, zu den Nachbarländern und -völkern sowie ihren Platz in der Region neu definiert.

Der Jahrhunderte alte Konflikt ist mit unzähligen diplomatischen, militärischen und sozialen Ereignissen verbunden. In diesem Atlas stellen wir die wichtigsten und prägendsten Ereignisse des Konflikts in zwei Hauptbereichen dar - Diplomatie und Sicherheit sowie in geringerem Maße in verwandten Bereichen wie demografische Entwicklungen und Siedlungspolitik.

Die prägenden Momente des Konflikts haben ihren Ursprung in internationalen Versprechen gegenüber beiden Völkern und in den Versuchen der internationalen Gemeinschaft vor Gründung des Staates Israel, den Konflikt durch verschiedene Teilungspläne zu regeln. Diese Pläne basierten auf der Annahme, dass beide Seiten berechnete Ansprüche auf einen Staat im Hoheitsgebiet des Landes Israel/Palästina haben. Zu den nachfolgenden Schlüsselereignissen gehören zunächst die israelisch-arabischen Kriege, die die Grenzen Israels bestimmen, insbesondere der Unabhängigkeitskrieg von 1948 und der Sechs-Tage-Krieg von 1967. Späterhin führten einige diplomatische Abkommen zu Frieden zwischen Israel und einigen Nachbarländern, während andere eine neue Realität in den israelisch-palästinensischen Beziehungen brachten.

Ziel der Erläuterungen zu jeder Karte ist es, das relevante Ereignis so sachlich wie möglich zu beschreiben. Wir haben versucht, kontroverse Interpretationen zu vermeiden und die Positionen beider Seiten darzustellen, um es den Leserinnen und Lesern zu überlassen, die wichtigsten Punkte jedes Ereignisses selbst einzuschätzen.

Um den Atlas für den Leser zugänglicher zu machen, haben wir auf Randbemerkungen und Verweise für die verschiedenen Zitate verzichtet. Alle Quellen sind in der Kurzbibliographie am Ende des Atlas angegeben.

Die Initiative zur Veröffentlichung dieses Atlas resultiert aus einer Erkenntnis, zu der ich nach Jahren der akademischen Lehre und der Begegnung mit unterschiedlichen Personengruppen gekommen bin: Wir brauchen eine exakte, konzentrierte, möglichst objektive Grundlage, die einen gemeinsamen Nenner für Studium, Diskurs und Debatte innerhalb der israelischen Gesellschaft und zwischen Israel und anderen Ländern bildet. Wir hoffen, dass dieser Atlas einen Beitrag dazu leistet.

Shaul Arieli

Dezember 2020

Landkarten des jüdisch-arabischen Konflikts

Die McMahon-Hussein-Korrespondenz

24. Oktober 1915

Die McMahon-Hussein-Korrespondenz bezeichnet 15 Briefe, die in den Jahren 1915 bis 1916 zwischen Sir Henry McMahon, dem Britischen Hochkommissar in Ägypten, und Sherif Hussein ibn Ali aus der Haschemitendynastie, dem Herrscher der Provinz Hedschas und dem Hüter der heiligen Stätten von Mekka und Medina unter der Gesamtherrschaft des Osmanischen Reiches ausgetauscht wurden. Gegenstand des Briefwechsels waren Verhandlungen über die Bedingungen, unter denen Hussein den arabischen Aufstand im Nahen Osten gegen die osmanische Herrschaft unterstützen würde – ein Prozess, der den britischen Interessen in der Region diente. Als Gegenleistung sollte er zum „König der Araber“ ernannt werden und über ein neues arabisches Königreich herrschen. Die Briefe wurden erstmals offiziell auf einer Konferenz vom 7. Februar bis 17. März 1939 vorgestellt, auf der die arabischen Einwände erörtert wurden, denen zufolge die Balfour-Deklaration der McMahon-Hussein-Korrespondenz widerspricht.

In den Briefen beschreibt Hussein die Grenzen eines großen arabischen Königreichs, das die Arabische Halbinsel (mit Ausnahme des Hafens von Aden im Jemen), den Irak, Syrien (einschließlich Libanon) und Palästina umfassen soll – ein Land, das damals von Arabern bewohnt wird und nicht unter britischem Einfluss steht. In seinem Antwortschreiben vom 24. Oktober 1915 stellt McMahon die britische Position klar: „Die beiden Bezirke (districts) Mersina und Alexandrette (heute Mersina und Iskenderun im Osten der Türkei) sowie westlich der Bezirke Damaskus, Homs, Hama und Aleppo gelegene Teile Syriens, die nicht als rein arabisch bezeichnet werden können, sollen von den geforderten Grenzen ausgenommen werden.“

Die Araber werten diese Aussage als Beweis dafür, dass Palästina den Arabern vor dem Sykes-Picot-Abkommen von 1916 und der Balfour-Erklärung von 1917 versprochen worden war. Ihrer Argumentation liegt die Logik zugrunde, dass „dieser Passus Palästina nicht vom Umfang der Versprechen ausnimmt“. Die Erklärung ist einfach: „Palästina liegt südlich des Gebiets westlich der vier Bezirke Aleppo, Homs, Hama und Damaskus. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, „Bezirke“ als „Provinzen“ zu verstehen (Vilayet, ein osmanischer Verwaltungsbegriff), da es nie einen Vilayet namens Homs oder Hama gegeben hat. Der Beweis, dass sich der Begriff „district“ auf eine Region und nicht auf ein Vilayet bezieht, ist die Tatsache, dass sich der Brief auf das Gebiet westlich des Distrikts Aleppo bezieht. Wäre damit das Vilayet gemeint, könnte es westlich des Distrikts Aleppo kein Gebiet mehr geben, da das Vilayet Aleppo bis zum Meer reicht. Und wenn dies die Absicht in Bezug auf Aleppo, Homs und Hama gewesen ist, wo man sich eindeutig auf einen Distrikt und nicht auf ein Vilayet bezieht, ist dies hinsichtlich von Damaskus offenbar genauso, so dass das Gebiet westlich von Damaskus nördlich von Palästina liegt und es nicht einschließt.“ Um jeden Zweifel zu vermeiden, erklärt ein Brief des britischen Außenministers George Curzon an Faisal, den Sohn von Hussein Ibn Ali, vom 19. September 1919 ausdrücklich, dass die vier Städte und nicht die Provinzen gemeint sind.

McMahons nächster Brief vom 14. Dezember 1915 enthält allerdings die klare Maßgabe, dass die Erfüllung des britischen Versprechens davon abhängt, inwieweit die Araber ihre Rolle im Krieg erfüllen. Tatsächlich lehnten sich nur die Stämme aus dem Gebiet des Hedschas gegen die Türken auf; nach der Eroberung von Akaba schlossen sich ihnen die Beduinenstämme östlich des Jordanflusses an. Die Araber von Palästina, Syrien und Mesopotamien kämpften zusammen mit den osmanischen Streitkräften gegen die Briten. Darüber hinaus wird in beiden Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Übereinkunft zwischen den Briten und Hussein auch von der Zustimmung der Alliierten und insbesondere Frankreichs abhängt und sich auf „jene Regionen bezieht, die innerhalb der Grenzen liegen, in denen Großbritannien frei handeln kann, ohne den Interessen des mit ihr verbündeten Frankreichs zu schaden.“ Ab 1922 war die offizielle britische Position, dass Palästina nicht Teil der den Arabern versprochenen Gebiete ist. Aus verschiedenen Gründen nahmen die Briten bis 1939 von einer Veröffentlichung des Briefwechsels Abstand.



Das Sykes-Picot-Abkommen

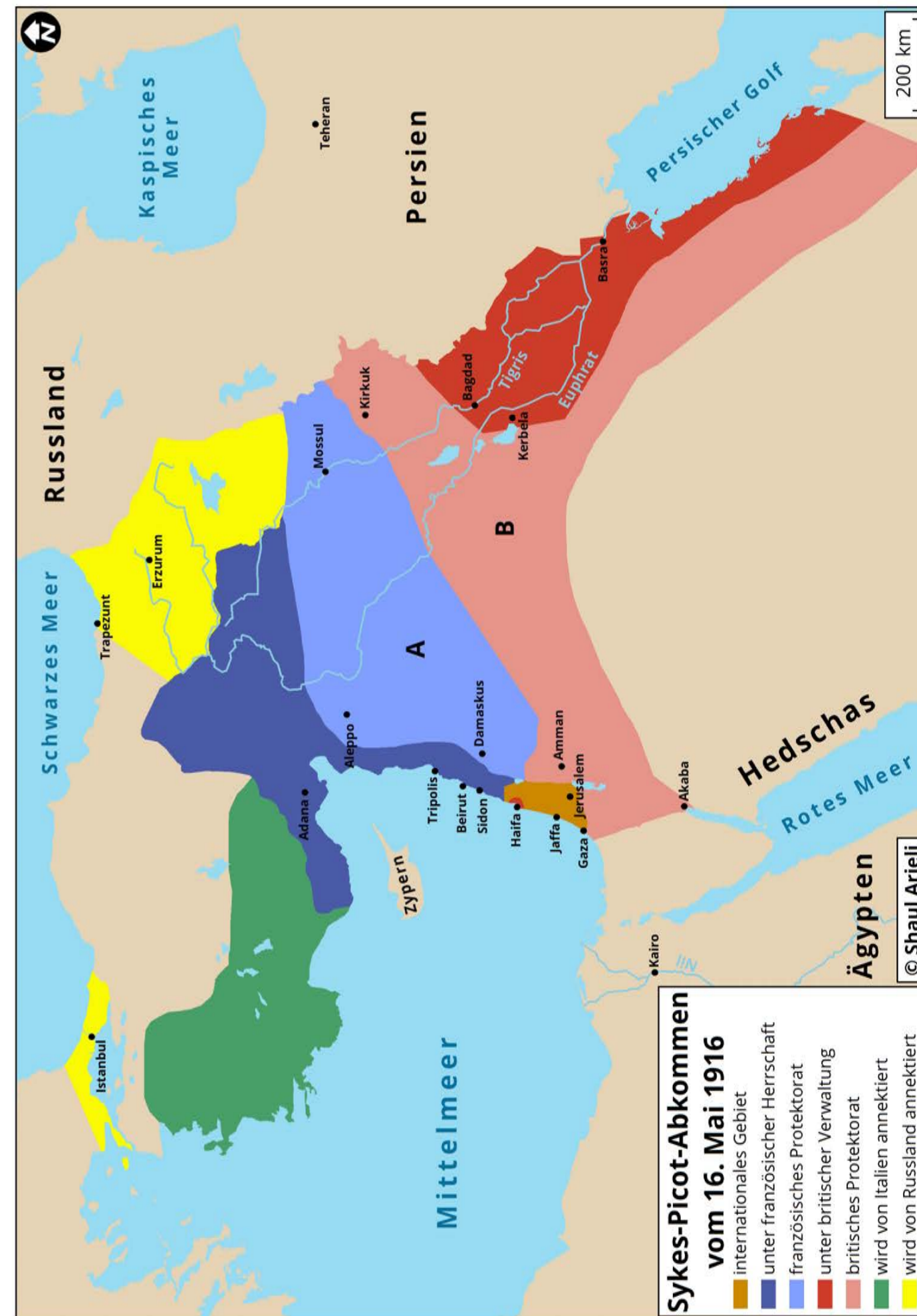
16. Mai 1916

Das Sykes-Picot-Abkommen ist eine diplomatische Übereinkunft zwischen Frankreich und Großbritannien, das die Zustimmung des Russischen Reiches und des Königreichs Italien hatte. Mark Sykes verhandelte für das britische und Francois Georges-Picot für das französische Außenministerium. Ziel des am 16. Mai 1916 ratifizierten Abkommens war die Festlegung künftiger Einflussbereiche der beiden Mächte in den Gebieten des Osmanischen Reiches nach Ende des Ersten Weltkrieges. Das Abkommen war vertraulich und wurde erst bekannt, nachdem kommunistische Revolutionäre die Macht in Russland übernommen und das Dokument in den Büros der Geheimdienste gefunden hatten. Sie veröffentlichten es am 23. November 1917 in den russischen Tageszeitungen Iswestija und Prawda, um den westlichen Kolonialismus zu verhöhnen. Die Vereinbarung war 1918 rechtlich nicht mehr gültig.

Das Abkommen entsprach Frankreichs historischem Anspruch auf einen Sonderstatus in der Levante unter Wahrung der britischen Interessen in der Region. Die Briten hatten 1913 begonnen, in Abadan bei Basra am Golf Öl zu fördern, und Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, hatte einen Dreijahresplan zur Umrüstung britischer Marineschiffe von Kohle zu Öl auf den Weg gebracht (im Abkommen wird das spätere Ölpipelineprojekt nicht erwähnt, es umfasste aber die Eisenbahnverbindung Bagdad-Haifa). Dem Abkommen zufolge sollte die Region grob entlang einer Linie von Kirkuk (heute im Nordosten des Irak gelegen) nach Akko aufgeteilt werden. Das Gebiet südlich dieser Linie sollte unter britischem Einfluss stehen (rot schattiert), während das Gebiet nördlich der Linie die französische Einflusszone bilden sollte (blau schattiert). Großbritannien sollte Mesopotamien (der heutige Irak und ein Teil Jordaniens) und einen Streifen entlang der Ostküste der arabischen Halbinsel sowie die Haifa-Bucht und das Sebulon-Tal in Palästina erhalten. Frankreich sollte die nordöstliche Mittelmeerküste bis zum syrisch-afrikanischen Bruch erhalten. Das Abkommen sah auch die Gründung von zwei unabhängigen arabischen Staaten vor: Gebiet A (heutiges Syrien) unter französischer Schirmherrschaft und Gebiet B (Westirak und Transjordanien) unter britischer Schirmherrschaft.

In Bezug auf Russland (auf der Karte gelb schattierte Gebiete) und Italien (grün) heißt es in dem Abkommen, dass „Russland die Provinzen Erzurum, Trapezunt (...) bis zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkt annektieren wird“ sowie ein bestimmtes Gebiet in Kurdistan, und fügt hinzu, dass jede Übereinkunft „die Frage der Ansprüche Italiens auf einen Anteil an einer Teilung oder neuen Lösung hinsichtlich der Türkei in Asien“ prüfen wird. Was Palästina betrifft, sollte ein Teil des Gebiets international von Frankreich, Großbritannien, Russland, Italien und einem arabischen Vertreter verwaltet werden. Das auf der Karte braun schattierte Gebiet umfasst „das Zentrum Palästinas südlich des blauen Gebiets (die Linie führt vom See Genezareth bis zur Gegend um Rosh HaNikra) und geradlinig weiter vom Zentrum des Toten Meeres bis zum Mittelmeer in der Nähe von Gaza.“

Die Vereinbarung wurde nie umgesetzt. Großbritannien hielt seine Zusagen nicht ein und in der Praxis wurde die Region schließlich vom Völkerbund geteilt, der Großbritannien und Frankreich das Mandat und somit die Kontrolle erteilte. Dieses Mandat sollten sie bis zur Gründung unabhängiger Staaten in der Region behalten. Ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt jedoch, dass das Abkommen den Verlauf einiger künftiger Grenzen in der Region beeinflusst hat - insbesondere in Bezug auf Syrien, den Irak und Jordanien.



Die Balfour-Deklaration

2. November 1917

Am 2. November 1917 gab die britische Regierung die Balfour-Erklärung in Form eines Briefes von Außenminister Arthur James Balfour an den Ehrenpräsidenten der Zionistischen Weltorganisation in Großbritannien, Lord Walter Rothschild, ab.

„Ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und von diesem gebilligt worden ist:

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird die größten Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, mit der Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern beeinträchtigen könnte.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der Zionistischen Weltorganisation zur Kenntnis bringen würden.“

Die Erklärung drückte zum ersten Mal die Unterstützung einer großen Weltmacht für die Vision der Zionistischen Bewegung aus und hatte dramatische Auswirkungen. Der Wortlaut der Erklärung enthält einige sprachliche Feinheiten, die im Zusammenhang mit den Grenzen des jüdischen Staates von Bedeutung sind. Der Name „Palästina“, der für die Erklärung zentral ist, war in den europäischen Sprachen als Bezeichnung für das Land Israel allgemein üblich. Keine bestimmte Provinz oder Region trug diesen Namen jedoch offiziell. Während der ersten Jahrhunderte der muslimisch-arabischen Herrschaft in der Region umfasste ein Distrikt namens Djund Falastin den größten Teil des Gebietes westlich des Jordan-Flusses (obwohl seine nördliche Grenze im Jesreel-Tal lag und den südlichen Teil des Landes, den Negev, nicht umfasste). Zum Zeitpunkt der Balfour-Erklärung hatte das Gebiet, in dem die jüdische „nationale Heimatstätte“ errichtet werden sollte, jedoch keine klaren oder anerkannten Grenzen. Die Region wurde auf der Grundlage interner Teilungen im Osmanischen Reich verwaltet, wie sie 1884 definiert worden waren (siehe Karte) - Grenzen, die völlig anders verlaufen als die, die wir heute kennen. Die Grenzen Palästinas wurden erst einige Jahre später festgelegt, als Großbritannien vom Völkerbund das Mandat über das Gebiet erhielt.

Angesichts dieser Realität achtete die britische Regierung darauf, keine Verpflichtungen in Bezug auf das gesamte Gebiet Palästinas einzugehen. Dies wird zum Beispiel deutlich, wenn wir den Entwurf der Zionistischen Weltorganisation (den Balfour der britischen Regierung vorlegt hatte und der abgelehnt worden war) mit dem endgültigen Text der Erklärung vergleichen. Die Zionistische Weltorganisation hatte folgende Formulierung vorgeschlagen: „Die Regierung Seiner Majestät akzeptiert den Grundsatz, dass das Land Israel als nationale Heimatstätte des jüdischen Volkes wiedererrichtet werden soll.“ Die letztlich angenommene Version spricht von der Gründung einer nationalen Heimatstätte für das jüdische Volk in Palästina – eine Formulierung, die die Gründung zusätzlicher politischer Gebilde innerhalb desselben Gebietes weder verlangt noch verhindert.

Die Palästinenser betrachten die Balfour-Deklaration als Negierung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, obwohl sie zur damaligen Zeit die Mehrheitsbevölkerung in Palästina bildeten. Wie Edward Said erklärte: „Die Bedeutung der Erklärung lag vor allem darin, dass sie die gesetzliche Grundlage für zionistische Ansprüche auf Palästina war. Zudem (...) wurde die Erklärung 1) von einer europäischen Macht, 2) über ein außereuropäisches Territorium, 3) unter völliger Missachtung der Präsenz und Wünsche der in diesem Territorium ansässigen einheimischen Mehrheit abgegeben, und 4) wurde in Form eines Versprechens dasselbe Territorium einer anderen ausländischen Gruppe zugesagt, damit diese ausländische Gruppe dieses Gebiet buchstäblich zur nationalen Heimatstätte für das jüdische Volk macht.“



Vorschlag der Zionistischen Bewegung für Grenzen von Palästina

3. Februar 1919

Nach Ende des Ersten Weltkriegs beriefen die Siegermächte am 18. Januar 1919 eine Friedenskonferenz im Schloss von Versailles unweit von Paris ein. Die Zionistische Bewegung wollte der Konferenz einen Vorschlag zur Festlegung der Grenzen von Eretz Israel (Palästina) vorlegen. In unzähligen Diskussionen waren die verschiedenen jüdischen Organisationen bemüht, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Der Vorschlag, der auf einem von Aaron Aaronsohn ausgearbeiteten Memorandum beruhte, strebte Grenzen an, die einem modernen Staat eine wirtschaftliche Grundlage ermöglichen würde: „Geografisch sollte das Gebiet des Landes Israel so groß wie möglich sein, um Raum für eine große und blühende Bevölkerung zu haben, die die Pflichten moderner zivilisierter Regierungen leichter tragen kann.“

Das Komitee für jüdische Delegationen unter der Leitung von Chaim Weizmann, darunter Nachum Sokolov, Menachem Ussishkin und Aaronsohn, präsentierte der Konferenz am 3. Februar 1919 den vereinbarten Vorschlag der zionistischen Organisationen. Sie reichten keine Karten ein, aber die Grenzen, welche sie abgesteckt hatten, waren extrem weitreichend. Neben dem gesamten Gebiet westlich des Jordan beanspruchte das Komitee auch einen Teil des Libanon südlich von Sidon einschließlich des Litani-Flusses, die Golanhöhen, Gebiete östlich des Jordan und einen Teil der Sinai-Halbinsel. Der Vorschlag lautete wie folgt:

„Beginnend im Norden an einem Punkt am Mittelmeer südlich von Sidon, entlang der Wasserscheiden und der Ausläufer der libanesischen Berge bis nach Jisr-El-Qaraoun, von dort nach El-Bire, entlang der Trennlinie zwischen beiden Becken des Wadi El-Karan und des Wadi El-Teime, von dort in südlicher Richtung entlang der Trennlinie zwischen den östlichen und westlichen Hängen des Hermon, bis westlich von Beit Jann, von dort nach Osten entlang der nördlichen Wassereinzugsgebiete des Mughaniye-Flusses und westlich der Hedschas-Eisenbahn. Im Osten eine Linie in der Nähe von und westlich der Hedschas-Eisenbahn, die am Golf von Akaba endet. Im Süden ist eine Grenze mit der ägyptischen Regierung zu vereinbaren. Im Westen das Mittelmeer.“ Ein solcher Grenzverlauf umfasst ein Gebiet von ungefähr 45.000 km² - fast das Doppelte der Fläche, welche Palästina am Ende des Prozesses letztlich tatsächlich zugewiesen wurde.

Der Vorschlag der Zionistischen Organisation unterlag verschiedenen diplomatischen Zwängen: Die Absprachen zwischen Chaim Weizmann und Emir Faisal ibn Hussein beschränkten die zionistischen Forderungen östlich des Jordan auf das Gebiet westlich der Hedschas-Eisenbahn. Im Norden, im späteren Libanon, wurden französische Interessen in der Levante berücksichtigt und ein Grenzverlauf von Sidon nach Osten vorgeschlagen. Im Süden wurden die Forderungen durch einen Kompromiss mit den Briten beschränkt, die auf einem Grenzverlauf von El-Arish nach Akaba bestanden. Wie oben ausgeführt, sollte die Grenze zwischen der jüdischen Heimstätte und der Sinai-Halbinsel mit der ägyptischen Regierung vereinbart werden (die Karte zeigt die Pläne der Zionistischen Bewegung).

Der Vorschlag betrachtete das gesamte Land Israel als eine einzige funktionale, politische und wirtschaftliche Einheit mit klar definierten Grenzen. Von diesem Zeitpunkt an versuchte die Zionistische Bewegung, am Versailler Vorschlag festzuhalten. Jede Vereinbarung oder Entscheidung, die von seinen Parametern abwich, wurde als Rückzug, als Verzicht oder widerrechtliche Aneignung von Teilen des Landes Israel angesehen.



Die Konferenz von Sanremo

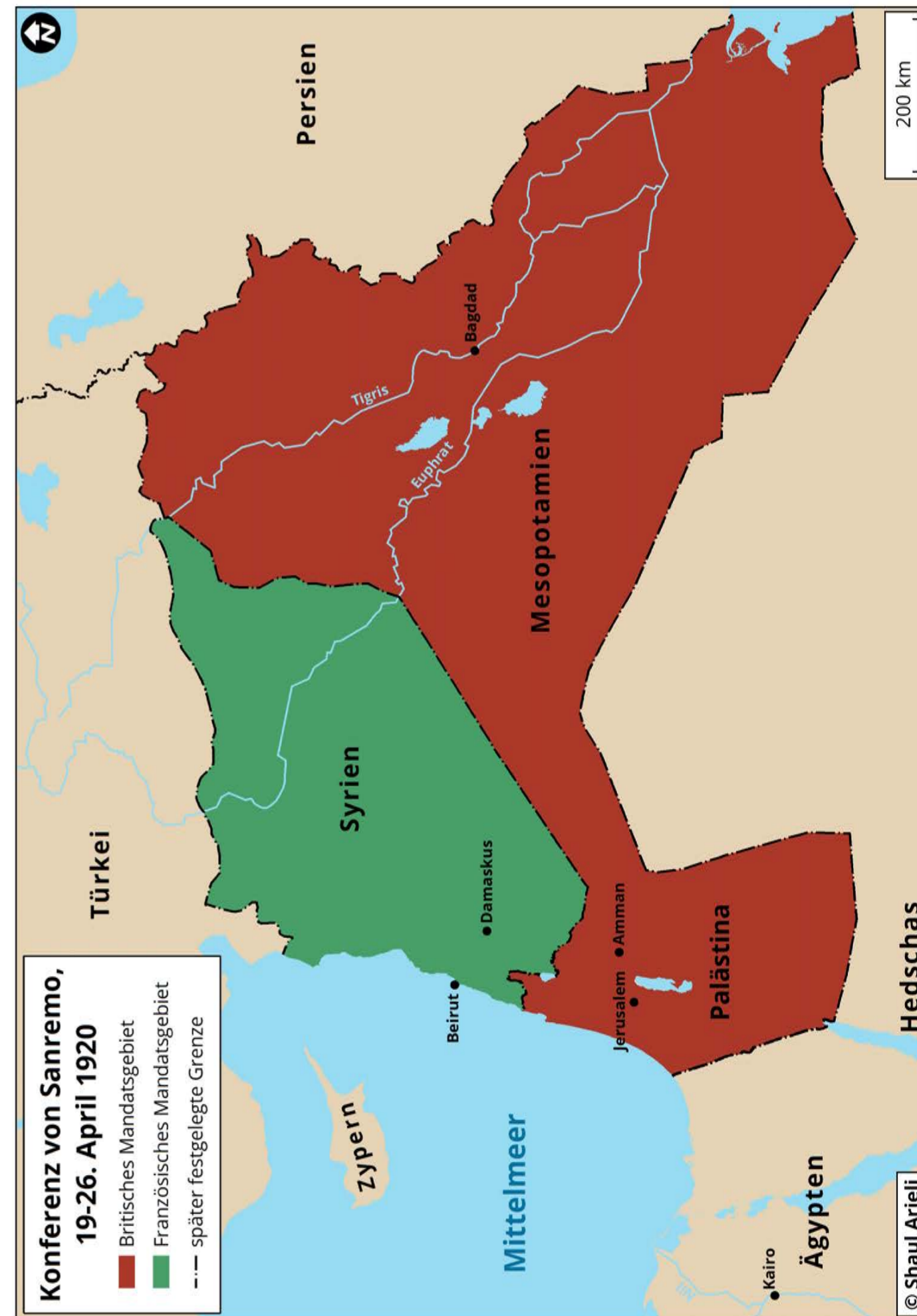
19.-26. April 1920

Im April 1920 beraumten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs im italienischen Sanremo eine Konferenz ein, an der die Premierminister von Großbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland sowie Vertreter Japans und Belgiens teilnahmen. Die Teilnehmer besprachen die Neuaufteilung des besiegten Osmanischen Reiches unter den europäischen Siegermächten.

Am 24. April beschloss die Konferenz unter dem Druck Großbritanniens und trotz der Vorbehalte Frankreichs, die Balfour-Deklaration in das Mandat aufzunehmen und Großbritannien als Mandatsmacht die Verantwortung für deren Umsetzung aufzuerlegen. In der Entschließung heißt es: „Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, durch Anwendung der Bestimmungen von Artikel 22, die Verwaltung Palästinas innerhalb der von den Hauptmächten der Alliierten festgelegten Grenzen einem von diesen zu wählenden Beauftragten anzuvertrauen. Das Mandat wird dafür verantwortlich sein, die ursprünglich am 2. November 1917 von der britischen Regierung abgegebene und von den anderen Alliierten Mächten angenommene Erklärung zugunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina in Kraft zu setzen (...) Die Bedingungen des Mandats in Bezug auf die oben genannten Gebiete werden von den Hauptmächten der Alliierten formuliert und dem Rat des Völkerbundes vorgelegt.“

Es wurde zudem beschlossen, dass Syrien und Libanon trotz des Widerstandes der Araber unter ein französisches Mandat fallen, während ein zusätzliches britisches Mandat in den ehemaligen osmanischen Provinzen Bagdad, Mosul und Basra gebildet werden sollte – das Britische Mandat für Mesopotamien: „Die Hohen Vertragsparteien sind sich einig, dass Syrien und Mesopotamien (...) vorläufig als unabhängige Staaten anerkannt werden, sofern sie von einem Verwaltungsrat beraten und unterstützt werden, bis sie in der Lage sind, unabhängig zu bestehen. Die Grenzen der besagten Staaten werden von den Hauptmächten der Alliierten bestimmt, die auch die Mandate festlegen.“ Die Konferenz definierte keine Grenzen. Dies geschah zu einem späteren Zeitpunkt. Die endgültige Grenze zwischen Syrien und Palästina wurde erst 1923 festgelegt und 1934 vom Völkerbund gebilligt, wodurch sie internationale Legitimität bekam.

Am 22. Juni 1922 veröffentlichte der britische Kolonialminister Winston Churchill das Weißbuch-Dokument, in dem die politischen Absichten Großbritanniens in Bezug auf die Zukunft von Palästina im Rahmen seines Mandats einschließlich seiner Entscheidung, Transjordanien Emir Abdullah zuzuweisen, dargelegt wurden. Churchill bekräftigte, dass „die Bestimmungen der (Balfour)-Deklaration, auf die Bezug genommen wird, nicht vorsehen, dass Palästina als Ganzes in eine nationale jüdische Heimstätte umgewandelt wird, sondern dass eine solche Heimstätte „in Palästina“ gegründet werden soll.“ Am 7. Juli 1922 genehmigte das britische Parlament das Weißbuch mit großer Mehrheit, und am 24. Juli genehmigte der Völkerbund das Mandat in seiner geänderten Form, in der betont wurde, dass die Grenzen von den Mächten festgelegt würden; dass Großbritannien die Mandatsmacht war; und dass die Balfour-Deklaration umgesetzt werden sollte. In Bezug auf die Gebiete östlich des Jordan heißt es in Artikel 25 des Mandats: „In den Gebieten zwischen dem Jordan und der Ostgrenze Palästinas (d.h. in Transjordanien) (...) ist das Mandat mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes berechtigt, die Anwendung der Bestimmungen dieses Mandats aufzuschieben oder zurückzuhalten, sofern es sie angesichts der bestehenden örtlichen Gegebenheiten als nicht anwendbar erachtet. Es darf Vorkehrungen für die Verwaltung der Gebiete treffen, die es entlang der Bedingungen als geeignet erachtet.“ Am 6. August 1922 genehmigte der 13. Zionistische Kongress in Karlsbad Weißbuch und Mandat. Am 14. Mai 1923 erteilte der Völkerbund die endgültige Genehmigung zur Streichung von Transjordanien aus dem Anwendungsbereich des Mandats hinsichtlich der Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina.



Palästina

1922-1923

Die Grenze zwischen **Palästina** und **Ägypten** wurde bereits am 1. Oktober 1906 als Verwaltungsgrenze innerhalb des Osmanischen Reiches zwischen der Provinz Hedschas und dem Bezirk Jerusalem einerseits und der Sinai-Halbinsel andererseits gezogen. Ende des Ersten Weltkriegs, als die Osmanen ihre Besitztümer in der Region verloren, befanden sich die Briten auf beiden Seiten der Grenze, da Ägypten britisches Protektorat war. 1919, einige Monate nach Kriegsende, wurde nach langwierigen Gesprächen zwischen britischen Beamten in Ägypten und dem britischen Außenministerium entschieden, dass die Grenze unverändert bestehen bleiben sollte.

Die Grenze zwischen **Palästina** und **Transjordanien** wurde von britischen Beamten festgelegt. Aus britischer Sicht war dies eine interne Trennlinie zwischen zwei Teilen eines Gebiets unter britischem Mandat. Die britische Wahrnehmung der Grenzlinie beruhte teilweise auf einer Vertrautheit mit dem biblischen Ausdruck „von Dan bis Beerscheba“. Die Briten versuchten, ihre Grenzen auf physiografische („natürliche“) Merkmale zu stützen und dabei historische Faktoren zu berücksichtigen. In diesem Fall beschlossen sie, dass die Grenze mitten durch das Tote Meer, durch das Jordantal nach Norden und weiter entlang des Jarmuk-Flusses verlaufen sollte. Die Briten berücksichtigen auch zukünftige Bedürfnisse, wie die Gewinnung von Mineralien aus dem Toten Meer, die über den Golf von Akaba exportiert werden sollten, und die Erzeugung von Strom mit dem Wasser des Jordan. Diese Überlegungen führten zur Schaffung eines Landkorridors in der Arawa-Wüste vom Toten Meer nach Süden bis zum Golf von Akaba sowie zu einem Gebiet für den Bau eines Hafens am Golf. Die Hälfte des Golfs wurde Teil von Transjordanien und gab dem neuen Land seinen einzigen Zugang zum Meer. Die Grenze wurde offiziell in einer Erklärung des britischen Hochkommissars Sir Herbert Samuel am 1. September 1922 festgelegt. Am 14. Mai 1923 genehmigte der Rat des Völkerbunds die Herausnahme von Transjordanien aus dem in der Balfour-Deklaration genannten Gebiet gemäß Artikel 25 des Mandats.

Die Grenze zwischen **Palästina**, **Syrien** und dem **Libanon** hat ihren Ursprung im Sykes-Picot-Abkommen. Sie folgte dem kürzesten Weg zwischen dem Mittelmeer, an einem Punkt nördlich von Akko und dem Nordufer des Sees Genezareth. Zwei Jahre später, nach dem Ersten Weltkrieg, wurde eine nördlichere Grenze festgelegt, um das Gebiet unter britischer Militärkontrolle einzubeziehen. Dementsprechend wurde eine neue Grenzlinie von einem Punkt am Mittelmeer nördlich der heutigen israelischen Stadt Naharija entlang des Rosh-HaNikra-Kamms bis hin zum Südufer des Hula-Sees gezogen. Eines der Ziele dieser Grenze war der Schutz der Bucht von Haifa, wo die Briten 1933 den Bau eines Tiefseehafens und die Errichtung von Ölraffinerien abschließen sollten. Später, am 23. Dezember 1920, unterzeichneten Großbritannien und Frankreich in Paris ein Abkommen, wonach sich die Grenze vom arabischen Dorf Sasa nach Norden erstrecken sollte. Ziel dieser Änderung war es, Metulla einzubeziehen, das von den Briten (und Franzosen) als Ort des biblischen Stammes Dan angesehen wurde. Das Ergebnis war die Schaffung eines schmalen Landstreifen in Galiläa, der wie ein Finger in das andere Staatsgebiet hineinreicht. Von dort sollte die Grenze bis zu den Golanhöhen weitergehen, bevor sie westlich von Quneitra nach Süden abbiegt und weiter zum Nordufer des Sees Genezareth (der zwischen Palästina und Syrien aufgeteilt werden sollte) führt. Die Grenze sollte dann weiter nach Zernach und von dort auf kürzester Strecke zum Jarmuk-Fluss führen. Die endgültige Grenze wurde erst im März 1923 zwischen Großbritannien und Frankreich vereinbart; die Briten gaben die Golanhöhen an die Franzosen ab (wodurch das Gebiet Teil von Syrien wurde), dafür wurde der gesamte See Genezareth Teil von Eretz Palästina, einschließlich eines Küstenstreifens am Ostufer von Ein Gev, südlich von Hamat Gader. Dieser Grenzverlauf beließ ein Gebiet innerhalb von Palästina, in dem Pinchas Rutenberg ein Kraftwerk errichten wollte. Zudem wurde der gesamte Jordan in das Gebiet von Palästina einbezogen, um Bewässerungslandwirtschaft und den Bau eines Wasserkraftwerks zu ermöglichen. Der Völkerbund genehmigte das Abkommen erst 1934, als die Trennlinie zu einer international anerkannten Grenze zwischen beiden Mandatsländern wurde.



Die Peel-Kommission

7. Juli 1937

Die Peel-Kommission mit dem offiziellen Titel „Königliche Untersuchungskommission für Palästina“ wurde im August 1936 von Neville Chamberlain im Namen der britischen Mandatsregierung eingesetzt. Unter dem Vorsitz von Sir William Peel und beauftragt von Kolonialminister William Ormsby-Gore sollte die Kommission die Gründe für den Ausbruch der arabischen Unruhen klären und eine Lösung für den Konflikt zwischen Arabern und Juden vorschlagen. Die Kommission wurde zudem gebeten, die Funktionsfähigkeit der Mandatsregierung in Palästina und deren Verpflichtungen gegenüber Juden und Arabern zu untersuchen.

Die Peel-Kommission veröffentlichte ihren Vorschlag am 7. Juli 1937, basierend auf der Ansicht, dass „Teilung ein Weg ist, um das Problem von der Wurzel her anzugehen“. Die Kommission schlug auch einen Grenzverlauf vor, mit dem zwei Dinge erreicht werden sollten: „Eine Trennung des jüdischen Gebiets und der jüdischen Siedlungen von dem Gebiet, das ganz oder überwiegend arabisch bevölkert ist (...) zuzüglich angemessener Zugeständnisse (...) innerhalb der Grenzen des jüdischen Staates für Bevölkerungswachstum und Siedlungsbau.“ Die Kommission empfahl auch eine teilweise Umsiedlung der Bevölkerung, um eine klarere ethnische Trennung zu erreichen. Gleichzeitig wurden Aspekte des Verkehrswesens berücksichtigt, weshalb beispielsweise der Bezirk Wadi Ara zum jüdischen Staat gehören sollte. Die Briten waren auch darum bemüht, ihre eigenen Interessen zu schützen, beispielsweise die Verbindung Jerusalems mit dem Mittelmeer sicherzustellen und den neu eröffneten Flughafen in Lod unter ihrer Kontrolle zu belassen. Dementsprechend empfahl die Kommission: 1) die Errichtung eines jüdischen Staates in der Küstenebene und in Galiläa mit einer Fläche von 4.840 km² und einer Bevölkerung von 650.000 – von denen ein Drittel keine Juden waren; 2) die Angliederung einer Fläche von rund 21.000 km² mit einer Bevölkerung von 500.000 Arabern und 1.250 Juden an Transjordanien, das zu dieser Zeit eine Bevölkerung von 300.000 Arabern hatte; 3) die Schaffung eines von Großbritannien kontrollierten Korridors mit einer Fläche von 900 km², der Jerusalem mit Jaffa verbindet; der Korridor hatte 300.000 Einwohner, von denen die meisten Araber waren.

Der 20. Zionistische Kongress, der im August 1937 in Zürich zusammentrat, akzeptierte das im Bericht der Peel-Kommission enthaltene Prinzip der Teilung. Dies geschah jedoch erst nach einer hitzigen Debatte. Zudem wurden die im Bericht vorgeschlagenen Grenzen zwar nicht akzeptiert, doch fand sich die Zionistische Bewegung mit der Idee der Teilung ab, nachdem man zu dem Schluss gekommen war, dass eine Verkleinerung der jüdischen Heimstätte aus politischen wie auch aus Siedlungsgründen notwendig war. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Mapai-Partei ein Jahr zuvor fasste Mordechai Namir die Position zusammen: „Eine Reduzierung des Territoriums ist der Preis, den das hebräische Volk für die schicksalsträchtige Verspätung zahlen muss, mit der es den Aufbau des Landes betrieben hat, wie auch für das schnelle Anwachsen der arabischen Bewegung.“

Auf der anderen Seite lehnte Hadj Amin el-Husseini, der Vorsitzende des Obersten Arabischen Komitees, den Bericht der Peel-Kommission am Tag seiner Veröffentlichung ab und verwarf das Konzept einer Teilung. Er widersetzte sich der Idee eines jüdischen Selbstbestimmungsrechts in Palästina. Der Historiker Mustafa Kabha führt drei Gründe für die arabische Ablehnung an: Erstens hatte die Mandatsregierung Zentren und für die palästinensische Nationalbewegung symbolträchtige Städte wie Jerusalem, Lod, Ramla und Nazareth ausgeklammert. Zweitens diskriminierte die im Vorschlag vorgestellte Idee eines Bevölkerungsaustausches die Araber: Während rund 1.250 Juden, die in den Arabern zugeteilten Gebieten lebten, nicht umgesiedelt werden sollten, sollten rund 300.000 Araber ihre Häuser in für Juden ausgewiesenen Gebieten, besonders in Westgaliläa, verlassen. Drittens besaßen Araber in den für Juden bestimmten Gebieten rund 3,25 Millionen Dunam privates Ackerland, während Juden in den für Araber bestimmten Gebieten nur rund 100.000 Dunam besaßen. Der Bericht der Kommission wurde zurückgestellt und nie umgesetzt.



Teilungsplan der Vereinten Nationen

Resolution 181 vom 29. November 1947

Am 31. August 1947 legte der Sonderausschuss der Vereinten Nationen für Palästina (UNSCOP) seinen Teilungsplan vor. Das Komitee war am 14. Mai 1947 auf Antrag Großbritanniens im Februar desselben Jahres ernannt worden. Der Plan sah vor, Palästina westlich des Jordans in zwei Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, nebst einer internationalen Zone in Jerusalem aufzuteilen. Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 181, die von 33 Länder befürwortet wurde, darunter die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die meisten lateinamerikanischen Länder, der Ostblock (mit Ausnahme von Jugoslawien) und eine Reihe westeuropäischer Länder. Die Resolution wurde von 13 hauptsächlich arabischen und muslimischen Ländern, aber auch von Griechenland und Kuba abgelehnt. Zehn Länder (einschließlich Großbritanniens) enthielten sich der Stimme, während Thailand der Abstimmung fernblieb.

Die dem Teilungsvorschlag zugrundeliegende Prämisse geht davon aus, dass „die Ansprüche von Arabern und Juden auf Palästina beide Gültigkeit besitzen, unvereinbar sind und eine Teilung unter allen vorgebrachten Lösungen die realistischste und praktikabelste Lösung darstellt und die wahrscheinlichste Grundlage für die teilweise Erfüllung der Ansprüche und nationalen Bestrebungen beider Parteien ist.“ Jeder der beiden Staaten sollte drei, an zwei Punkten verbundene Territorialeinheiten umfassen. Der jüdische Staat würde 55 Prozent des Mandatsgebiets (27.009 km², einschließlich des Sees Genezareth und des Hula-Sees) umfassen und eine Bevölkerung von etwa 530.000 Juden und 480.000 Arabern haben. Der arabische Staat hätte in 45 Prozent des Territoriums eine Bevölkerung von rund 700.000 Arabern und 10.000 Juden. Das Corpus Separatum, Jerusalem und Umgebung, hätte eine Fläche von 187 km² und eine Bevölkerung von ungefähr 100.000 Juden und 100.000 Arabern. Dies war das erste Mal, dass ein Plan ausdrücklich die Grenzen getrennter politischer Einheiten innerhalb des Mandatgebiets Palästina umriss.

Der Vorschlag basierte auf einer Reihe von geografischen Grundsätzen: auf der Verteilung der jüdischen und arabischen Bevölkerung; auf den Grenzen der Dörfer; auf Land im Besitz von Juden; auf der Notwendigkeit, Landreserven für künftige jüdische Einwanderungen bereitzustellen; und auf der Notwendigkeit, dem jüdischen Staat Zugang zum Roten Meer zu verschaffen. Mit Ausnahme des Gebiets von Jerusalem wurden alle zusammenhängenden Gebiete, in denen es im Wesentlichen keine Araber gab, dem jüdischen Staat zugeordnet. Die meisten Araber, die im jüdischen Staat bleiben sollten, lebten in gemischten Städten und Gebieten, in denen es unmöglich war, jüdische und arabische Siedlungen zu trennen. Jaffa sollte als arabische Enklave im jüdischen Gebiet verbleiben mit Zugang zum Meer, um zu vermeiden, dass eine große arabische Stadt im jüdischen Staat eingeschlossen war. Umgekehrt wurden Haifa und Tiberias, in denen Araber eine Minderheit bildeten und die von Gebieten mit jüdischer Mehrheit umgeben waren, in den anvisierten jüdischen Staat aufgenommen. Abgesehen vom Corpus Separatum, Jerusalem, wurden die meisten arabischen Städte in den arabischen Staat einbezogen, während die ländlichen Gebiete zwischen beiden Staaten aufgeteilt werden sollten.

Die Grenzziehung im Teilungsplan basierte auf dem Wunsch nach Frieden und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen beiden zu gründenden Staaten in Palästina. Die politische Teilung sollte von einer Wirtschaftsunion in folgenden Bereichen begleitet sein: Zoll, Währung, Schienenverkehr und Bau von Verbindungsstraßen, Telefon- und Telegrafendienste, See- und Flughäfen für internationalen Handel, gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung und der Import von Wasser und Strom für beide Länder und für Jerusalem. Die Resolution 181 der Vereinten Nationen wurde nie umgesetzt. Auf arabischer Seite wurde der Plan abgelehnt. Die arabischen Staaten schlossen sich zusammen, um seine Umsetzung durch Krieg zu verhindern. Der Jischuw (die organisierte jüdische Gemeinde in Palästina) akzeptierte die Resolution, auf deren Grundlage am 14. Mai 1948 die Gründung des Staates Israel ausgerufen wurde.



Waffenstillstandslinien

Februar-Juli 1949

Am Ende des Unabhängigkeitskrieges, der 1948 ausbrach, unterzeichnete Israel mit vier arabischen Ländern Waffenstillstandsabkommen. Die Verhandlungen wurden mit jedem Land separat geführt. Sie unterschieden sich je nach militärischer und geopolitischer Realität. Allerdings wurden sämtliche Gespräche auf der Grundlage einer vom VN-Sicherheitsrat getroffenen Resolution und mit Vermittlung eines VN-Repräsentanten geführt.

Das erste Waffenstillstandsabkommen wurde am 24. Februar 1949 unterzeichnet. Es beendete den Kriegszustand zwischen **Israel und Ägypten**. Israel musste einer ägyptischen Militärpräsenz im Gazastreifen zustimmen und seine Truppen aus Beit Hanun im Norden des Gazastreifens und einem Gebiet neben dem Friedhof in Rafah im Süden des Gebiets abziehen. Eine entmilitarisierte Zone wurde auf beiden Seiten der Sinai-Grenze im Gebiet von Auja al-Hafir bestimmt. Umgekehrt gelang es Israel, den gesamten östlichen Teil des südlichen Negev von den Bedingungen des Abkommens auszunehmen. Das Abkommen gab Israel die militärische Kontrolle über den nördlichen Negev und ermöglichte die Übernahme des Südens, der im Teilungsplan der Vereinten Nationen für den jüdischen Staat vorgesehen war. Es stärkte Israels internationales Ansehen und seine Chancen auf Aufnahme als Mitglied der Vereinten Nationen. Darüber hinaus erleichterte die Unterzeichnung des Abkommens durch das größte arabische Land anderen arabischen Ländern diesem Beispiel zu folgen. Ben-Gurion hatte guten Grund zu der Bemerkung, dass die Unterzeichnung des Abkommens „das bedeutendste Ereignis eines Jahres großer und wundersamer Ereignisse“ war.

Am 23. März wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen **Israel und dem Libanon** unterzeichnet. Beide Länder kamen überein, dass die internationale Grenze der Waffenstillstandslinie folgt und Israel sich nach Unterzeichnung des Abkommens aus libanesischem Hoheitsgebiet zurückzieht. Israel hatte seit Ende Oktober 1948 einen im Rahmen der Operation Hiram von der IDF beschlagnahmten Landstreifen mit vierzehn Dörfern einbehalten.

Am 3. April 1949 wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen **Israel und Jordanien** unterzeichnet, das von beiden Seiten genehmigte Landkarten enthielt. In der südlichen Arawa-Region folgte die Grenze der Linie von 1922 (ohne dies explizit zu sagen). Entlang der sogenannten „Irakischen Front“ in Samaria beruhte die Grenze auf einem am 30. März mit Abdullah unterzeichneten Landtauschabkommen, während die Grenze in der Region Jerusalem dem am 30. November 1948 unterzeichneten „Aufrichtigen Waffenstillstandsvertrag“ folgte. Im weiteren Gebiet von Jerusalem, Hebron und dem Toten Meer beruhte die Grenze auf dem im Waffenstillstandsabkommen vom 18. Juli vereinbarten Verlauf. Die Linien waren auf den Karten, die dem Abkommen mit Abdullah beilagen, eingetragen oder von VN-Beobachtern im Gebiet des Toten Meeres genehmigt worden.

Schließlich wurde am 20. Juli 1949 ein Waffenstillstandsabkommen zwischen **Israel und Syrien** unterzeichnet. Unter Druck des VN-Vertreters war Syrien bereit, sich aus eroberten Gebieten zurückzuziehen, die im Teilungsplan für den jüdischen Staat vorgesehen waren. Viele Jahre lang sollten diese entmilitarisierten Gebiete den Mittelpunkt von Streitigkeiten zwischen beiden Seiten bilden. Die vage Formulierung einer Erläuterung, die der VN-Gesandte Ralph Bunche am 26. Juni 1949 verfasst hatte, ermöglichte es beiden Seiten, auf der eigenen Auslegung zum Status dieser Gebiete zu beharren. Israel betrachtete sie als unter seine Souveränität fallend, so dass sich die Rolle der Vereinten Nationen auf die Gewährleistung der Entmilitarisierung beschränkte. Die Syrer argumentierten, dass diese Gebiete so lange unter der Aufsicht der Vereinten Nationen bleiben würden, bis ihr Status in einer endgültigen Vereinbarung geklärt sei.

Alle Waffenstillstandsabkommen enthielten folgende Klarstellung: „Keine Bestimmung dieses Abkommens darf die Rechte, Ansprüche und Positionen einer der Vertragsparteien bei der endgültigen friedlichen Lösung der Palästinafrage in irgendeiner Form beeinträchtigen.“ An anderer Stelle wird betont, dass „die Bestimmungen dieses Abkommens ausschließlich von militärischen Erwägungen geleitet sind.“ Die Waffenstillstandslinien werden entsprechend der in den gedruckten Karten verwendeten Farbe als „Grüne Linie“ bezeichnet.



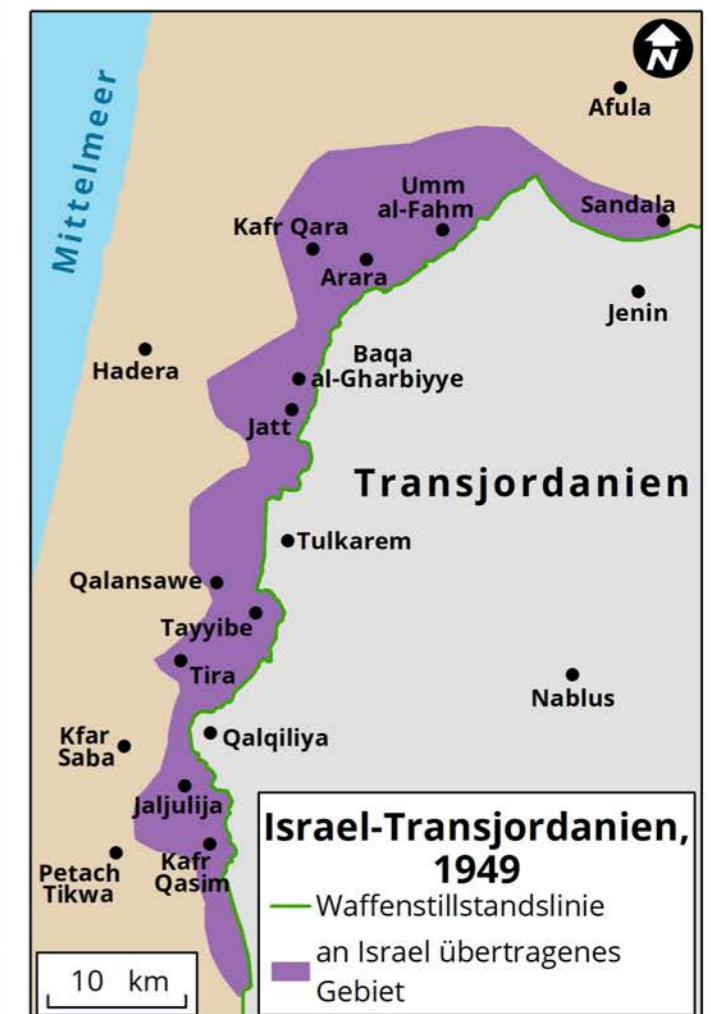
Besondere Gebiete in den Waffenstillstandsabkommen 1949–1950

Mit dem Ende der Feindseligkeiten am 22. Juli 1948 und dem Beginn des zweiten Waffenstillstands nahm die irakische Armee Stellungen in Nord-Samaria ein, von denen sie auf Wadi Ara und die zentrale Sharon-Ebene blicken konnte. Im Februar 1949 wurden nach Unterzeichnung von Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten und Jordanien die Gespräche über die Grenzgebiete zu Transjordanien wiederaufgenommen. Vom 1. März bis zum 3. April 1949 kam es zu Verhandlungen auf Rhodos. Die Situation in Bezug auf die von den Irakern gehaltenen Gebiete blieb unklar. Irak schickte keine Vertreter zu den Gesprächen und zögerte, die Jordanier in ihrem Namen verhandeln zu lassen. Anfang März stimmten die Iraker dem Vorschlag zu, ihre Truppen durch Streitkräfte der Arabischen Legion zu ersetzen. Israel erfuhr von dem Plan und teilte dem Vermittler der Vereinten Nationen am 13. März mit, dass eine solche Übereinkunft gegen den Waffenstillstand verstoße und Israel diese Streitkräfte nicht anerkennen würde. In der Zwischenzeit schlug Israel König Abdullah von Jordanien vor, die Trennlinie in Samaria neu zu ziehen. Da es Abdullah nicht gelang, britische und amerikanische Unterstützung für seine Position zu gewinnen, stimmte er am 19. März 1949 Israels Forderungen zu. Die Vereinbarung wurde am 24. März formalisiert, am 30. März unterzeichnet und in das Waffenstillstandsabkommen vom 3. April 1949 aufgenommen.

Im Rahmen des Abkommens erhielt Israel einen Streifen von 410 km² von Sandala nördlich von Jenin bis Kafr Qasim in Zentralisrael, einschließlich 29 arabischer Städte und Dörfer. Israel bemühte sich um die Kontrolle über dieses Gebiet, um wichtige Transportwege zwischen verschiedenen Teilen des Landes zu sichern, die von der Frontlinie abgeschnitten waren. Die Grenzlinie, die schließlich über die Hügel von Samaria verlief, sollte Israel einen Sicherheitsgürtel und die Kontrolle der Autobahn Hadera-Afula sowie der Eisenbahnstrecke von Lod nach Haifa ermöglichen. Gleichzeitig war dies ein minimalistischer Ansatz, da Israel die Annexion einer großen zusätzlichen arabischen Bevölkerung vermeiden wollte. In Samaria bezog Israel Position entlang einer Linie, die bis zu 100 Meter über dem Meeresspiegel lag, um sich die topografische Kontrolle zu sichern.

In Latrun wurde ein Gebiet vom Dorf Qataneh bis nach Budrus (46 km²) zum Niemandsland erklärt, nachdem sich beide Seiten nicht auf die Aufteilung zwischen ihren Frontlinien einigen konnten. Dieses Gebiet ermöglichte die Kontrolle über zwei wichtige Transportwege von Jerusalem zur Küste. Ein weiterer Faktor war die jordanische Absage an ein Abkommen, das zum Abbau der beiden Frontlinien im Abschnitt von Husan nach Ma'ale Hahamisha führen sollte.

Das Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten legte eine Waffenstillstandslinie fest, die von „Wadi Hasi in östlicher Richtung durch Deir Suneid über die Gaza-Al-Majdal Schnellstraße bis zu einem Punkt 3 km östlich der Schnellstraße und dann in südlicher Richtung parallel zur Gaza-Al-Majdal-Schnellstraße, und weiter bis zur ägyptischen Grenze“ führen sollte. In der Praxis wurde der genaue Grenzverlauf von einem gemeinsamen Ausschuss israelischer und ägyptischer Offiziere in Begleitung eines Vertreters der Vereinten Nationen festgelegt. Die Grenze lag nahe an der im Abkommen festgelegten Linie. Lokale Abweichungen gingen entweder auf den ägyptischen Antrag zurück, die Grenze von der Gaza-Rafah-Schnellstraße zu entfernen und die Hügel im Osten zu kontrollieren, oder auf israelische Forderungen, den Bau eines Staudamms und die Nutzung von Grundwasservorkommen um Nahal Shikma zu ermöglichen. Als „vorübergehender Kompromiss“ definiert, wurde das Abkommen im Februar 1950 unterzeichnet.



Grenzlinien in Jerusalem

1948–1949

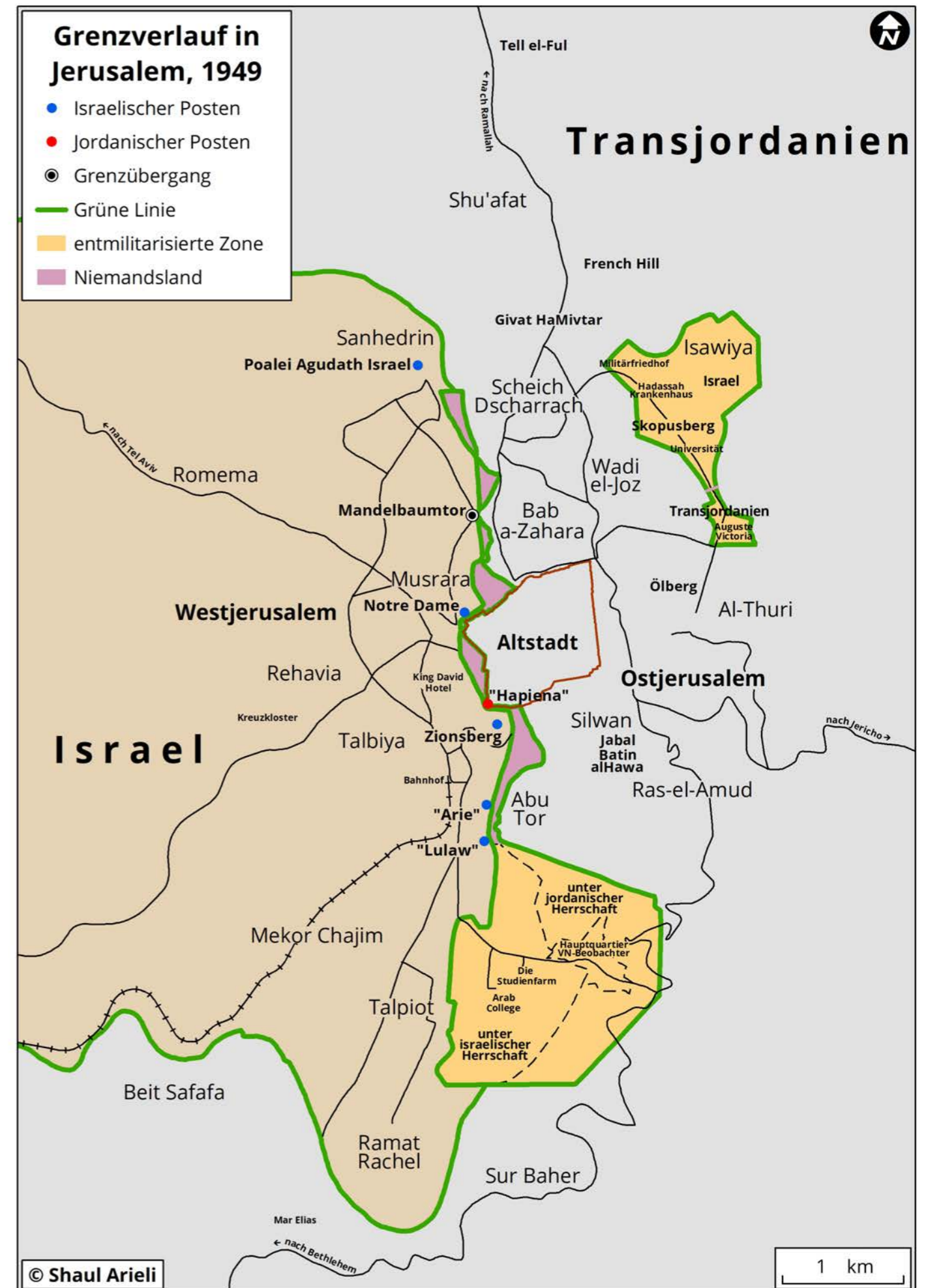
Am 30. November 1948 trafen sich Major Abdullah al-Tall von der Arabischen Legion und Oberstleutnant Moshe Dayan, Kommandant der IDF-Streitkräfte in der Region Jerusalem. Sie unterzeichneten das „Honest Truce“-Abkommen, das den Frontverlauf für beide Seiten in ihren jeweiligen Positionen einfror. Inoffiziell waren sich beide Seiten einig, dass auch in der Gegend von Latrun und im Jerusalemer Korridor dieselben Bestimmungen gelten sollten.

Wie in Latrun wurde auch in Jerusalem auf Grund des Frontverlaufs ein kleines Niemandsland mit einer Fläche von rund zwei Quadratkilometern geschaffen. Beide Seiten durften dieses Gebiet nur mit Bewilligung und Kontrolle der Gegenseite betreten. Um die Residenz des Hohen Kommissars im Süden lag das größte Stück Niemandsland. Es umfasste drei verschiedene Bereiche: Die Residenz und ihre Gärten (unter VN-Kontrolle); das Gebiet im Südosten der Residenz und ein Gebiet in der Nähe des Dorfes Sur Baher (unter jordanischer Kontrolle); der Rest des Gebiets im Westen stand unter israelischer Kontrolle.

Auf der anderen Seite der Stadt wurde der Skopusberg zur entmilitarisierten Zone erklärt. Die Zone umfasste eine israelische Enklave auf jordanischem Gebiet (mit der Hebräischen Universität, dem Hadassah-Krankenhaus und dem Dorf Isawiya) sowie ein Gebiet unter jordanischer Kontrolle (das Gelände des Augusta Victoria Krankenhauses). Ein schmaler Streifen Niemandsland trennte die beiden Gebiete. Das Abkommen erlaubte Israel, 85 Polizisten in diesem Gebiet zu stationieren, die nur mit leichten Waffen ausgerüstet waren, sowie 33 Zivilarbeiter. Die Anzahl der Polizeibeamte auf jordanischer Seite war auf 40 begrenzt. Es wurde zudem vereinbart, dass alle zwei Wochen ein israelischer Versorgungskonvoi das Gebiet besuchen sollte, um den Austausch von Personal zu ermöglichen. Der Konvoi bestand aus zwei gepanzerten Fahrzeugen sowie einem Lastwagen, der Vorräte in das Gebiet brachte und mit Büchern aus der Nationalbibliothek auf dem Skopusberg zurückkehrte, die an Universitätsbibliotheken auf der israelischen Seite der Stadt verteilt wurden. Der Konvoi wurde von den Vereinten Nationen bewacht und fuhr vom Mandelbaum-Tor nordöstlich der Altstadt ab. In Wirklichkeit waren die israelischen Mitarbeiter keine Polizisten, sondern Soldaten, höchstwahrscheinlich mit stillschweigender Zustimmung der Jordanier und der Vereinten Nationen.

Bei einer Regierungssitzung am 1. Dezember 1948 berichtete Ministerpräsident David Ben-Gurion über zwei Treffen zwischen Dayan und Abdullah al-Tall, die sich „Anfang der Woche zusammen mit den Aufsichtsbehörden der Vereinten Nationen in der Residenz des Hohen Kommissars (...) getroffen hatten. Hauptthema war die Entscheidung über einen aufrichtigen und wirksamen Waffenstillstand in Jerusalem gewesen, den die Kommandanten untereinander vereinbart hatten. (...) al-Tall hatte erneut die Stromversorgung der Altstadt in Jerusalem gefordert und den Besuch von Juden an der Klagemauer sowie ihre Rückkehr in ihr Viertel in der Altstadt bewilligt, während die Araber im Gegenzug nach Katamon zurückkehren sollten. Moshe sagte ihm, dass er nicht genügend Autorität habe, um über solche Angelegenheiten zu entscheiden.“

Ein Jahr später, am 20. Dezember 1949, berichtete Ben-Gurion über die Entwicklungen in den Verhandlungen mit König Abdullah hin zu einer dauerhaften Einigung (die letztendlich nicht erreicht wurde): „Abdullah selbst drückte seinen Wunsch aus, mich in Jerusalem zu treffen. Samirs Entwurf auf Arabisch lautete wie folgt: Die Juden erhalten das jüdische Viertel der Altstadt einschließlich der Klagemauer; es wird Teil des jüdischen Jerusalems sein (...). Sie (die Araber) erhalten die Straße nach Bethlehem.“



Sinai-Krieg

29. Oktober - 5. November 1956

Der Sinai-Krieg (in Israel auch bekannt als Operation Kadesh und im Arabischen als Tripartite Aggression) war eine kurze kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel, Großbritannien und Frankreich einerseits und Ägypten andererseits. Der Krieg dauerte nur acht Tage, vom 29. Oktober bis 5. November 1956. Großbritannien und Frankreich hatten den Krieg eingeleitet, um die Kontrolle über den Suezkanal nach dessen Verstaatlichung durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser zurückzugewinnen. Israel schloss sich auf Bitten der beiden Mächte an, teils auch in Reaktion auf die Sperrung der Straße von Tiran für israelische Schiffe und die „Infiltration“ der Grenze (durch die sogenannten Fedajin). Israel besetzte die gesamte Sinai-Halbinsel mit Ausnahme eines schmalen Streifens entlang des Suezkanals, zerstörte die ägyptische Infrastruktur und fügte dem ägyptischen Militär erheblichen Schaden zu.

Am 6. November 1956 hielt die 9. Brigade der IDF in Sharm El-Sheikh am südlichsten Ende des Sinai eine bescheidene Siegesdemonstration ab. Zwei einander gegenüberstehende Kommandowagen bildeten eine provisorische Bühne, um die sich Soldaten in Kampfuniform versammelten. Stabschef Moshe Dayan las einen Brief von Ministerpräsident David Ben-Gurion vor: „Ihr habt zum Abschluss einer der großartigsten Militäroperationen in der Geschichte unseres Volkes beigetragen. Dies ist eine der wundersamsten Operationen der Menschheitsgeschichte. Wieder können wir das Lied anstimmen, das Moses und die Kinder Israels einst gesungen haben: 'Als das die Völker hörten, erbebten sie; Angst kam die Philister an. Da erschrakten die Fürsten Edoms, Zittern kam die Gewaltigen Moabs an, alle Bewohner Kanaans wurden feig. Es fiel auf sie Erschrecken und Furcht.' Eilat wird wieder der wichtigste hebräische Hafen im Süden sein, und Yotvata, auch Tiran genannt, wird Teil des Dritten Königreichs Israel.“

Neben Israels kämpften Großbritannien und Frankreich um die Kontrolle über den Suezkanal, auch bekannt als „Operation Musketeer“. Die französisch-britische Intervention erfolgte allerdings erst am 5. November, nachdem der größte Teil des Sinai bereits in den Händen der IDF war. Britische und französische Truppen eroberten die ägyptischen Städte im Norden des Suezkanals und drangen weiter nach Süden vor. Auf Initiative der USA und der UdSSR forderte der VN-Sicherheitsrat das Ende der militärischen Maßnahmen. Die Streitkräfte stoppten in der Stadt Qantara auf halbem Weg zwischen Port Said und Ismailia, Großbritannien und Frankreich scheiterten so bei ihrem Versuch, die Kontrolle über den Kanal zu übernehmen. Israel wiederum war auf Druck der USA und der UdSSR gezwungen, sich aus dem gesamten eroberten Gebiet zurückzuziehen.

Am 22. Dezember wurde eine VN-Noteinsatztruppe entlang des Suezkanals stationiert und nahm im Zuge des israelischen Rückzugs Positionen im Sinai ein. Israel sicherte sich einige bedeutende Gewinne: Die VN-Resolution garantierte, dass sich israelische Schiffe im Golf von Aqaba frei bewegen können; die Bedrohung durch die ägyptische Armee und „Infiltranten“ war beseitigt. Israels Grenzen blieben mit Ausnahme der syrischen mehrere Jahre lang ruhig. Der Krieg hatte Israels internationales Image als Militärmacht gestärkt – ein Faktor, der auch wirtschaftliche Auswirkungen hatte. Die langfristigen strategischen Ziele wie die Schwächung oder den Sturz von Nassers Regime, die Verpflichtung Ägyptens zu Friedensgesprächen mit Israel oder die Öffnung des Suezkanals für israelische Schiffe konnte Israel jedoch nicht realisieren.



Der Sechstagekrieg

5. - 10. Juni 1967

Der Sechstagekrieg zwischen Israel und Ägypten, Jordanien und Syrien, unterstützt von anderen arabischen Staaten, dauerte vom 5. bis 10. Juni 1967. Der Krieg brach vor dem Hintergrund von Maßnahmen Ägyptens und seiner arabischen Partner aus, die die Sicherheit und Wirtschaft Israels bedrohten. Die Ägypter zwangen die seit dem Sinai-Krieg 1956 im Sinai stationierten VN-Truppen zum Abzug, sperrten die Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt und brachten die Armeen Syriens und Jordaniens sowie irakische und saudische Expeditionstruppen unter ihren Befehl. Ägypten verlegte zahlreiche militärische Einheiten in den Sinai und zwang Israel damit, seine Reservetruppen zu einem hohen Preis für die Wirtschaft zu mobilisieren. Die Verlagerung irakischer Streitkräfte nach Jordanien mit dem Ziel Westjordanland gab weiteren Anlass zur Sorge. Israel befürchtete, dass seine „schmale Taille“ – der Küstenstreifen in der Nähe der Stadt Netanja – durchbrochen und das Land in zwei Teile geteilt werden könnte.

Nach Wochen angespannten Wartens, in denen erfolglose Versuche unternommen worden waren, eine diplomatische Lösung herbeizuführen, brach der Krieg am Montag, dem 5. Juni 1967 um 7:45 Uhr morgens mit einem massiven israelischen Luftangriff aus. Unter dem Kommando von Mordechai Hod griffen 185 israelische Flugzeuge mehrere Stunden lang ägyptische Militärstützpunkte und Flugplätze an. Anschließend flogen sie Angriffe auf Syrien, Jordanien und den Irak. Obwohl die gesamte Region in höchster Alarmbereitschaft gewesen war, kam der Angriff überraschend. Der Ausgang des Krieges wurde in den ersten Stunden besiegelt, nachdem die meisten arabischen Luftstreitkräfte außer Gefecht gesetzt worden waren.

Um 8:15 Uhr ertönte der Code „Rote Flagge“ über IDF-Kommunikationssysteme. Daraufhin starteten die israelischen Streitkräfte einen Angriff auf ägyptische Truppen im Sinai und Gazastreifen. Drei Divisionen bewegten sich entlang separater Achsen, während zwei Brigaden unabhängig agierten. Israel hatte bald die gesamte Sinai-Halbinsel sowie den Gazastreifen und die Inseln Tiran und Sanafir im Roten Meer erobert, die Ägypten von Saudi-Arabien gepachtet hatte. An der jordanischen Front sicherten sich die israelischen Streitkräfte in nur drei Tagen wichtige Teile des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalem. Die zurückgebliebenen jordanischen Truppen zogen sich schnell über den Jordan zurück, so dass die IDF die Eroberung des Westjordanlandes bei geringem Widerstand abschloss. Am 9. Juni startete die IDF einen Angriff auf die Golanhöhen und beendete die Operation in der Region bis zur nächsten Nacht. Bis zum 12. Juni hatte Israel die Golanhöhen und einen Teil des Hermon-Kamms erobert.

Am 22. November 1967 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat die Resolution 242. In ihren Hauptartikeln forderte sie den „Abzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten“ und ein „Ende aller kämpferischen Handlungen und kriegerischen Auseinandersetzungen sowie die Respektierung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit jedes Staates in der Region und ihres Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben, frei von Bedrohungen oder Gewalttaten.“ In der Entschliessung wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, „die Freiheit der Schifffahrt über internationale Wasserstraßen in der Region zu gewährleisten, eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems zu finden, die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates in der Region durch Maßnahmen einschließlich der Einrichtung entmilitarisierter Zonen zu gewährleisten.“ Ägypten und Jordanien akzeptierten die Resolution umgehend, Israel im Dezember 1967, während Syrien erst nach der Machtübernahme von Präsident Assad (1970) folgte. Der Sechstagekrieg hatte tiefgreifende und langanhaltende Auswirkungen auf Innenpolitik, regionale Wirtschaft, Geopolitik und den Verlauf des Kalten Krieges.



Jerusalem

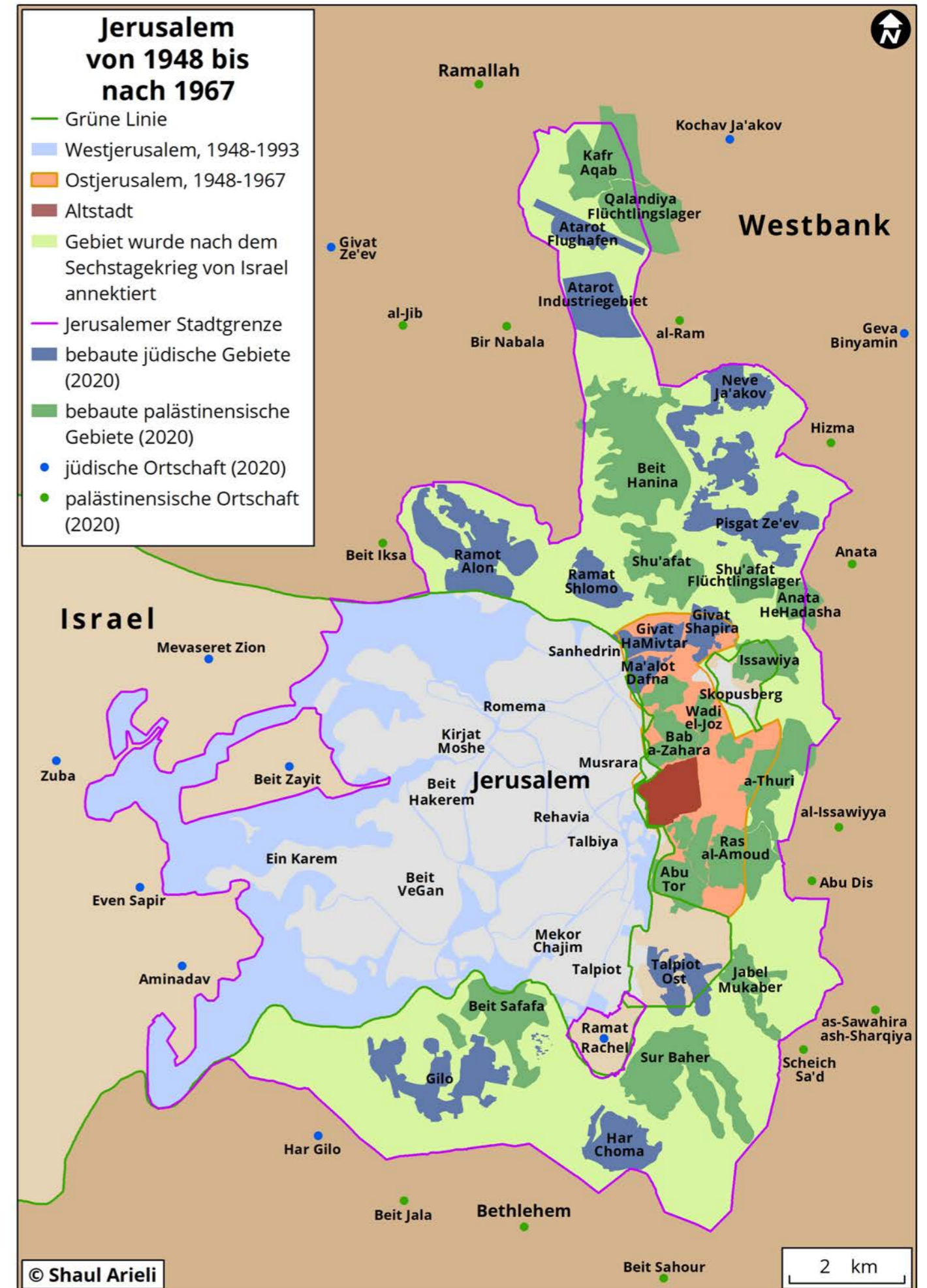
1948–1967

Am 5. Dezember 1949 erklärte David Ben-Gurion Jerusalem zur Hauptstadt des Staates Israel. Acht Tage später stimmte die Knesset, Israels Parlament, für einen Umzug in die Stadt. Unmittelbar danach, im Januar 1950, zog die Regierung nach Jerusalem und vervollständigte damit die Präsenz aller drei Gewalten in der Stadt – der Oberste Gerichtshof war bereits 1948 in Jerusalem gegründet worden.

Am 13. Dezember 1949 annektierte Jordanien das gesamte Westjordanland einschließlich Ostjerusalem. Die Annexion wurde im Mai 1950 amtlich, nachdem das jordanische Parlament einem entsprechenden Beschluss von König Abdullah zugestimmt hatte. Nur drei Länder erkannten die jordanische Annexion des Westjordanlandes in der Folge an: Großbritannien, Irak und Pakistan; Großbritannien betonte, dass es die jordanische Souveränität über Jerusalem nicht anerkenne, sondern lediglich seine de facto Kontrolle über die Stadt. Die Arabische Liga fand sich erst am 31. Mai 1950 mit der jordanischen Annexion des Westjordanlands ab, nachdem Jordanien zugesagt hatte, dass die Annexion eine zukünftige Lösung des palästinensischen Problems nicht beeinträchtigen würde. Westjerusalem erstreckte sich über eine Fläche von 38 km²; Ostjerusalem, Al-Quds auf Arabisch, hatte eine Fläche von nur sechs km².

Kurz nach dem Sechstagekrieg, am 27. Juni 1967, verabschiedete die Knesset eine Gesetzesänderung, die besagte, dass „das Gesetz, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung des Staates in jedem von der Regierung per Verordnung festgelegten Gebiet des Landes Israel gelten.“ In Übereinstimmung mit dieser Bestimmung erließ die Regierung am nächsten Tag einen Beschluss, in dessen Anhang der festgelegte Bereich „ein Gebiet ist, in dem das Recht, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung des Staates gelten“. Das im Nachtrag definierte Gebiet umfasste die Altstadt von Jerusalem und die Stadtteile von Kafr Aqab im Norden bis zu einem Punkt in der Nähe von Rachels Grab im Süden sowie bis zu den Hängen des Skopusbergs im Osten. Am 28. Juni wurde eine Verordnung unterzeichnet, die die Grenzen des annektierten Gebiets festlegt. Israels Innenminister veröffentlichte die „Jerusalem-Proklamation“, mit der das annektierte Gebiet den Stadtgrenzen Jerusalem angegliedert wurde. Am Mittag des 29. Juni entfernte die Polizei die Barrieren, die die Stadt in zwei Teile geteilt hatten. Der jordanische Bürgermeister der Stadt, Ruhi al-Khatib, und seine Stadtratsmitglieder wurden zum Militärgouverneur berufen, der ihnen mitteilte, dass „im Namen der IDF (...) der Jerusalemer Stadtrat hiermit aufgelöst“ sei. Der neu geschaffenen Stadt mit einer Fläche von 108 km² wurde der Name „Vereintes Jerusalem“ gegeben.

Vor dem Hintergrund der Autonomiegespräche zwischen Israel und Ägypten und aus Angst vor israelischen Zugeständnissen in Jerusalem initiierte die Abgeordnete Geula Cohen von der Tehiya-Partei 1980 das „Grundgesetz: Jerusalem, Israels Hauptstadt, 1980“. Das Gesetz erklärt „das gesamte und vereinte Jerusalem“ zur Hauptstadt Israels. Die Knesset verabschiedete das Grundgesetz am 30. Juli 1980. Am 15. Januar 1981 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, in der die Erklärung des Vereinten Jerusalem als Israels Hauptstadt abgelehnt und für nichtig erklärt wurde. Daraufhin zogen viele Staaten ihre Botschaften aus Jerusalem ab. 1993 wurden die Stadtgrenzen erneut erweitert, diesmal nach Westen, so dass Jerusalem derzeit eine Fläche von 126,4 km² hat und damit die größte Stadt in Israel ist. Am 6. Dezember 2017 gab US-Präsident Donald Trump bekannt, dass die USA Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkennen. Er ordnete die Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem an. Am 14. Mai 2018, einen Tag nach dem Jerusalem Tag, fand die Umzugszeremonie der Botschaft statt.



Israelisch-Syrische Grenze

nach 1967

Während des Sechstagekrieges besetzte Israel etwa zwei Drittel der Golanhöhen. Die nach dem Krieg eingerichtete Waffenstillstandslinie, auch „Lila Linie“ genannt, umschließt eine Fläche von 1.260 km² und reicht bis östlich von Quneitra. Während des Jom-Kippur-Krieges 1973 gelang es den Syrern, etwa die Hälfte dieses Gebietes für mehrere Tage zurückzugewinnen. Bei Kriegsende hatte die IDF das Gebiet jedoch nicht nur zurückerobert, sondern weitere Gebiete tief in Syrien unter Kontrolle gebracht.

Am 31. Mai 1974 unterzeichneten Israel und Syrien ein Truppenentflechtungsabkommens. Israel zog sich auf die „Lila Line“ zurück, mit Ausnahme einer Fläche von etwa 60 km². Die Stadt Quneitra wurde der syrischen Zivilkontrolle unterstellt. Ein Streifen syrischen Landes entlang der Waffenstillstandslinie wurde als Pufferzone zwischen den israelischen und syrischen Streitkräften eingerichtet und steht unter der militärischen Kontrolle von UNDOF (United Nations Disengagement Observer Force). In der Nähe von Quneitra befindet sich der einzige Grenzübergang der derzeitigen Grenze zwischen Syrien und Israel. Er wird von UNDOF-Truppen betrieben, ohne direkten Kontakt zwischen Israelis und Syrern und ist normalerweise für Personen und Güter gesperrt. Er wird hauptsächlich von VN-Mitarbeitern und Drusen aus den Golanhöhen genutzt, die eine besondere Erlaubnis unter VN-Vermittlung benötigen.

Am 14. Dezember 1981 verabschiedete die Knesset das Golanhöhen-Gesetz, das den Geltungsbereich von Gesetz, Gerichtsbarkeit und Verwaltung des Staates auf ein Gebiet von rund 1.200 km² auf den Golanhöhen ausweitet – zwischen der internationalen Grenze von 1923 und der unter israelischer Kontrolle stehenden Grenze des Truppenentflechtungsabkommen von 1974. Der VN-Sicherheitsrat reagierte mit Resolution 497, die die Anwendung von israelischer Gesetzgebung völkerrechtlich für unrechtmäßig erklärt und unterstrich, dass die Vierte Genfer Konvention für die Golanhöhen weiterhin gelte.

Nur vier drusische und das alawitische Dorf Ghajar befinden sich noch auf den Golanhöhen. Rund 130.000 syrische Einwohner haben das Land verlassen oder sind vertrieben worden. Die erste jüdische Siedlung in der Region, Marom Golan, wurde bereits 1967 gegründet. Der gesamte Verwaltungsbezirk (Golan Regional Council) umfasst eine Fläche von 100.000 Quadratkilometern und erstreckt sich vom Hermon im Norden bis Hamat Gader im Süden. Das Gebiet umfasst 32 Siedlungen - neun Kibbutzim, 13 Moschawim, fünf kooperative Moschawim und fünf Gemeinschaftssiedlungen.

Vier israelische Ministerpräsidenten - Yitzhak Rabin, Benjamin Netanjahu, Ehud Barak und Ehud Olmert – führten offene und geheime Unterredungen mit Syrien in Bezug auf die Grenzfrage. Haupthindernis für ein Abkommen war die Diskrepanz zwischen der Forderung Israels, die Mandatsgrenze leicht nach Osten zu verschieben und der Forderung Syriens, auf die „Grenzen vom 4. Juni 1967“ zurückzukehren – was Auswirkungen auf die Gewässerkontrolle gehabt hätte. Der See Genezareth, der nördliche Abschnitt des Jordan und der Banias wären demnach internationale Gewässer geworden mit gravierenden Konsequenzen für Israels Wassernutzungsrechte. Bis heute haben die Kontakte zu keinem Abkommen geführt.

Am 21. März 2019 erkannte US-Präsident Donald Trump im Namen der USA die israelische Souveränität über die Golanhöhen an. am 25. März unterzeichnete er eine entsprechende Erklärung.



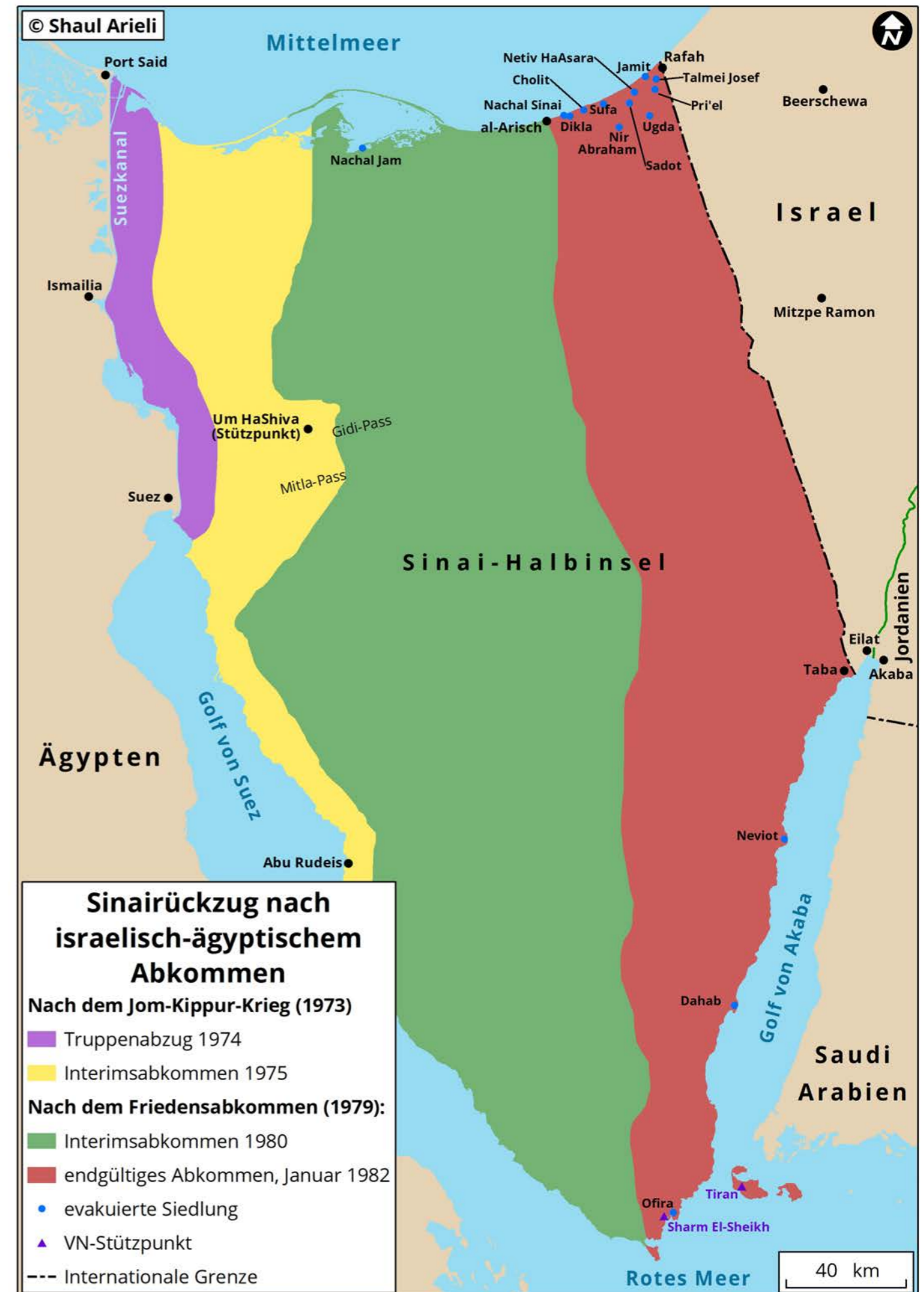
Vereinbarungen zwischen Israel und Ägypten 1967-1985

Während des Sechstagekrieges 1967 besetzte Israel die Sinai-Halbinsel. Am 6. Oktober 1973 brach der von Ägypten und Syrien initiierte Jom-Kippur-Krieg aus. Der Krieg endete am 24. Oktober mit einem Waffenstillstand; an der ägyptischen Front im Sinai dauerte der Schusswechsel noch zwei Tage länger. Am 11. November 1973 unterzeichneten Israel und Ägypten ein Waffenstillstandsabkommen, und am 21. Dezember wurde in Genf eine Friedenskonferenz eröffnet, an der Israel, Ägypten und Syrien teilnahmen. Am 18. Januar 1974 unterzeichneten Israel und Ägypten ein Truppenentflechtungsabkommen, das zur Aufhebung der ägyptischen Blockade des Roten Meeres führte. Auch der Suezkanal wurde für die Schifffahrt geöffnet, und Israel zog sich auf eine Linie 20 Kilometer östlich des Kanals zurück.

1975 wurde ein weiteres Interimsabkommen verhandelt, das von der Knesset am 3. September mit einer Mehrheit von 70 Stimmen bei 43 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen angenommen und am folgenden Tag in Genf unterzeichnet wurde. Das Abkommen sah einen israelischen Rückzug aus einem Streifen östlich der vorherigen Grenzlinie mit einer Breite von 30 bis 40 km vor – ein Gebiet, das die Mitle- und Gidi-Pässe im westlichen Sinai umfasst. Dieses Gebiet wurde unter VN-Aufsicht zur Pufferzone. Israel zog sich von einem langen, schmalen Streifen entlang des Golfs von Suez einschließlich der meisten Ölfelder im Sinai zurück. Dieses Gebiet wurde zur entmilitarisierten zivilen Zone. Die Autobahn parallel zum Golf sollten sowohl Israel als auch Ägypten weiter nutzen. Die israelische Frühwarnstation in Umm Hashiba in dem Gebiet unter VN-Aufsicht und eine ähnliche ägyptische Einrichtung in der Nähe sollten in Betrieb bleiben. Israel und Ägypten mussten ihre Truppen auf beiden Seiten der Pufferzone reduzieren.

Nach dem historischen Israel-Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat im Jahr 1977 fanden Friedensgespräche zwischen beiden Ländern statt. Sie führten zu den Camp David-Abkommen, Rahmenverträge für den Frieden im Nahen Osten, die 1978 von US-Präsident Jimmy Carter, dem ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat und dem israelischen Ministerpräsident Menachem Begin unterzeichnet wurden. Das erste Abkommen, Framework for Peace in the Middle East, erklärt die VN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 zur Grundlage für einen Frieden. Im ersten Teil des Abkommens wird für die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen ein Autonomieplan anvisiert, der nach fünf Jahren in ein dauerhaftes Abkommen münden sollte. Der zweite Teil bezog sich auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, der ähnliche Abkommen zwischen Israel und Jordanien, Syrien und dem Libanon folgen sollten. Das zweite Abkommen war die Grundlage für den Frieden zwischen Ägypten und Israel und beruhte auf einem vollständigen Rückzug Israels „bis zur anerkannten internationalen Grenze zwischen Ägypten und dem Mandatsgebiet Palästina“. Dem Rückzug sollte eine Normalisierung der Beziehungen folgen, einschließlich gegenseitiger Anerkennung und diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen. Die Knesset genehmigte die Camp David-Abkommen am 27. September 1978 mit 84 Ja- und 19 Nein-Stimmen.

Das permanente Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten beendete den Kriegszustand zwischen beiden Ländern, definiert deren permanente Grenze und enthält Bestimmungen zur Entmilitarisierung und Truppenbeschränkungen im Sinai. Das Abkommen sieht die Aufnahme normaler nachbarschaftlicher Beziehungen vor, wie sie im Völkerrecht üblich sind. Zudem sind Vorkehrungen für eine multinationale Truppe zur Überwachung der Umsetzung des Abkommens im Sinai enthalten. Die Knesset stimmte der endgültigen Vereinbarung am 22. März 1979 mit 95 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen zu. Die Unterzeichnungszereemonie fand am 26. März 1979 im Weißen Haus statt. Israel schloss seinen Rückzug aus dem Sinai bis 1982 ab, einschließlich der Evakuierung und des Abrisses all seiner Siedlungen im Yamit-Streifen. Nach einem internationalen Schiedsverfahren zog sich Israel 1985 ebenfalls aus Taba zurück.



Israelisch-jordanisches Friedensabkommen

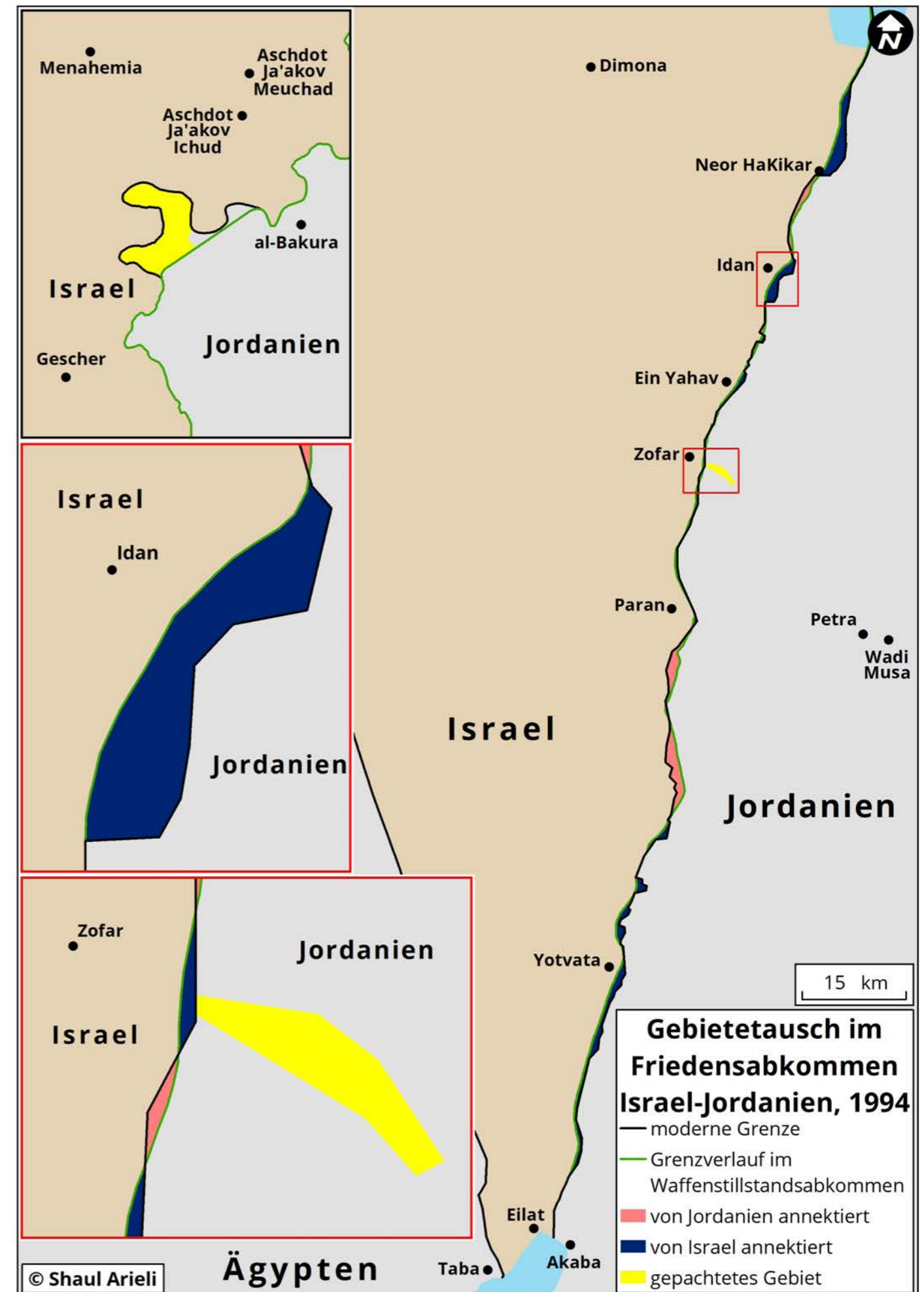
26. Oktober 1994

Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens im Jahr 1949 begann Israel mit der Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen in der Arawa-Ebene (Yotvata, Ein Yahav, Paran, Idan und andere). Da der fruchtbare Boden und die artesischen Wasserquellen auf der jordanischen Seite der Grenze lagen und größtenteils ungenutzt waren, verfolgte Israel eine Politik der schleichenden Annexion. Ländereien innerhalb des souveränen jordanischen Territoriums wurden an Siedlungen wie Yotvata, Lotan, Ketura, Idan und Grofit übertragen. Bei der Gründung von Tzofar im Jahr 1976 wurde der Gemeinde ein Gebiet von 2.000 Hektar in beträchtlicher Entfernung von der Grenze zugewiesen. Darüber hinaus bohrte Israel 22 Brunnen auf jordanischem Gebiet, die 15 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr lieferten. Israel errichtete sogar ein Sicherheitssystem auf jordanischem Gebiet, um seine Siedlungen zu schützen. De facto annektierte Israel insgesamt 340.000 Hektar. Darüber hinaus hatte das Waffenstillstandsabkommen von 1949 die sogenannte „Insel“ in Naharayaim unter israelischer Kontrolle belassen. Das 830-Hektar-Gelände war durch den Bau des Rutenberg-Kraftwerks im Jahr 1927 östlich des Jordan entstanden. Unmittelbar nach seiner Errichtung hatten israelische Bauern aus den Kibbutzim begonnen, das Land zu bestellen.

Die Erklärung von König Hussein im Juli 1988, die Annexion des Westjordanlandes durch Jordanien aufzuheben, und die Unterzeichnung der Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO im Jahr 1993 ebneten den Weg für ein Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien. Am 14. September 1993 wurde eine gemeinsame Agenda unterzeichnet und am 25. Juli 1994 gaben beide Seiten die „Washington-Erklärung“ ab, in der sie ihre Absicht bekundeten, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Während der Verhandlungen bestanden die Jordanier auf der Waffenstillstandslinie von 1949 als Grenze (in diesem Bereich war die Linie identisch mit der 1922 definierten Grenze). Israel wandte ein, dass einige Begriffe in der britischen Erklärung von 1922, wie „Wadi Araba“ oder „die Mitte des Wadi Araba“, nicht eindeutig seien. Obwohl die Jordanier die israelische Behauptung zurückwiesen, stimmte König Hussein der Bitte von Ministerpräsident Yitzhak Rabin zu, die Gebiete in der Arawa-Ebene östlich der Grenze weiterhin von Israel bearbeiten zu lassen. Im Gegenzug erhielt Jordanien Gebiete mit felsigem Boden westlich der Grenze. Insgesamt wurden 16,5 km² im Verhältnis 1:1 ausgetauscht. Der Rest wurde dem Verlauf der Mandatsgrenze angepasst, indem über 300 km² an Jordanien zurückgeführt wurden. Der Landtausch wird im Friedensvertrag nicht erwähnt, aber die Vereinbarung enthält einen Verweis auf beigefügte Luftaufnahmen.

Für die „Insel“ bei Naharayaim im Norden wurde eine Sonderregelung für einen Zeitraum von 25 Jahren vereinbart. Israel erkannte die jordanische Souveränität über das Gebiet an, doch waren sich beide Seiten einig, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Kibbuz Ashdot Yaakov das Gebiet auf der Grundlage besonderer gesetzlicher Vereinbarungen weiter bewirtschaften, mit der Möglichkeit, diese Regelung um weitere 25 Jahre zu verlängern. Eine ähnliche Vereinbarung wurde für Moshav Tzofar in der Arawa-Ebene getroffen, dessen Ackerland östlich der vereinbarten Grenze lag. In beiden Fällen handelte es sich nicht um Pachtverträge. Weder Israel noch die Gemeinden zahlten Jordanien für die Nutzung des Landes. Das Abkommen sah zudem vor, dass Israel Jordanien mit 50 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr aus dem See Genezareth versorgen würde als Ausgleich für andauernde Wasserbohrungen auf jordanischem Gebiet.

Der Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien wurde am 26. Oktober 1994 am Grenzübergang Arawa unterzeichnet. Ministerpräsident Yitzhak Rabin und König Hussein unterzeichneten den Vertrag, und US-Präsident Bill Clinton fügte seine Unterschrift als Zeuge hinzu. Im Oktober 2018 beschloss König Abdullah II von Jordanien, das Abkommen über die israelische Nutzung der Enklave Tzofar in der Arawa-Ebene (2.000 Hektar) und der „Insel“ in Naharayim (ca. 800 Hektar) nicht zu verlängern. Die Entscheidung entsprach den Bedingungen des Friedensvertrages, und die „Insel“ in Naharayim wurde im Oktober 2019 und die Enklave Tzofar im April 2020 zurückgegeben.



Osloer Abkommen: Grundsatzklärung und Interimsabkommen

1993-1999

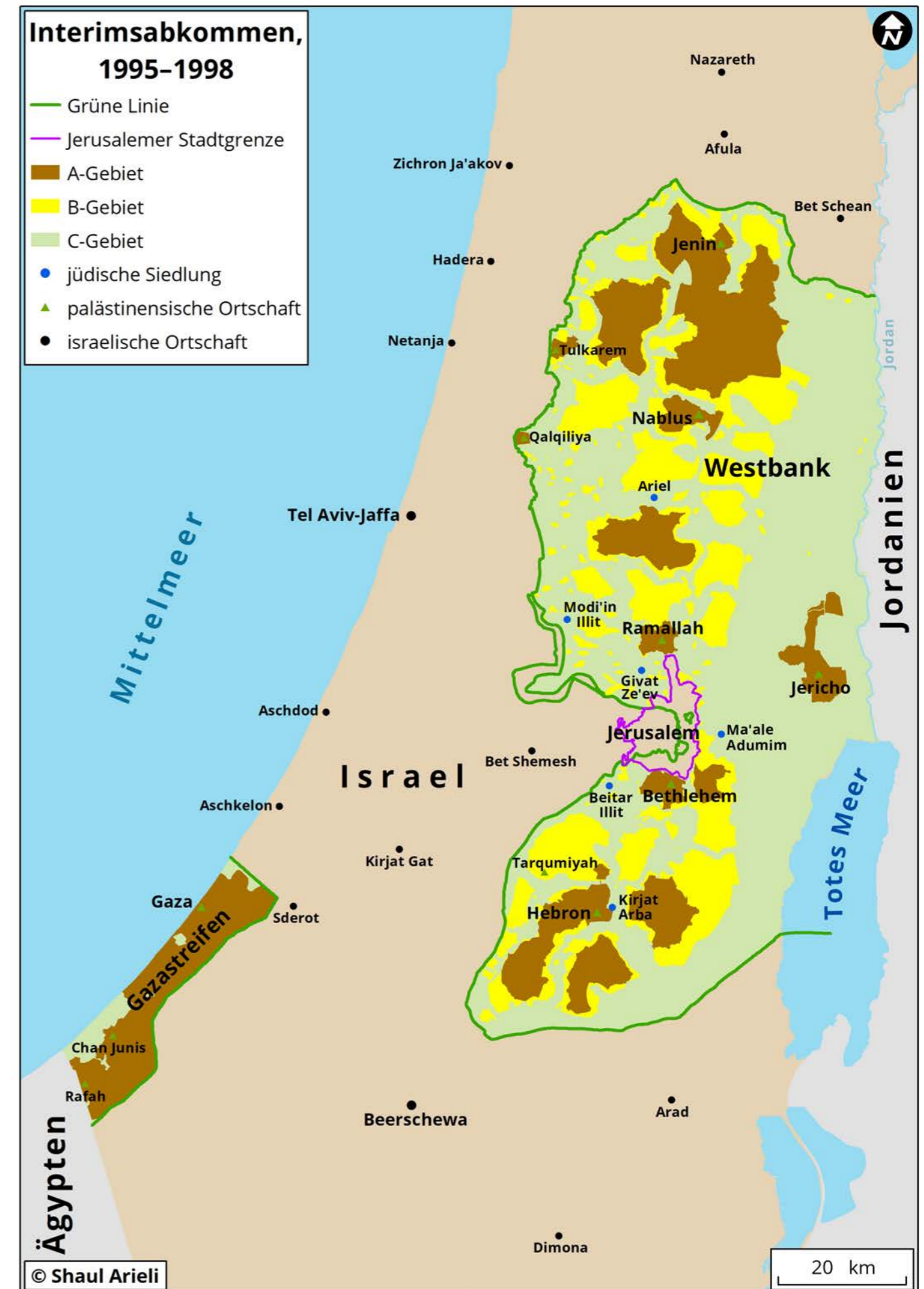
Am 13. September 1993 unterzeichneten Israel und die PLO in Washington D.C. eine Prinzipienklärung über eine vorübergehende Selbstverwaltung. Detaillierte Verhandlungen begannen am 13. Oktober, und am 4. Mai 1994 trafen sich beide Seiten in Kairo zur Unterzeichnung eines ersten Interimsabkommens, das Gaza und Jericho an die Palästinensische Autonomiebehörde übertrug. Das Abkommen wurde vom israelischen Ministerpräsident Yitzhak Rabin und dem PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat unterzeichnet. Die USA, Russland und Ägypten dienten als Zeugen.

Das zweite Interimsabkommen zwischen Israel und der PLO wurde am 28. September 1995 in Washington D.C. unterzeichnet. Dieses Abkommen teilte das Westjordanland in Kategorien ein. A-Gebiete, einschließlich aller Städte mit Ausnahme von Hebron, werden der Zivil- und Sicherheitskontrolle der künftigen Palästinensischen Autonomiebehörde übertragen. In B-Gebieten, einschließlich palästinensischer Dörfer und kleinerer Städte, liegen zivile Belange bei der palästinensischen Behörde, während Israel weiter für allgemeine Sicherheitsmaßnahmen zuständig ist. C-Gebiete mit Dutzenden kleinen palästinensischen Dörfern bleiben unter israelischer Sicherheits- und teilweiser israelischer Zivilkontrolle. Jüdische Siedlungen und militärische Einrichtungen im Westjordanland genießen innerhalb der C-Gebiete einen Sonderstatus. Das Abkommen sah vor, dass Israel vor den Wahlen zum Palästinensischen Rat seine Streitkräfte in dem Gebiet gemäß einer beigefügten Karte positionieren würde. Nach der Errichtung des Palästinensischen Rates sollte Israel drei weitere Anpassungen seiner Streitkräfte gemäß der Grundsatzklärung vornehmen. Es war vorgesehen, dass diese in drei Phasen in Abständen von sechs Monaten durchgeführt werden und innerhalb von 18 Monaten nach der Bildung des Rates abgeschlossen werden sollten.

Am 15. Januar 1997 wurde nach zweimonatigen Verhandlungen das Hebron-Protokoll als Anhang zum Interimsabkommen unterzeichnet. Das zwischen der Regierung Netanjahu und der PLO vereinbarte Protokoll definierte die Umstationierung der IDF in Hebron. Die Stadt wurde in zwei Zonen unterteilt. In der H1-Zone genoss die Palästinensische Autonomiebehörde einen ähnlichen Status wie in A-Gebieten. In der H2-Zone behielt Israel die volle Verantwortung für innere Sicherheit und öffentliche Ordnung und sollte auch insgesamt für die Sicherheit von Israelis verantwortlich sein.

Am 23. Oktober 1998 unterzeichneten Ministerpräsident Netanjahu und der PLO-Vorsitzender Arafat in Anwesenheit des jordanischen Königs Hussein auf Druck von US-Präsident Clinton das Wye-Memorandum in Maryland. Darin verpflichtet sich Israel, 13 Prozent der C-Gebiete an die Palästinensische Autonomiebehörde zu übertragen, davon 12 Prozent als B-Gebiete und ein Prozent als A-Gebiete. Die Palästinenser verpflichteten sich, drei der 12 Prozent (Gebiete in der Judäischen Wüste östlich von Tekoa) zu Naturschutzgebieten zu erklären.

Die Erklärung von Sharm El-Sheikh wurde am 4. September 1999 zwischen Ministerpräsident Barak und dem Vorsitzenden der PLO, Jassir Arafat, in Anwesenheit von US-Außenministerin Madeleine Albright, König Abdullah II, und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak unterzeichnet. In der Erklärung heißt es, dass die Parteien entschlossen versuchen werden, bis zum 13. Februar 2000 eine Rahmenvereinbarung für eine endgültige Einigung sowie bis zum 13. September 2000 eine endgültige und vollständige Friedensvereinbarung zu erzielen. Die Erklärung befasste sich auch mit der Umsetzung des Wye-Memorandum, einschließlich der Zeitpläne für die erste und zweite Anpassung und die Übertragung von Ländereien aus C- und B-Gebieten in das Gebiet A. Nach Abschluss sämtlicher Neuordnungen, machen die Gebiete A und B gemeinsam nur 40 Prozent der Fläche des Westjordanlandes aus. Seit dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 wurde das gesamte Gebiet als A-Gebiet definiert.



Israelisch-libanesische Grenze

1923-2000

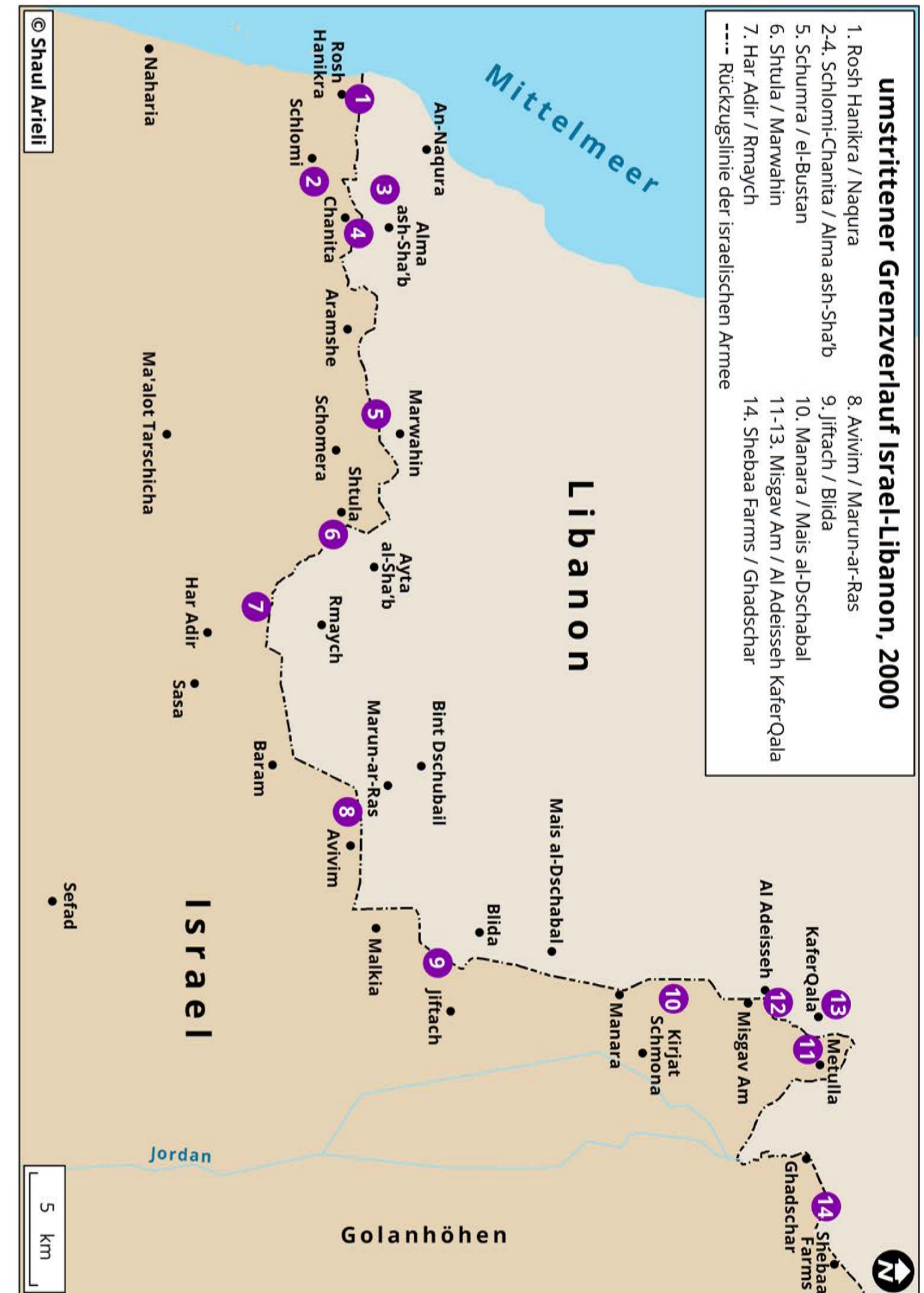
Die Grenze zwischen Palästina, Syrien und dem Libanon hat ihren Ursprung im Sykes-Picot-Abkommen, das am 16. Mai 1916 von Frankreich und Großbritannien unterzeichnet wurde. Die Grenze folgte der kürzesten Linie zwischen dem Mittelmeer an einem Punkt nördlich von Akko und dem Nordufer des See Genezareth. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Grenze nach Norden verschoben („Deauville-Linie“), um Gebiete unter britischer militärischer Kontrolle einzubeziehen. Die neue Linie wurde von einem Punkt am Mittelmeerstrand nördlich der heutigen israelischen Stadt Nahariya entlang des Rosh HaNikra-Kamms bis zum Südufer des Hula-Sees gezogen. In einem zweiten Schritt wurde am 23. Dezember 1920 in Paris ein Abkommen zwischen Großbritannien und Frankreich unterzeichnet, demzufolge sich die Grenze nordöstlich von Sasa nach Norden erstreckt, um Metulla und den gesamten Jordanfluss einzubeziehen.

Bei der Markierung der Grenze vor Ort stellte sich heraus, dass der vereinbarte Verlauf die Ländereien der angrenzenden Dörfer durchschnitt. Also einigten sich der britische Vertreter Newcombe und sein französischer Amtskollege Paulet auf einen Landtausch, der auf Landbesitz-Dokumenten basierte, die die Dorfbäuerlinge ihnen vorgelegt hatten. Die jüdische Siedlung Metulla musste einen Großteil ihrer Ländereien im Libanon zurücklassen, da die direkte Schnellstraße zwischen Quneitra auf den Golanhöhen und Tyrus im Libanon durch dieses Gebiet führte und von den Franzosen als essentiell eingestuft worden war. Diese Gebiete und Grundstücke in anderen Dörfern führten zum „Good Neighbourly Agreement“ zwischen Palästina, Syrien und dem Libanon, das am 2. Februar 1926 von den britischen und französischen Kommissaren unterzeichnet wurde. Die vollständige Umsetzung des Abkommens erfolgte erst im April 1924, als 192 km² Land, darunter 20 Dörfer, von französischen Händen in britische Hände überging. Das Abkommen selbst wurde 1934 vom Völkerbund gebilligt und zur international anerkannten Grenze zwischen beiden Mandatsländern.

Während des Unabhängigkeitskrieges im Jahr 1948 übernahm die IDF im Rahmen der Operation Hiram (29.-31. Oktober) die Kontrolle über das Obere Galiläa und über Gebiete jenseits der libanesischen Grenze und beschlagnahmte einen Streifen mit 14 Dörfern. Am 23. März 1949 wurde das Waffenstillstandsabkommen mit dem Libanon unterzeichnet. Beide Länder kamen überein, dass die internationale Grenze als Waffenstillstandslinie dienen würde. Dementsprechend zog sich Israel aus den libanesischen Gebieten zurück.

1978 startete die israelische Regierung die Operation Litani nach einem Angriff auf einen Bus in Israel, welcher aus palästinensisch kontrollierten Gebieten im Libanon geplant und durchgeführt worden war. Die IDF hielt libanesisches Territorium für drei Monate unter Kontrolle. Danach setzte Israel seine militärische Präsenz im Südlibanon mit Hilfe der südlibanesischen Armee (SLA) fort.

Der erste Libanonkrieg, auch „Operation Frieden für Galiläa“ genannt, brach im Juni 1982 aus. Die IDF nahm den südlichen Teil des Libanon ein und gelangte auf dem Höhepunkt des Krieges bis nach Beirut. Im September 1983 begann Israel mit einem graduellen Rückzug. 1985 zog es sich aus wesentlichen Teilen des besetzten Gebiets zurück und behielt nur im Süden eine „Sicherheitszone“ ein. Erst am 24. Mai 2000 zog sich Israel unter der Regierung von Ehud Barak vollständig aus dem Libanon zurück. In Zusammenarbeit mit Israel markierten die Truppen der Vereinten Nationen die Rückzugslinie mit hellblau lackierten Fässern – der Farbe der VN-Flagge. Heute führt diese „Blaue Linie“ an einigen Stellen in israelisches Gebiet hinein, während sie in der Nähe von Misgav Am und dem Dorf Ghajar auf libanesischem Gebiet liegt und kleine Enklaven geschaffen hat. In 2020 ist der Grenzverlauf an 14 Stellen noch immer umstritten, wenngleich es sich dabei um sehr kleine Territorien handelt.



Camp David II

11. - 25. Juli 2000

Der Nahostfriedensgipfel fand vom 11. bis 25. Juli 2000 in Camp David, Maryland statt und brachte US-Präsident Bill Clinton, den israelischen Ministerpräsident Ehud Barak und den Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde Jassir Arafat zusammen. Der Gipfel konzentrierte sich auf vier Hauptthemen:

Grenzverlauf: Die Differenzen zwischen beiden Seiten in der territorialen Frage waren enorm. Barak lehnte den Grundsatz der Grenzen von 1967 als Basis für eine Lösung des Konflikts ab. Minister Shlomo Ben-Ami schlug Barak vor, bei den Amerikanern eine „Sicherheitsbürgschaft“ hinsichtlich der Grenzen von 1967 zu hinterlegen, so wie Jitzchak Rabin das in Bezug auf die Golanhöhen getan hatte, aber Barak lehnte diesen Vorschlag ab. Der Leiter der palästinensischen Abteilung in der Forschungseinheit des israelischen Militärgeheimdienstes legte den israelischen Entscheidungsträgern eine detaillierte Analyse der palästinensischen Position vor: „Arafat und die palästinensische Führung planen, den diplomatischen Prozess voll auszuschöpfen, um eine Zweistaatenlösung herbeizuführen – basierend auf der langjährigen und bekannten palästinensischen Position, die von der PLO seit 1988 vertreten wird: ein Staat innerhalb der Grenzen von 1967, einschließlich des arabischen Jerusalem, auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 der Vereinten Nationen.“ Der Vertreter des militärischen Geheimdienstes betonte, dass „die Gebietsfrage für die Palästinenser von wesentlicher Bedeutung ist, während das Rückkehrrecht ihnen als wichtige Verhandlungsmasse gegen Israel dient“.

Israels Eröffnungsvorschlag in Camp David sah die Annexion von 13 Prozent der Westbank vor; weitere 10 Prozent wollte Israel noch für viele Jahre halten. Damit schlug Israel einen palästinensischen Staat auf 77 Prozent des Territoriums der Westbank sowie dem größten Teil des Gazastreifens vor. Bevor die Verhandlungsteams zusammenkamen, um territoriale Fragen zu erörtern, wies Barak die israelischen Vertreter an, die Idee eines Landtausches abzulehnen. Die palästinensische Delegation hielt am 16. Juli eine interne Diskussion ab, die sich mit der Frage derjenigen Gebiete im Westjordanland befasste, die unter israelischer Kontrolle bleiben würden. Abu Alaa schlug 1,5 Prozent vor, während Jassir Abd Rabbo, unterstützt von Hasan Asfour, 2,5 Prozent und Nabil Sha'ath drei Prozent vorschlug. Arafat nahm keinen dieser Vorschläge an und hatte Clinton aller Wahrscheinlichkeit nach bereits eine substantziellere territoriale Konzession versprochen.

Vier Tage vor Ende des Gipfels legte das israelische Verhandlungsteam den Palästinensern eine Karte vor, aus der hervorging, dass die unmittelbar zu übergebende Fläche 77,2 Prozent betragen würde. Einige Jahre später sollte eine zusätzliche Fläche von 8,8 Prozent übertragen werden. Dementsprechend würde Israel 13,3 Prozent der Westbank annektieren; die Entscheidung über weitere sehr kleine Gebiete stand noch aus. In einem Interview behauptete Barak, er habe den Palästinensern 90 bis 91 Prozent der Westbank in Camp David angeboten, einschließlich eines Landtausches von einem Prozent gegen Gebiete innerhalb der Grünen Linie. Er betonte, dass er einem Rückzug aus dem Jordantal niemals zugestimmt habe. Baraks offizieller, Präsident Clinton präsentierter Vorschlag sprach jedoch von einem palästinensischen Staat auf 89 Prozent der Fläche, wobei eine Überlandpassage den Gazastreifen mit dem Westjordanland verband. In seinem Buch „Das Labyrinth der Macht“ schreibt der israelische Geheimdienstveteran Danny Yatom über Baraks Vorschlag an Clinton: „Ein Gebiet von nicht weniger als 11 Prozent, in welchem 80 Prozent der Siedlerinnen und Siedler leben, wird von Israel annektiert, so dass von insgesamt 190.000 Siedlerinnen und Siedlern in 126 Siedlungen in Judäa und Samaria 156.000 in 71 Siedlungen unter israelischer Kontrolle bleiben würden. Wir werden keine souveränen Gebiete an die Palästinenser übertragen (...). Für einige Jahre wird Israel etwa ein Viertel des Jordantals behalten, um die Kontrolle der Grenzübergänge zwischen Jordanien und Palästina zu gewährleisten.“ Dieser Vorschlag war weit entfernt von der palästinensischen Position, die sich bereit erklärt hatte, nicht mehr als 2,4 Prozent des Gebiets unter israelischer Kontrolle zu belassen, und auf einem Landtausch in der Relation 1:1 bestand.



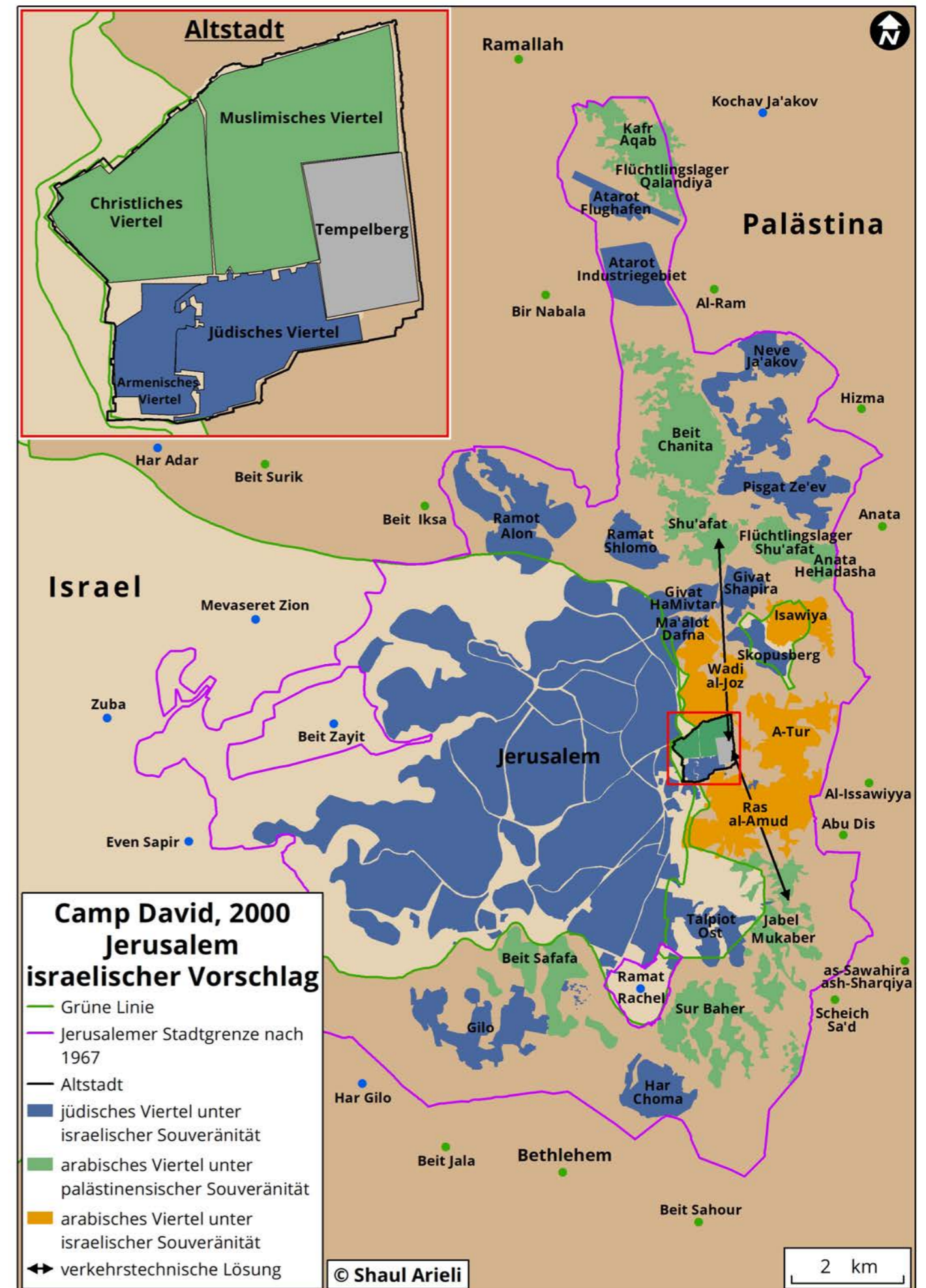
Sicherheit: Israel bestand darauf, weitere Jahre die Kontrolle über rund ein Viertel des Jordantals zu behalten und forderte die Entmilitarisierung des palästinensischen Staates. Die Palästinenser widersetzten sich einer Annexion des Jordantals aus Sicherheitsgründen, waren jedoch bereit, über die Dauer einer vorübergehenden militärischen Präsenz in der Region zu verhandeln. Beide Seiten waren sich einig, dass Israel Frühwarnstationen entlang des zentralen Bergrückens im Westjordanland unterhalten darf. Die Palästinenser forderten die Anwesenheit amerikanischer oder anderer Vertreter neben palästinensischen Verbindungsbeamten in diesen Einrichtungen. Das gesamte Gebiet sollte von einem einzigen Luftkontrollsystem abgedeckt werden. Die Sicherheitsverantwortung in der Luft sollte bei Israel liegen, ohne dass kommerzielle Flüge der Palästinenser und die Funktionsfähigkeit ihres Flughafens beeinträchtigt werden. Die Palästinenser akzeptierten das Prinzip der Entmilitarisierung, forderten jedoch eine andere Formulierung. Der palästinensische Staat sollte „in seiner Bewaffnung eingeschränkt“ statt ein „entmilitarisierte Staat“ sein. Über die Stationierung einer internationalen Truppe im Jordantal herrschte Einigkeit. Die Palästinenser äußerten den Wunsch, dass dies Amerikaner sein würden.

Jerusalem: Israels Flexibilität in Bezug auf eine Lösung für Jerusalem schwankte während des Gipfeltreffens. Israels letzte, am weitesten gehende Offerte wurde von Barak gegenüber Clinton unterbreitet. Laut Yatom hat Barak folgende Formel vorgeschlagen: „Der Tempelberg bleibt unter israelischer Souveränität, mit einer Art palästinensischer Aufsicht und einer Gebetserlaubnis für Juden. In der Altstadt bekommt Arafat die Souveränität über das muslimische Viertel und die Grabeskirche. Auch das christliche Viertel wurde ihm angeboten, während Israel die Souveränität über das jüdische und das armenische Viertel behält. Die äußeren muslimischen Viertel werden in palästinensische Souveränität überführt, während die inneren muslimischen Viertel unter israelischer Souveränität mit einer Sonderregelung stehen: Im Hinblick auf die Verwaltung erhalten diese Viertel kommunale Befugnisse vom israelischen Souverän. Neue Transportlösungen sollen es den Muslimen ermöglichen, von den Außenvierteln zum Gebet auf den Tempelberg zu gelangen, ohne souveränes israelisches Territorium zu durchqueren.“

Clintons Bemühungen, beide Seiten zufrieden zu stellen, gipfelten in seinem Vorschlag, den Tempelberg vertikal zu „teilen“: Die untere Ebene der heiligsten jüdischen Stätte würde unter jüdischer Souveränität bleiben. (Dies sollte in der Praxis nicht umgesetzt werden, aber palästinensische Ausgrabungen auf dem Gelände verhindern.) Die obere Ebene des Moscheenplatzes sollte unter palästinensischer Souveränität stehen. Die Palästinenser vertraten folgende Position: Die jüdischen Viertel in Ostjerusalem sollten unter israelischer Souveränität stehen, während die palästinensischen Viertel, einschließlich derjenigen in der Nähe der Altstadt und der Altstadt selbst (mit Ausnahme des jüdischen Viertels), unter palästinensischer Souveränität gestellt würden.

Flüchtlinge: Die Vertreter der PLO wollten zwischen der Anerkennung des Rückkehrrechts und seiner tatsächlichen Umsetzung unterscheiden, welche derart gestaltet werden sollte, dass die jüdische Mehrheit in Israel nicht bedroht wird. Die israelischen Vertreter hofften, das Recht auf Rückkehr völlig ignorieren und sich auf praktische Lösungen konzentrieren zu können: auf die Aufnahme von Flüchtlingen außerhalb Israels (ob in Palästina oder an ihren derzeitigen Wohnorten) oder auf die Zahlung von Entschädigungen. Beide Seiten waren sich einig, dass jede Lösung durch einen internationalen Mechanismus umgesetzt wird.

Auf dem Camp David-Gipfel 2000 wurden in der Flüchtlingsfrage so gut wie keine Fortschritte erzielt. Israel verweigerte sich jedweder Aufnahme von Flüchtlingen. Die Palästinenser forderten die Anerkennung des Rechts auf Rückkehr durch Israel und machten Vorschläge für internationale Rahmenbedingungen für die Rehabilitation und Aufnahme von Flüchtlingen, die sicherstellen, dass nur eine geringe Anzahl von Flüchtlingen tatsächlich nach Israel zurückkehrt. Bis zum Ende des Gipfels kam es zu keiner Einigung über die Beschreibung des Problems, die Entschädigung oder die Anzahl der in Israel aufzunehmenden Flüchtlinge.



Taba-Konferenz

21.-27. Januar 2001

Am 23. Dezember 2000 berief Präsident Clinton die israelische und die PLO-Delegation ins Weiße Haus und stellte ihnen den Clinton-Plan vor. Die Palästinenser antworteten mit 24 Vorbehalten, was im Wesentlichen die Ablehnung des Plans implizierte. Die israelische Regierung akzeptierte den Vorschlag mit einigen Vorbehalten. Israelis und Palästinenser trafen sich am 21. Januar 2001 in Taba zu Verhandlungen auf der Grundlage dieser Positionen. Die Diskussionen fanden unter Zeitdruck statt. Präsident Clintons Amtszeit endete in wenigen Wochen, und im Februar 2001 standen Direktwahlen zum Ministerpräsidenten in Israel an – all dies wurde von der Zweiten Intifada überschattet. Die Verhandlungen konzentrierten sich erneut auf die vier Kernthemen.

Grenzverlauf: Bei einer „fairen Lösung“, so Clinton, müsse „der palästinensische Staat 94 bis 97 Prozent des Territoriums der Westbank umfassen“. Für die Annexion des Territoriums durch Israel sollte die palästinensische Seite entschädigt werden. Der damit einhergehende Landtausch solle ein bis drei Prozent sowie zusätzliche territoriale Vereinbarungen wie eine dauerhafte Passage zwischen Westjordanland und Gazastreifen umfassen. Der israelische Vorschlag sah eine Annexion von mehr als sechs Prozent des Westjordanlandes vor, für das die Palästinenser mit weniger als drei Prozent entschädigt werden sollten. Die Palästinenser versuchten, das von Israel zu annektierende Gebiet zu minimieren und sicherzustellen, dass ein Landtausch auf einem Eins-zu-Eins-Prinzip beruhte.

Die erste, den Palästinensern vorgelegte israelische Karte sah die Annexion von acht Prozent des Territoriums vor, auf dem 85 Prozent der 363.000 Israelis im Westjordanland lebten; ein Landtausch war nicht vorgesehen. Da dieser Prozentsatz über dem maximalen Prozentsatz im Clinton-Plan (sechs Prozent) lag, forderten die Palästinenser, einen Kompromiss zu erarbeiten, der mit fünf Prozent zwischen den Tiefst- und Höchstwerten im Clinton-Plan liegt. Die israelische Delegation lehnte diese Position zunächst ab, übermittelte den Palästinensern jedoch schließlich eine Karte, die auf einer Annexion von sechs Prozent beruhte. Einen 1:1-Landtausch lehnte Israel ab, bot stattdessen die Nutzung des Hafens von Aschdod und die Schaffung eines Korridors für den palästinensischen Verkehr zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland unter israelischer Souveränität an. Das Gebiet, das die Palästinenser den Israelis zur Annexion anboten, stieg auf 3,1 Prozent. Dies schloss, im Gegensatz zur israelischen Karte, Ma'ale Adumim, Givat Ze'ev und mehrere kleinere Siedlungen aus.

Sicherheit: Israel wollte fünf Stützpunkte für Noteinsätze auf palästinensischem Gebiet aufrechterhalten. Die Palästinenser stimmten maximal zwei Stützpunkten zu, die von internationalen Truppen mit einer klaren Frist für ihre Entfernung betrieben werden sollten. Zudem lehnten sie den Einsatz israelischer Streitkräfte in ihrem Hoheitsgebiet in Notsituationen ab, schlossen jedoch nicht aus, dass eine internationale Streitmacht diese Funktion im Rahmen einer regionalen Sicherheitskooperation erfüllen könnte. Israel wollte drei Frühwarnstationen auf palästinensischem Gebiet betreiben; die Palästinenser stimmten dem unter gewissen Bedingungen zu. Israel akzeptierte das Prinzip der palästinensischen Hoheit über das elektromagnetische Spektrum, versuchte jedoch aus Sicherheitsgründen, die Kontrolle darüber an sich zu ziehen. Die Palästinenser forderten volle Souveränität, waren aber bereit, angemessenen israelischen Forderungen entlang internationaler Regeln und Vorschriften nachzukommen. Beide Seiten waren sich einig, dass die Palästinenser die Souveränität über ihren Luftraum haben sollten. Israel versprach, die Rechte der palästinensischen Zivilluftfahrt nach internationalen Vorschriften zu respektieren. Zugleich jedoch war es israelisches Ziel, ein einziges Luftkontrollsystem unter seiner Gesamtkontrolle zu etablieren und Zugang zum palästinensischen Luftraum für militärische Bedürfnisse – operativ und zu Ausbildungszwecken – zu sichern. Die Palästinenser waren bereit, verschiedene Modelle der Zusammenarbeit und Koordinierung im Bereich der Zivilluftfahrt in Betracht zu ziehen, wollten Israel jedoch keine generelle Kontrolle über den Luftraum gewähren.



Jerusalem: Bei der Teilung der Stadt schlug Präsident Clinton vor, dass „arabische Gebiete palästinensisch und jüdische israelisch sind. Dies gilt auch für die Altstadt. (...) In Bezug auf den Haram-al-Sharif/Tempelberg hängen die Diskrepanzen nicht mit der praktischen Verwaltung zusammen, sondern mit der symbolischen Frage der Souveränität. Es muss ein Weg gefunden werden, den religiösen Überzeugungen beider Seiten Respekt zu zollen.“ Die palästinensische Delegation, zu der Jassir Abd Rabbo, Saeb Erekat, Hasan Asfour und Abu Alaa gehörten, stimmte der israelischen Souveränität über die jüdischen Viertel in Ostjerusalem mit Ausnahme von Har Homa zu, sofern dies die Kontinuität der palästinensischen Gebiete nicht beeinträchtigte. Sie bestanden auf der Souveränität der Palästinenser über den Haram-al-Sharif/Tempelberg. Die Palästinenser lehnten den Vorschlag einer Sonderregelung für das „Historische Becken“ ab. Das jüdische Viertel und die Hälfte des armenischen Viertels sollten unter israelischer Souveränität bleiben, während der Rest der Altstadt unter palästinensischer Souveränität stehen würde. Die israelische Delegation unter Leitung von Außenminister Shlomo Ben-Ami präsentierte Karten, die die jüdischen Viertel im Osten der Stadt unter israelischer Souveränität beließen. Für das historische Becken schlug Israel einen Sonderstatus vor. Der religiöse und administrative Status quo an den heiligen Stätten sollte aufrechterhalten werden. Israel würde die funktionale Souveränität im armenischen und jüdischen Viertel haben, im muslimischen und christlichen Viertel läge diese bei Palästina.

Flüchtlinge: Laut Clinton-Plan erkennt Israel das seelische und materielle Leid der Flüchtlinge infolge des Krieges von 1948 und die Notwendigkeit an, der internationalen Gemeinschaft bei der Lösung des Problems zu helfen. Flüchtlingen stünden fünf Alternativen zur Auswahl. Sie könnten sich im palästinensischen Staat ansiedeln oder in den Gebieten, die Israel im Rahmen von Landtausch übermittle; in den Ländern, in denen sie derzeit ansässig sind; in Drittländern, die bereit sind, sie aufzunehmen; und in Israel, abhängig von einer individuellen israelischen Genehmigung. Beide Seiten bestätigen, dass diese Lösung die Umsetzung der VN-Resolution 194 darstellt. Es wird zudem festgestellt, dass die Flüchtlinge ihr Recht auf freie Rückkehr nach Israel nicht verwirklichen können. Zudem spricht das Abkommen vom Recht der Palästinenser zur Rückkehr ins historische Palästina oder in ihre „nationale Heimatstätte“. Der Abschluss des Abkommens bedeute das Ende des Konflikts und aller Ansprüche. Yossi Beilin und Nabil Sha'ath leiteten die Verhandlungen in Taba über die Flüchtlingsfrage. Angesichts grundverschiedener Narrative über die Verantwortung für das Flüchtlingsproblem und das Rückkehrrecht sollte jede Seite eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse aus ihrer Perspektive vorlegen und die Resolution 194 interpretieren, wobei eine Umsetzung der Resolution auf dem Clinton-Plan basiert. Israel würde weiterhin Familienzusammenführungen in humanitären Sonderfällen zulassen. Internationale Spenden sollten für Entschädigungsgelder aufkommen, die auch an Aufnahmeland gezahlt würden. Die Parteien diskutierten auch die Frage der Entschädigung für Juden aus arabischen Ländern, die ihr Eigentum verloren hatten. Es wurde vereinbart, dass UNRWA seine Aktivitäten in fünf Jahren einstellt.

Auch der Taba-Gipfel endete ohne Einigung. Nach der Wahl von Ariel Sharon zum Ministerpräsidenten in Israel im Februar 2001 und dem Amtsantritt von Präsident George Bush Jr. erklärten Israel und die Vereinigten Staaten, dass die Vereinbarungen von Camp David, der Clinton-Plan und der Taba-Gipfel die Regierungen beider Länder nicht binden würden. Die PLO dagegen bestand darauf, die Verhandlungen ab dem Punkt fortzusetzen, an dem sie in Taba geendet hatten.



Genfer Initiative

13. Oktober 2003

Nach dem Stillstand der Verhandlungen seit dem Taba-Gipfel im Jahr 2001 wurde die Genfer Initiative ins Leben gerufen. Israels früherer Justizminister Yossi Beilin und Jassir Abd Rabbo, Generalsekretär des PLO-Exekutivkomitees, die beide an den offiziellen Verhandlungen teilgenommen hatten, setzten informelle Gespräche fort. Die Arbeit von professionellen Teams, von denen einige Mitglieder auch an den formellen Verhandlungen zwischen Israel und der PLO beteiligt waren, führte letztlich zur Genfer Initiative. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehörten auch Minister, Parlamentarier, ehemalige Sicherheitsbeamte, Wissenschaftler und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von beiden Seiten. Nach zweijährigen Debatten einigten sich die Parteien auf eine Zwei-Staaten-Lösung, die auf gegenseitiger Anerkennung beruht. Die Genfer Initiative enthielt detaillierte Regelungen für sämtliche Kernprobleme des israelisch-palästinensischen Konflikts und sollte das Ende des Konflikts und aller Forderungen sein. Die zentralen Parameter der Initiative lauten wie folgt:

Grenzen: Ein Landtausch im Umfang von 124 km² ermöglicht es 71% der 398.000 Israelis, die jenseits der Grünen Linie leben, unter israelischer Souveränität zu bleiben. Besondere Vorkehrungen ermöglichen es Israelis, wichtige Schnellstraßen frei zu nutzen, die durch Palästina führen.

Sicherheit: Der palästinensische Staat wird weder Militär noch Rüstungsgüter unterhalten; er verfügt lediglich über eine Polizei. Das Abkommen schlägt detaillierte Vereinbarungen zur Gewährleistung der Sicherheit Israels vor. Israel darf den Luftraum über dem palästinensischen Staat nutzen; Israel unterhält über einen längeren Zeitraum zwei Frühwarnstationen auf palästinensischem Gebiet; ein IDF-Bataillon wird längere Zeit nach Unterzeichnung des Abkommens auf palästinensischem Gebiet bleiben und weiteres. Die Palästinenser verpflichten sich, Terrorismus, Gewalt und Hetzpropaganda konsequent zu bekämpfen. Sie versprechen, sich keiner Koalition oder Allianz mit feindlichen Absichten gegenüber Israel anzuschließen oder diese zu unterstützen.

Jerusalem: Alle israelischen Stadtteile in Ostjerusalem (außer Har Homa) sind integraler Bestandteil des Staates Israel. Israelische Siedlungen in der Nähe von Jerusalem, die jenseits der Grünen Linie liegen (Ma'ale Adumim, Givat Ze'ev und die Gush-Etzion-Siedlungen) werden Israel angeschlossen. Rund 200.000 palästinensische Bewohnerinnen und Bewohner Ostjerusalem werden palästinensische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und verlieren ihren ständigen Aufenthaltsstatus in Israel. Die Klagemauer, das jüdische Viertel und die Hälfte des armenischen Viertels (in dem Juden leben) fallen unter volle israelische Souveränität. Israel verwaltet den Friedhof am Ölberg. Die Altstadt ist für den internen Verkehr geöffnet. Israelis haben freien Zugang zum Tempelberg.

Flüchtlinge: Die Lösung basiert auf einer Umsiedlung von Flüchtlingen in den palästinensischen Staat und einer finanziellen Entschädigung. Flüchtlinge können zwischen verschiedenen Optionen wählen: Ansiedlung im palästinensischen Staat; Einbürgerung in ihr derzeitiges Wohnsitzland; oder Umsiedlung in ein Drittland, das bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen. Israel wird eine symbolische Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen, basierend auf der durchschnittlichen Anzahl, die in anderen Ländern aufgenommen wird. Israel behält sich das souveräne Recht vor, über jeden Flüchtling einzeln zu entscheiden.

Die Genfer Initiative wurde am 1. Dezember 2003 im Rahmen einer Zeremonie in Genf ins Leben gerufen und erregte in Israel und international große Aufmerksamkeit. Zum ersten Mal hatten hochrangige Israelis und Palästinenser gezeigt, dass es möglich war, eine Einigung zu erzielen. Im Jahr 2009 wurden die vollständigen Anhänge der Initiative veröffentlicht, darunter über 400 Seiten mit Lösungen, präzisen Modellen und Karten.



Trennstreifen und Sicherheitsanlage

2002-2007

Als Reaktion auf die Zunahme von Terroranschlägen in den Jahren 2000-2001 (Zweite Intifada) beschloss die israelische Regierung unter Ariel Sharon, Israels Sicherheit neu zu strukturieren und eine Sperranlage zu errichten, die Palästinensern ohne Erlaubnis die Einreise nach Israel erschwert. Die Entscheidungen bezüglich der Barriere wurden über einen Zeitraum von mehreren Jahren schrittweise getroffen.

Der erste Regierungsbeschluss zu diesem Thema wurde am 2. Juni 2001 verabschiedet und ermächtigte Fachleute, mit der Planung eines Trennstreifens zu beginnen. Nachdem die Operation Defensive Shield im April 2002 die Anschläge nicht stoppen konnte, wuchs der öffentliche Druck in Israel, eine trennende Barriere zu errichten. Eine am 21. Juni 2002 in der Zeitung Maariv veröffentlichte Umfrage ergab, dass 69% der israelischen Öffentlichkeit die Einrichtung der Barriere befürworteten, während nur 25% dagegen waren.

Am 23. Juni 2002 wurde der israelischen Regierung das Konzept eines „Trennstreifens“ vorgestellt. Die Regierung beschloss, die erste Bauphase auf der Grundlage des vom Verteidigungsapparat vorgeschlagenen Verlaufs entlang einer von Salem (Nord-Samaria) nach Elkana absteigenden Linie und im nördlichen und südlichen Teil um den Stadtrand Jerusalems zu genehmigen. Die Regierung verabschiedete „die Errichtung von Sicherheitszäunen und Barrieren im Trennstreifen sowie an den Randgebieten von Jerusalem, um das Eindringen von Terroristen aus dem Westjordanland zur Durchführung von Terroranschlägen in Israel zu reduzieren.“ Im August 2002 waren die Pläne für die erste Phase (100 km) abgeschlossen, einschließlich eines zusätzlichen Abschnitts von Matan nach Kafr Qasim. Im Dezember 2002 genehmigte die Regierung die zweite Phase von Salem nach Osten durch Tirat Zvi (60 km).

Am 1. Oktober 2003 genehmigte die Regierung weitere Abschnitte der Sperranlage. Sie entschied sich für den vorgeschlagenen Kurs, der 17% der Westbank auf der „israelischen“ Seite der Barriere beließ. In der Regierungsentscheidung wurde betont, dass „die Sperranlage wie andere Teile des Trennstreifens ausschließlich Verteidigungszwecken dienen und keine politische oder sonstige Grenze darstellen.“

Am 20. Februar 2005 genehmigte die Regierung den revidierten Kurs der Sperranlage unter Berücksichtigung der Kriterien, die in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 30. Juni 2004 festgelegt worden waren. Der Trennstreifen wurde auf neun Prozent der Westbank reduziert; der östliche Teil der Sperranlage wurde nicht realisiert. Am 30. April 2006 genehmigte das Kabinett verschiedene Änderungen am Verlauf der Barriere, wodurch der Trennstreifen auf etwa acht Prozent der Gesamtfläche des Westjordanlandes reduziert wurde.

Entlang der Barriere wurden verschiedene Übergänge für Fracht, Palästinenser und Israelis eingerichtet; einige der Übergänge kombinieren zwei oder drei dieser Funktionen. Insgesamt 17 Übergänge werden von der Land Crossing Authority und der IDF betrieben. 32 weitere „landwirtschaftliche Tore“ ermöglichen Palästinensern nach einem Genehmigungsverfahren den Zugang zu ihrem Ackerland auf der anderen Seite der Sperranlage.

Bis heute hat die gebaute Sperranlage eine Gesamtlänge von 470 km; der Trennstreifen macht fünf Prozent der Westbank aus. Um Maale Adumim, Gush Etzion und im südöstlichen Teil der Hebron-Berge bleiben drei große Lücken bestehen. Darüber hinaus wurden die „Finger“, die die Anlage um die Siedlungen Ariel und Kedumim erweitert, nicht abgeschlossen. Bis 2020 hat Israel rund 20 Mrd. NIS in das Barriere-Projekt investiert.



Entkoppelungsplan

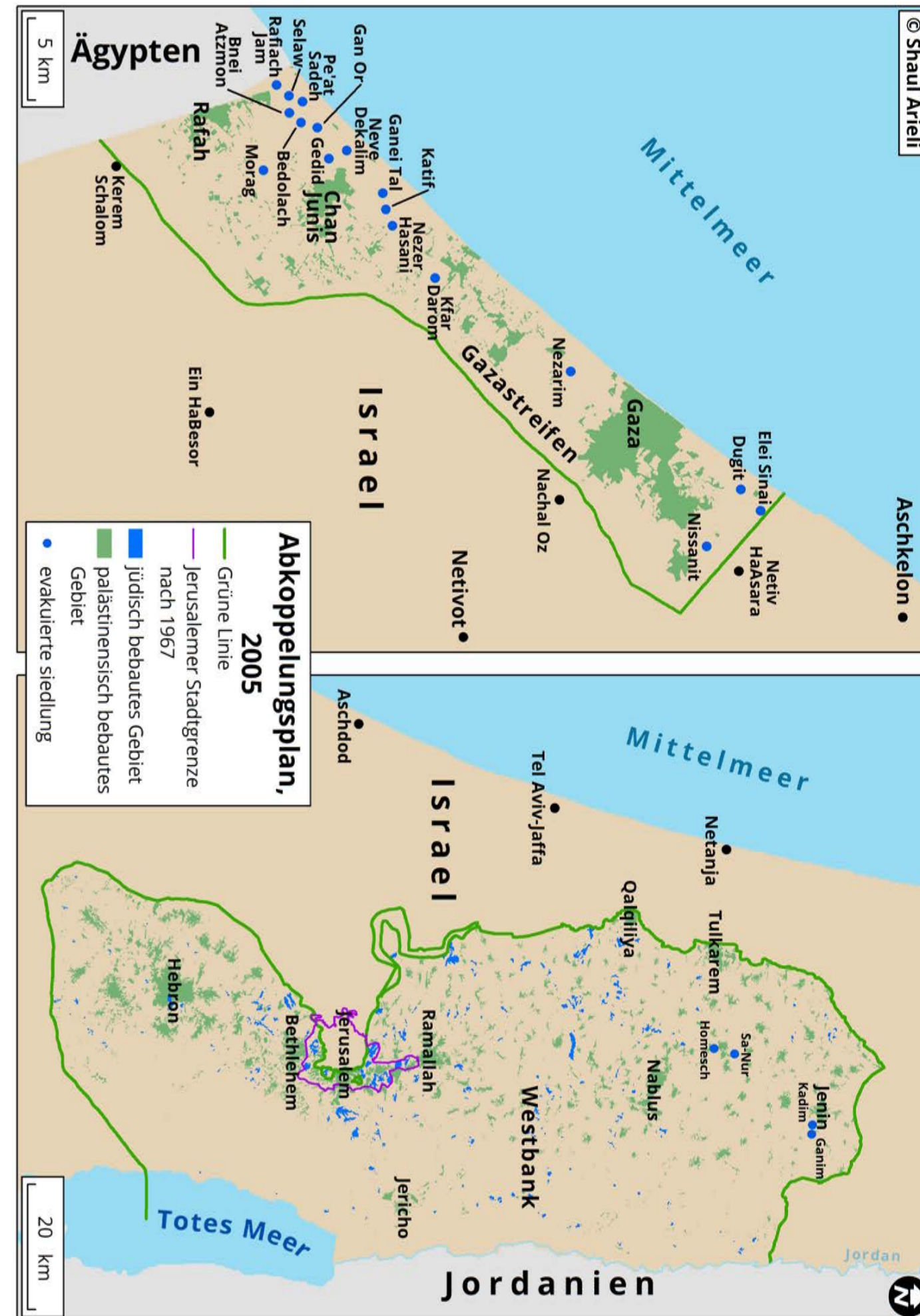
15. August - 11. September 2005

In seiner Rede auf der Herzliya-Konferenz am 18. Dezember 2003 verwies Ministerpräsident Ariel Sharon erstmals auf den geplanten Rückzug aus dem Gazastreifen und dem nördlichen Teil der Westbank. Am 14. April 2004 erklärte Sharon in einem Brief an US-Präsident George W. Bush: „Nachdem wir zu dem Schluss gekommen sind, dass es derzeit keinen palästinensischen Verhandlungspartner gibt, mit dem wir friedlich auf eine Lösung zusteuern können (...), habe ich beschlossen, einen schrittweisen Entkoppelungsprozess (...) einzuleiten, um Israels Sicherheit zu verbessern und seine politische und wirtschaftliche Situation zu stabilisieren (...). Ich füge die Hauptpunkte des Entkoppelungsplan bei (...) Nach diesem Plan wird der Staat Israel militärische Einrichtungen sowie alle israelischen Dörfer und Städte im Gazastreifen wie auch andere militärische Einrichtungen und eine kleine Anzahl von Dörfern in Samaria verlegen.“ In einem Begleitschreiben verpflichtet sich Sharon, die erforderlichen Schritte gemäß der von Präsident Bush im Juni 2002 vorgelegten Roadmap umzusetzen.

In einer Ansprache unmittelbar vor der Umsetzung des Plans erklärte Sharon: „Der Tag ist gekommen. Wir tätigen den schwierigsten und schmerzhaftesten Schritt von allen – die Evakuierung unserer Gemeinden aus dem Gazastreifen und Nord-Samaria. (...) Es ist kein Geheimnis, dass ich wie viele andere geglaubt und gehofft habe, dass wir Netzarim und Kfar Darom für immer halten können. Doch erfordert eine sich ändernde Realität in Israel, in der Region und Welt eine Neubewertung und einen Positionswechsel.“ Sharon erklärte seine Entscheidung folgendermaßen: „Gaza kann nicht für immer gehalten werden. Über eine Million Palästinenser leben dort. Ihre Zahl verdoppelt sich mit jeder neuen Generation. Sie leben in unglaublich beengten Flüchtlingslagern, in Armut und Elend, in Brutstätten von zunehmendem Hass, ohne Hoffnung und Perspektive.“

Sharon hatte ursprünglich vor, nicht nur 17 Siedlungen im Gazastreifen, sondern auch 21 jüdische Siedlungen im Westjordanland in Abstimmung mit dem Baufortschritt der Sperranlage zu evakuieren, um eine territoriale palästinensische Kontinuität in der Westbank zu schaffen. Der Druck von verschiedenen Seiten führte zum Rückzug aus nur vier Siedlungen in Nord-Samaria.

Am 6. Juni 2004 genehmigte die israelische Regierung den Rückzugsplan, und am 26. Oktober stimmte eine Mehrheit von 67 Mitgliedern der Knesset für Sharons Vorschlag. Am 20. Februar 2005 genehmigte die Regierung die Evakuierung von 21 jüdischen Siedlungen im Gazastreifen und in Nord-Samaria. Von August bis September 2005 evakuierte Israel ordnungsgemäß vier jüdische Siedlungen in Nord-Samaria (Ganim, Kadim, Homesh und Sa-Nur) sowie alle jüdischen Siedlungen in Gush Katif (Neve Dekalim, Morag, Gadid, Gan Or, Bedolah, Bnei Atzmon, Slav, Pe'at Sadeh, Rafah Yam, Katif, Ganei Tal, Netzer Hazani, Kfar Darom, Netzarim, Nisanit, Dugit und Elei Sinai). Am 11. September 2005 wurde die IDF entlang der Grünen Linie außerhalb des Gazastreifens verlagert.



Annapolis-Konferenz

2007-2008

Die Nahost-Konferenz fand vom 27. bis 28. November 2007 in der Naval Academy in Annapolis, Maryland, statt. An der Konferenz nahmen Vertreter Israels, der PLO, des „Quartetts“ (EU, USA, VN und Russland) sowie Vertreter der meisten Länder der Arabischen Liga teil. Im Gegensatz zu den Osloer Abkommen und dem Wye Memorandum, aber ähnlich wie bei der Madrider Konferenz, wurde auf der Annapolis-Konferenz nicht versucht, die vorangegangenen Debatten zusammenzufassen, sondern eine neue Seite in den Verhandlungen aufzuschlagen. Ziel der Konferenz war es, den seit 2001 eingefrorenen Friedensprozess wiederaufzunehmen und intensive Verhandlungen über ein dauerhaftes israelisch-palästinensisches Abkommen zu beginnen. Die israelische Delegation wurde vom israelischen Ministerpräsident Ehud Olmert und der Außenministerin Tzipi Livni geleitet. An der Spitze der palästinensischen Delegation standen der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der PLO, und der Ministerpräsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Salam Fayyad.

Nach der Konferenz wurde im Büro des israelischen Ministerpräsidenten eine Verhandlungseinheit unter der Leitung von Brigadegeneral (Res.) Udi Dekel eingerichtet. Seine Mitarbeiter wurden von Ministerpräsident und Außenministerin gemeinsam nominiert. Die Verhandlungen verliefen auf drei Ebenen gleichzeitig: (1) Die Ebene politischer Führer – Olmert und Abbas besprachen die zentralen Themen und konzipierten eine Gesamtperspektive für den Friedensprozess; (2) Die politische Ebene – die Leiter der Verhandlungsteams, Livni und Abu Alaa, diskutierten die zentralen Themen und fungierten als Lenkungsausschuss für den Prozess; (3) Die professionelle Ebene - Udi Dekel und Saeb Erekat koordinierten die Diskussionen und leiteten 12 Expertenausschüsse, in denen die unterschiedlichen fachlichen Aspekte erörtert wurden. Die Verhandlungen wurden acht Monate lang kontinuierlich geführt und umfassten rund 300 Sitzungen auf den verschiedenen Ebenen.

Grenzen

Hinsichtlich der Grenzen basierten die Gespräche auf Landtausch zwischen Israel und Palästina, um inhärente Spannungen zwischen den prinzipiellen Positionen der Parteien zu lösen. Die Palästinenser stützten sich auf die VN-Resolution 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967, die wenige Monate nach dem Krieg von 1967 verabschiedet worden war und Israels Rückzug aus den im Krieg besetzten Gebieten forderte. Aus palästinensischer Sicht gilt dies für alle Gebiete des Westjordanlandes und den Gazastreifen, die 22 Prozent des Mandatsgebiet Palästinas ausmachten. Israel argumentierte, dass die Grenzen Israels verteidigungsfähig sein und die seit dem Krieg von 1967 vor Ort geschaffenen demografischen Fakten berücksichtigt werden müssten. Durch Landtausch sollte die Gesamtgröße des palästinensischen Staates entsprechend der 1967 besetzten Flächen erhalten bleiben. Da Israel die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit brauchte, sollten möglichst wenig Israelis aus dem Westjordanland evakuiert werden.

Am 16. September 2008, nach Abschluss der Verhandlungsrunden, sprach Olmert von 6,5% (380 km²) des Westjordanlandes, die annektiert werden sollten. Dieses Gebiet umfasste 43 der 138 jüdischen Siedlungen und 84% der 486.000 Israelis, die zu dieser Zeit jenseits der Grünen Linie lebten. Den Palästinensern offerierte Olmert im Gegenzug Gebiete innerhalb Israels, die 5,8% der Fläche des Westjordanlandes entsprachen sowie einen Landkorridor zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland, den er aufgrund seiner Bedeutung für die Palästinenser mit 0,7% veranschlagte (obwohl die tatsächliche Fläche des Korridors nur ein Zehntel dieser Zahl betrug). Dieser Korridor sollte unter israelischer Souveränität bleiben, basierend auf dem Argument, dass es vor Juni 1967 keine Landverbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen gegeben hatte. Olmert glaubte, dass diese Formeln es Abbas ermöglichen würde, gegenüber der palästinensischen Öffentlichkeit von einer 1:1 Formel zu sprechen.



Im Gegensatz zu den Vorschlägen von Camp David, aber ähnlich wie beim Taba-Prozess, hatten bei den israelischen Vorschlägen für den Grenzverlauf demografische und politische Überlegungen Vorrang vor Sicherheitserwägungen. Dies zeigt sich in dem Prinzip, Gebiete mit möglichst großer israelischer Bevölkerung aber ohne zusätzliche Palästinenser zu annektieren.

Offiziell boten die Palästinenser einen Landtausch von bis zu 1,9% der Westbank an, einschließlich 63% der Israelis, die jenseits der Grünen Linie leben. Bei mehreren Gelegenheiten wurde allerdings deutlich, dass sie sich auch mit einer Annexion von bis zu 4% abfinden würden, sofern das Abkommen in einem palästinensischen Referendum angenommen wird. Die Palästinenser lehnten das Verbleiben von jüdischen Siedlungen und israelischen Bürgerinnen und Bürgern im palästinensischen Staat ab. Auch einer Evakuierung von Palästinensern aus den von Israel zu annektierenden Blöcken stimmten sie nicht zu. Beide Seiten präsentierten detaillierte Karten, überließen diese aber nicht der Gegenseite. Mahmud Abbas erinnerte später, dass der israelische Ministerpräsident sich weigerte, ihm jene Karte auszuhändigen, die Ehud Olmert ihm am 16. September 2008 in dessen Haus in Jerusalem vorgelegt hatte. Abbas war gezwungen, sie aus dem Gedächtnis auf eine Serviette zu zeichnen.

In einer Kolumne vom September 2011 in der New York Times fasste Olmert seinen Vorschlag zusammen. Er behauptete, dass die Parameter für den Frieden klar seien und in seinem Vorschlag enthalten waren, den er Abbas vom September 2008 übermittelt habe. Sein Vorschlag, so erklärte Olmert, beruhe auf den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit vereinbartem Landtausch.



Jerusalem

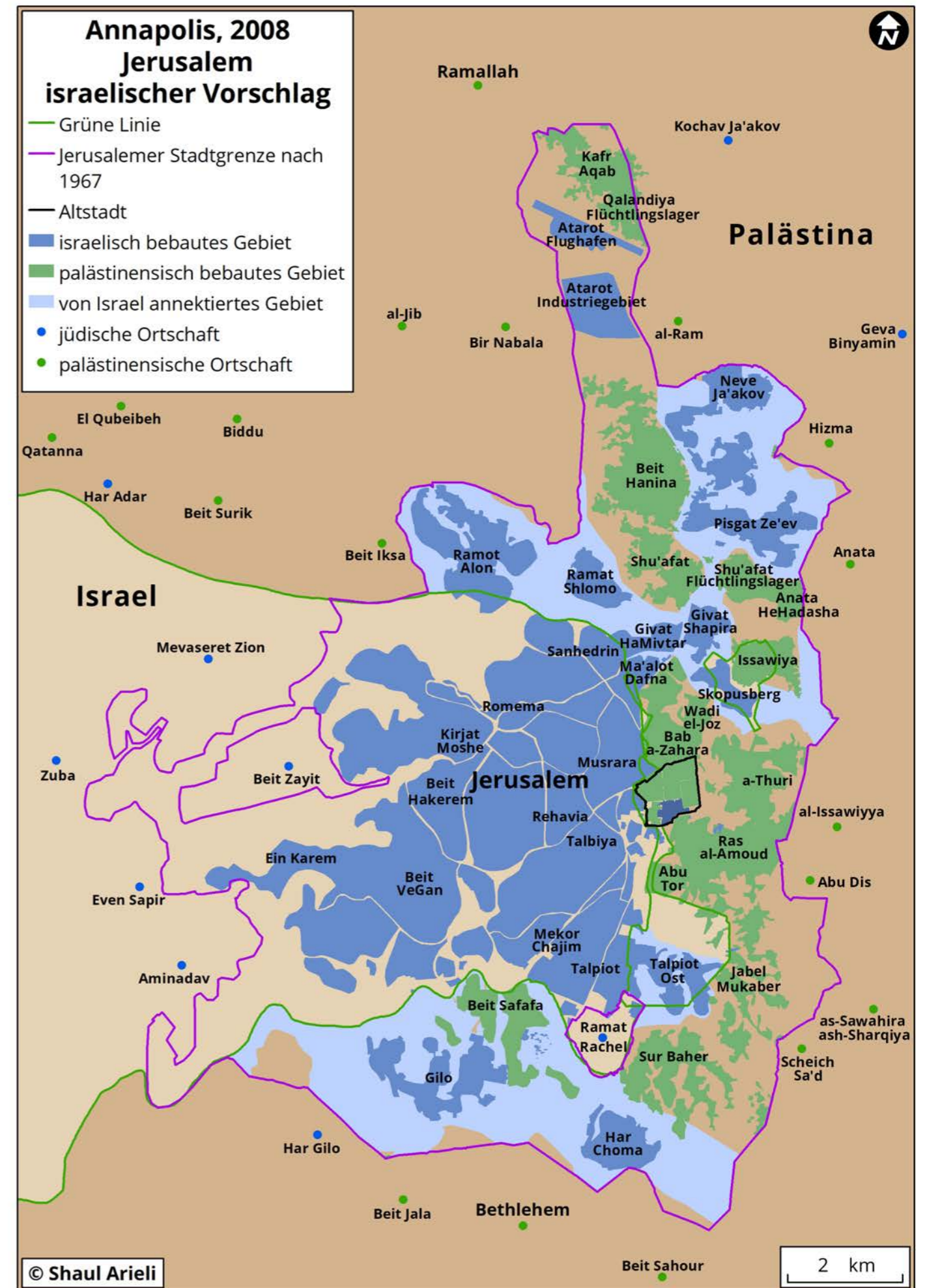
Während der Verhandlungen in Annapolis 2007-2008 zwischen Ministerpräsident Ehud Olmert und dem PLO-Vorsitzenden und Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, stellte Abbas die aus Camp David und Taba bekannten palästinensischen Positionen vor. Zu den palästinensischen Konzessionen gehörten die Annexion der jüdischen Viertel in Ostjerusalem durch Israel (mit Ausnahme von Har Homa, das nach dem Osloer Abkommen errichtet worden war). Das jüdische Viertel, die Hälfte des armenischen Viertels und die Klagemauer sollten unter israelischer Souveränität bleiben. Olmert Position bestand darin, alle jüdischen Viertel Jerusalems unter israelischer Souveränität zu belassen; ihnen fügte er das Dorf Beit Safafa in Südjerusalem hinzu, das im Unabhängigkeitskrieg von 1948 geteilt und nach 1967 wiedervereinigt worden war. Hinsichtlich des Zionsbergs, der Davidstadt in Silwan, des Kidron-Tals und des Ölbergs ging Olmert davon aus, dass keine Seite ihren Anspruch auf Souveränität aufgeben würde. Deshalb sollte dieses Gebiet für einen unbestimmten Zeitraum von Israel und den Palästinensern unter der Schirmherrschaft eines internationalen Komitees mit fünf Mitgliedern – Israel, Palästina, den USA, Jordanien und Saudi-Arabien – gemeinsam verwaltet werden. Olmert selbst sagte später, dass seine „Lösung für Jerusalem vorsah, die jüdischen Teile unter der Souveränität Israels und die arabischen Teile unter der Souveränität des palästinensischen Staates zu lassen. Meiner Meinung nach ist eine Lösung für das Heilige Becken möglich; diese hatten wir auf einer Karte skizziert. Das Gebiet sollte von fünf Ländern verwaltet werden, einschließlich Israel, und würde für alle Religionen und Gläubigen offenbleiben.“

Sicherheit

Während der Gespräche über ein dauerhaftes Abkommen waren die israelischen Unterhändler von dem Prinzip geleitet, Lösungen zu vermeiden, die die israelische Sicherheit verletzlicher macht als in der Gegenwart. Israel verfolgte zwei Hauptinteressen: Ein palästinensischer Staat darf den Ausbau einer terroristischen Infrastruktur auf seinem Territorium nicht zulassen oder gar als Plattform für einen Angriff auf Israel dienen, sollte es mittel- oder langfristig zur Bildung einer antiisraelischen Koalition von Osten kommen; und Terror, der vom palästinensischen Staat ausgeht oder über ihn ausgeübt wird, muss verhindert werden.

Während der Verhandlungen ergaben sich Spannungen zwischen Israels Sicherheitsbedürfnissen und der palästinensischen Forderung nach uneingeschränkter Souveränität auf dem Land, Meer und in der Luft. Israel bestand langfristig auf eine militärische Präsenz im Jordantal; der Luftraum und das elektromagnetische Feld sollte von Israel kontrolliert werden. Auch die Sicherheitsinspektionen an den Außengrenzübergängen des palästinensischen Staates wollte Israel durchführen sowie drei strategische Punkte auf palästinensischem Gebiet behalten. Gegen die Position seiner Sicherheitsexperten war Olmert bereit, auf die Präsenz der IDF im Jordantal zu verzichten und sie durch internationale Streitkräfte zu ersetzen. Israel sollte auf die Kontrolle über Gebiete östlich der Grünen Linie verzichten, die die Küstenebene beherrschen, in der 73% der israelischen Bevölkerung leben. In diesem Gebiet befinden sich auch Israels größter Flughafen und 80% seiner Industrie.

Die sich abzeichnende Vereinbarung sollte israelischen Bedürfnissen Rechnung tragen und eine Verletzung der palästinensischen Souveränität möglichst geringhalten. Sie umfasste folgende Schlüsselemente. Erstens: Der palästinensische Staat ist entmilitarisiert und ohne militärisches Potential, das Israel bedrohen kann. Ausländische Truppen dürfen nicht in palästinensisches Hoheitsgebiet eingeladen oder deren Präsenz zugelassen werden. Die palästinensischen Sicherheitskräfte haben nur eingeschränkten Zugang zu Flugzeugen, Panzern, Kanonen und Raketen. Es werden Listen von erlaubten und verbotenen Waffen erstellt. Israel darf den palästinensischen Luftraum neben zivilen Zwecken auch für seine Sicherheitsbedürfnisse nutzen. Zweitens: Die Palästinenser bauen eine starke innere Sicherheitstruppe auf, die in der Lage ist, Recht und Ordnung durchzusetzen, Terrorismus zu bekämpfen, terroristische Infrastrukturen zu zerschlagen und Waffenschmuggel und Infiltrationen zu unterbinden. Drittens: In den Gebieten



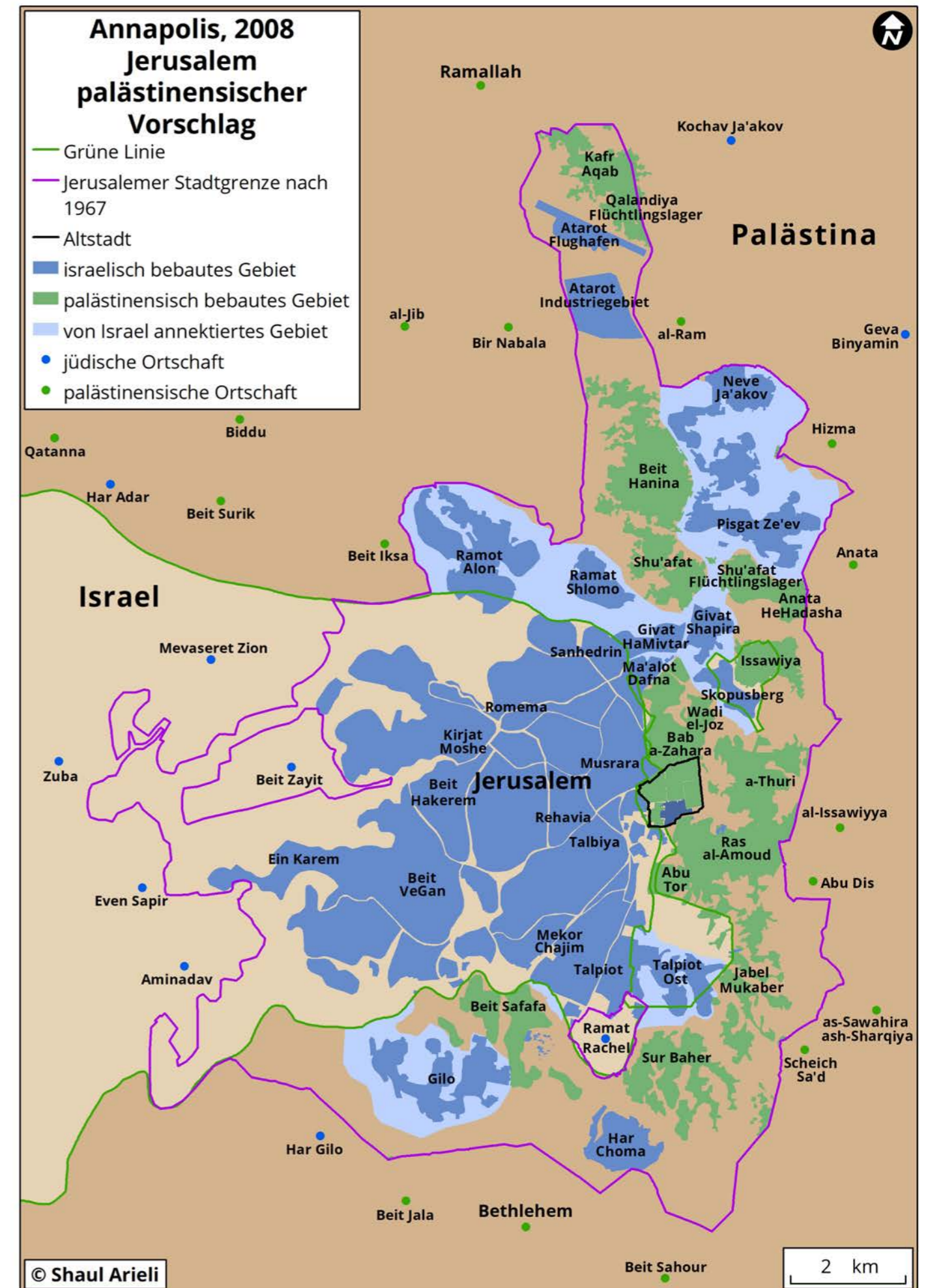
werden zwei Frühwarnstationen betrieben. Die Palästinenser stimmen dem unter der Bedingung zu, dass die Stationen vor allem von Amerikanern und weniger von Israelis betrieben werden. Viertens: Zum Wohl beider Seiten werden internationale Streitkräfte in sensiblen Gebieten stationiert, insbesondere entlang der Außengrenzen des palästinensischen Staates mit Jordanien und Ägypten sowie an internationalen Grenzübergängen. Die Palästinenser äußerten sich besorgt über eine künftige Bedrohung durch Israel und verlangen eine Schutztruppe, die sie vor einer zukünftigen Invasion durch Israel bewahrt. Israel lehnt internationale Truppen in einer Pufferzone zwischen beiden Staaten ab. Zu den Aufgaben der internationalen Streitkräfte sollte die Überwachung der Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen sowie die Koordination eines Verbindungsmechanismus zwischen beiden Parteien gehören.

Flüchtlinge

Die Flüchtlingsfrage war der schwierigste Verhandlungspunkt. Laut palästinensischem Narrativ liegt die moralische und rechtliche Verantwortung für die Entstehung und das Weiterbestehen des Flüchtlingsproblems allein bei Israel. In den Unterredungen zwischen Mahmud Abbas und Ehud Olmert wurden die auseinanderklaffenden Positionen beider Seiten hinsichtlich des „Rechts auf Rückkehr“ und der Zahl der Flüchtlinge, die Israel aufnehmen sollte, deutlich. Olmert lehnte die Anerkennung eines Rückkehrrechts ab, erklärte sich jedoch bereit, als humanitäre Geste über einen Zeitraum von fünf Jahren jährlich 1.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Abbas betonte seinerseits, dass er nicht befugt sei, auf das Rückkehrrecht jedes Flüchtlings zu verzichten. Er hielt an den Zahlen fest, die in früheren Verhandlungsrunden genannt worden waren, wonach Israel 10 Jahre lang 10.000 Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen sollte. Nach Gesprächen im Flüchtlingsausschuss erklärten sich die Palästinenser bereit, die Zahl auf insgesamt 80.000 zu reduzieren. In diesem Zusammenhang ist eine Erklärung von Abbas aus dem Jahr 2008 wichtig, in der er seine Bereitschaft zur Begrenzung der Flüchtlinge, die nach Israel zurückkehren dürfen, begründet: „Es wäre unlogisch, von Israel die Aufnahme von fünf oder gar einer Million Flüchtlinge zu verlangen. Das würde das Ende Israels bedeuten.“

Unter dem Druck der US-Außenministerin Condoleezza Rice einigten sich die Parteien auf einen internationalen Ausschuss zur Lösung des Flüchtlingsproblems. Das Gremium sollte für die Bereitstellung von Entschädigungen, die Rehabilitation von Flüchtlingen in arabischen Aufnahmeländern, die Aufnahme in Drittländern und die Rückkehr von Flüchtlingen in den palästinensischen Staat verantwortlich sein. Beide Seiten waren sich einig, dass nach der Gründung eines palästinensischen Staates und der Aktivierung des Ausschusses die VN-Agentur für Flüchtlinge (UNRWA) aufgelöst wird. Die palästinensische Seite forderte eine „gerechte und verhandelte“ Lösung des Flüchtlingsproblems, die auf der arabischen Friedensinitiative und deren Auslegung der VN-Resolution 194 beruhen sollte, die vom Recht auf Rückkehr spricht. Für Israel existierte lediglich ein Rückkehrrecht in den palästinensischen Staat, da Israel die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes sei und Palästina die nationale Heimat der Palästinenser. Die Palästinenser forderten, dass Israel seine moralische und rechtliche Verantwortung anerkennt oder sich als wesentlicher Bestandteil entschuldigt. Israel lehnte diese Forderung ab und war lediglich bereit, palästinensisches Leid anzuerkennen. Die Palästinenser forderten zudem die Rückgabe oder Entschädigung für materielle und immaterielle Güter, einschließlich einer Entschädigung für Aufnahmeländer. Israel wollte nur die Flüchtlinge selbst entschädigen und forderte, dass dies auch für jüdische Flüchtlinge gelten sollte, die aus arabischen Ländern geflohen waren. In Bezug auf die Finanzierung der internationalen Mechanismen forderten die Palästinenser, dass Israel einen großen Teil des Fonds zahlt, da es für den den Palästinensern zugefügten Schaden haftet. Israel lehnte eine Gesamthaftung ab, erklärte sich jedoch bereit, einen bestimmten Festbetrag für den Fond bereitzustellen.

Die von beiden Seiten während der Verhandlungen in Annapolis getroffenen Vereinbarungen und Entscheidungen wurden nie umgesetzt. Ende 2008 startete Israel die Operation „Gegossenes Blei“ gegen die Hamas im Gazastreifen, und einige Monate später trat Israels Ministerpräsident Olmert wegen Korruptionsvorwürfen zurück.



Präsident Trumps Friedensvision

28. Januar 2020

US-Präsident Donald Trump stellte der Welt seine Friedensvision am 28. Januar 2020 vor. Der Plan war in den letzten drei Jahren vom US-Team für israelisch-palästinensische Verhandlungen unter der Leitung von Jared Kushner als führendem Berater des Präsidenten vorbereitet worden.

Bei der Friedensvision handelt es sich um eine Absichtserklärung und einen Entwurf zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts unter Beteiligung von arabischen Staaten unter Führung der USA. Der Plan basiert auf der Zwei-Staaten-Lösung, wobei das israelische Narrativ übernommen wird. Der Plan priorisiert Israels Positionen in Bezug auf Sicherheit, Jerusalem, Siedlungen und Flüchtlingsfrage. Er nimmt eine ungewöhnliche Auslegung der VN-Resolution 242 vor, die anderen Entscheidungen des VN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung widerspricht, und er ignoriert die Erfolge früherer Verhandlungsrunden und die Punkte, an denen diese endeten.

Der Plan enthält folgende zentralen Aussagen:

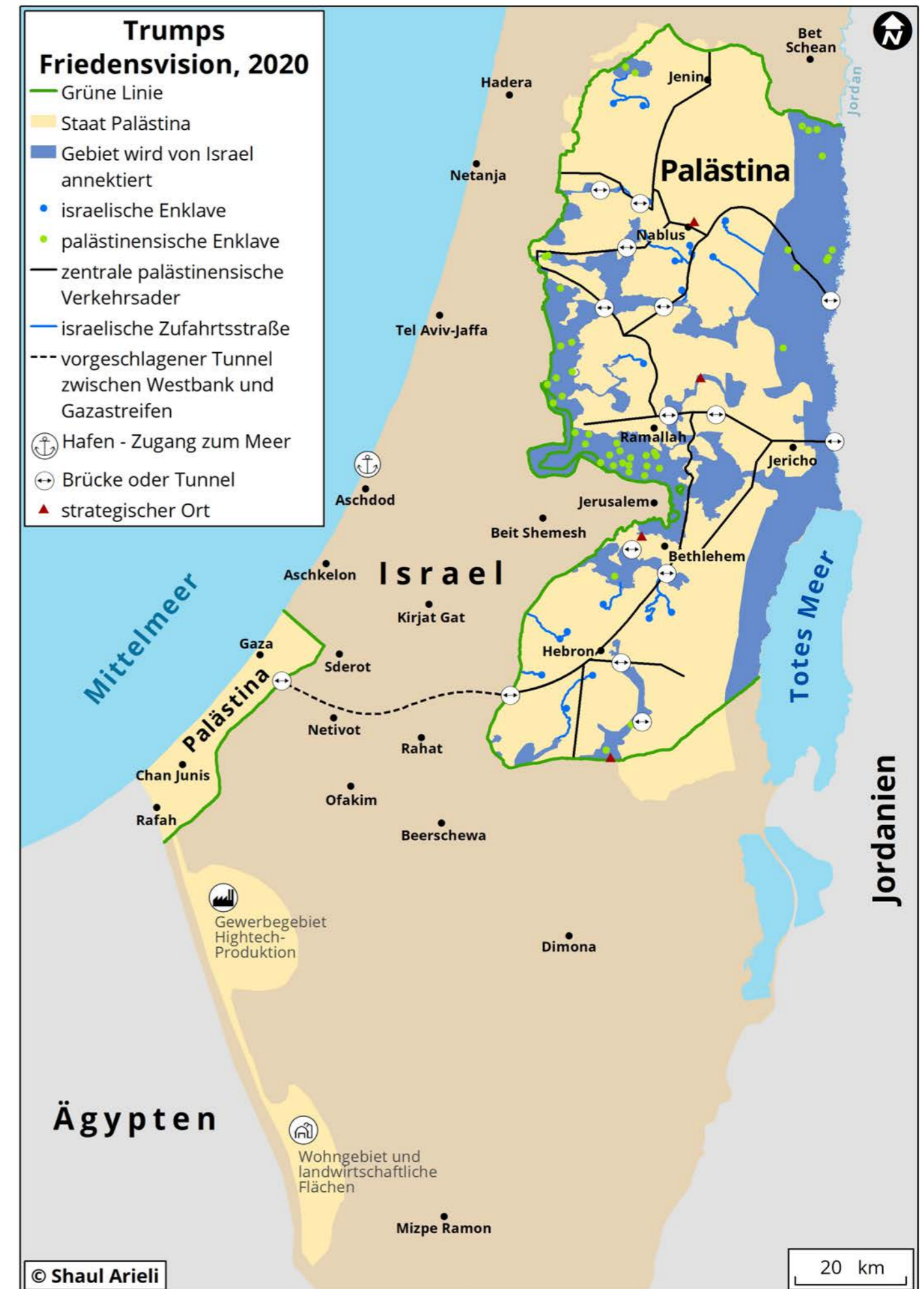
Grenzen: Palästina hat keine Grenzen zu Nachbarländern wie Ägypten im Westen oder Jordanien im Osten und wird vollständig von israelischem Territorium umgeben sein. Die Grenze zwischen beiden Ländern ist 1.700 km lang. Palästina umfasst 17 israelische Enklaven mit 16.500 israelischen Einwohnern. 130 km Straße werden diese Enklaven mit anderen, an Israel angeschlossenen Gebieten verbinden. Innerhalb Israels gibt es 43 palästinensische Enklaven mit 106.000 Einwohnern. Landtausch wird zu Gunsten Israels im Verhältnis von 1:2,13 durchgeführt. Rund 150.000 arabische Bürgerinnen und Bürger Israels werden zusammen mit ihren Städten und Dörfern der palästinensischen Souveränität unterstellt. Ein Landkorridor wird den Gazastreifen mit dem Westjordanland verbinden.

Sicherheit: Israel bleibt die oberste Sicherheitsinstanz in einem entmilitarisierten Palästina ohne schwere Bewaffnung. Israel ist für die Sicherheit der israelischen Enklaven in Palästina und der palästinensischen Enklaven in Israel sowie entlang der Verbindungstraßen verantwortlich. Israel kontrolliert die Außengrenzen und Grenzübergänge Palästinas, seinen Luft- und Seeraum sowie sein elektromagnetisches Spektrum. Die Sperranlage wird abgerissen; eine neue, viermal so lange Anlage wird entlang der neuen Grenze errichtet.

Jerusalem: Das vereinte Jerusalem bleibt unter israelischer Souveränität, einschließlich von Altstadt und Tempelberg (93 Prozent des derzeitigen Stadtgebiets). Die einzigen Ausnahmen bilden Viertel außerhalb der Sperranlage. Religionsfreiheit und Zugang zu den heiligen Stätten werden unter israelischer Sicherheitskontrolle gewährleistet. Die palästinensische Hauptstadt besteht aus drei getrennten Gebietseinheiten, die allesamt außerhalb des von der arabischen und muslimischen Welt als Al-Quds anerkannten Gebiets liegen (historisches Jerusalem).

Flüchtlingsfrage: Palästinensische Flüchtlinge dürfen nicht nach Israel zurückkehren. Israel hat ein Vetorecht für Flüchtlinge, die sich in Palästina niederlassen dürfen. Die Themen Unterbringung und Entschädigung werden von einem internationalen Ausschuss behandelt. Ein separater internationaler Ausschuss kümmert sich um die Entschädigung von jüdischen Flüchtlingen aus den arabischen Ländern.

Trump's Friedensvision greift auf Schlüsselkonzepte früherer Prozesse zurück – auf die Zwei-Staaten-Lösung, auf eine palästinensische Hauptstadt in Jerusalem, auf Landtausch, auf territoriale Kontinuität, auf Entmilitarisierung etc. Diesen Begriffen werden jedoch Aspekte hinzugefügt, die im Widerspruch zu allem stehen, was zuvor von den Parteien und der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der USA, vereinbart wurde.



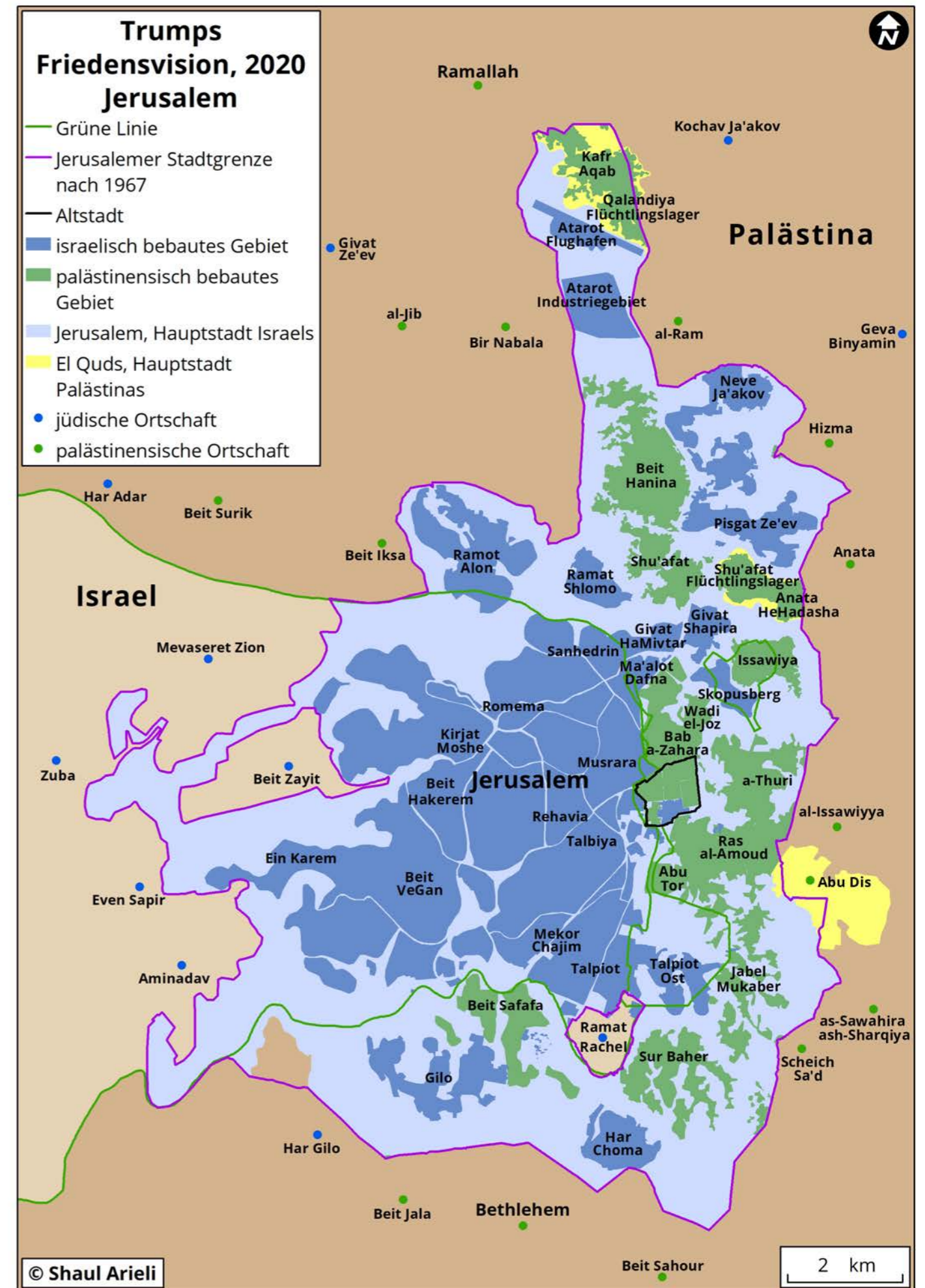
Zu den auf internationalen Resolutionen basierenden Parametern, die bis zur Unkenntlichkeit neu definiert wurden, gehören: Grenzen basierend auf den Linien von 1967 mit Einzu-Eins-Landtausch; ein entmilitarisierte palästinensischer Staat mit umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen; zwei Hauptstädte in Jerusalem entlang der demografischen Teilung mit besonderen Vorkehrungen an den heiligen Stätten; und die Rückkehr von Flüchtlingen nach Palästina, begleitet von Entschädigungen und weiteren Maßnahmen.

Eine Verwirklichung von Trumps Friedensvision würde zu erheblichen politischen, territorialen, wirtschaftlichen und demografischen Schwierigkeiten führen. Da die territoriale Kontiguität des palästinensischen Staates unterbrochen wäre, könnte kein funktionstüchtiger Staat in Bezug auf Recht und Ordnung, Wirtschaft und Gemeinschaftsleben entstehen. Die Umsetzung des Plans würde von IDF und Israel enorme Ressourcen und Personal für die alltägliche Sicherheit im gesamten palästinensischen Gebiet verlangen. Darüber hinaus untergräbt der Plan internationale Verträge zum Recht auf Eigentum, Bewegungsfreiheit und andere grundlegende Rechte.

Die palästinensische Antwort auf Trumps Friedensvision macht deutlich, dass sich kein palästinensischer oder arabischer Verhandlungspartner finden wird, der ein permanentes Abkommen unterzeichnet, das von der üblichen Auslegung der VN-Resolutionen und den Ergebnissen früherer Verhandlungsrunden abweicht.

Israel unter Benjamin Netanjahu, der ein wichtiger Partner bei der Formulierung des Plans war, begrüßte Trumps Friedensvision. Eine fest entschlossene, stark ideologische Minderheit in Israel, die eine einseitige Annexion befürwortet, sah den Plan als Beweis dafür, dass die Trump-Administration eine historische Chance bot, die eigenen Visionen zu realisieren. Der Siedlerrat schlug Korrekturen der Karte vor, die territoriale Kontinuitäten schaffen sollten, um jüdische Enklaven zu annektieren und das Gros der palästinensischen Enklaven zu beseitigen.

Die Palästinenser unter Mahmud Abbas waren zunächst vom Prozess ausgeschlossen und weigerten sich, mit dem US-Team zusammenzuarbeiten, als sie dazu eingeladen wurden. Sie lehnten den Plan ganz entschieden ab. Die Reaktionen in der arabischen Welt und der internationalen Gemeinschaft reichten von neutralen und unverbindlichen Erklärungen über höfliche Ablehnung (ein Beharren auf der arabischen Friedensinitiative) bis hin zur völligen Zurückweisung und Unterstützung der palästinensischen Position. Letztendlich scheiterte die Friedensvision daran, dass sie keinen palästinensischen und/oder arabischen Partner für ihre Umsetzung fand.



Vorschlag für optimale Grenzen zwischen Israel und Palästina

Die vereinbarte – und von der internationalen Gemeinschaft akzeptierte – Grundlage für eine Zwei-Staaten-Lösung ist die Rückkehr zu den Grenzen von 1967. Daher müssen Entscheidungen über den Verlauf einer künftigen Grenze zwischen Israel und Palästina mit dem Prinzip des Landtausches beginnen, das bei den Verhandlungen zwischen den beiden Seiten bis zur Wiederwahl von Netanjahu 2009 maßgeblich gewesen ist. Ein Landtausch ist aber auch mit „Kosten“ verbunden: im Westjordanland müssen Siedlungen geräumt, deren Bewohnerinnen und Bewohnern in Israel angesiedelt werden; das Leben der Palästinenser wird durch die Unterbrechung der territorialen Kontinuität nach der israelischen Annexion von „Siedlungsblöcken“ oder „Landzungen“ beeinträchtigt, die in palästinensisches Gebiet hinein ragen; israelische Gemeinden in Grenznähe, denen Ländereien im Zuge des Landtausches genommen werden, rücken näher an die neue Grenze heran.

Das palästinensische Leben wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinträchtigt. Wirtschaftliche und familiäre Beziehungen sind erschwert, die großen Städte und medizinische Dienstleistungen nur schwer erreichbar. Die Dorfbevölkerung wird am Zugang zu ihren Ländereien gehindert oder kann diese nur mit Mühen erreichen und bewirtschaften. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Palästinenser sinkt (temporär oder permanent). Der Zugang zu Wasserquellen ist eingeschränkt und vieles mehr. Auf der israelischen Seite der Grenze wird die Übergabe von Ländereien an Palästina den israelischen Gemeinden, die das Land bestellen, wirtschaftlich und anderweitig schaden. Diese müssen anhand von Parametern wie der Größe des Gebiets und der Entfernung zwischen Ortschaft und Ländereien oder lebenswichtiger Infrastruktur geprüft werden. Weiterhin ist zu berücksichtigen, ob die Ländereien in Privatbesitz sind oder der Kommune gehören. Auch die Art der Landnutzung und zukünftige Entwicklungspläne bei wachsenden Kommunen und weitere Faktoren müssen miteinbezogen werden.

Im innerisraelischen Kontext ist das Ausmaß der Räumung von Siedlungen das schwierigste Problem – insbesondere Siedlungen, die weit hinter der Grünen Linie liegen. Die Annexion dieser „isolierten“ Siedlungen beeinträchtigt das palästinensische Leben erheblich und zieht umfangreiche Landtauschmaßnahmen nach sich, die israelischen Gemeinden innerhalb der Grünen Linie schaden. Die Reduzierung des „Preises“ einer Komponente treibt den Preis, den die verbleibenden zwei Komponenten zahlen müssen, in die Höhe. Durch die Annexion weiterer jüdischer Siedlungen müssen zwar weniger Siedlungen (freiwillig oder erzwungenen) geräumt werden, dafür sind die Auswirkungen auf das palästinensische Leben und der Schaden für israelische Gemeinden in der Nähe der Grenze umso höher. Um den Schaden für Palästinenser und Israelis auf beiden Seiten der Grenze und den Umfang des Landtausches zu begrenzen, müssen mehr jüdische Siedlerinnen und Siedler aus dem Westjordanland evakuiert werden.

Nach Berücksichtigung und Abwägung all dieser Faktoren liegt es nahe, dass ein optimaler Grenzverlauf zwischen Israel und Palästina vor allem Siedlungsblöcke in der Nähe der Grünen Linie einschließt. Die vorgeschlagene Grenze erfordert den Tausch von 242 km², was 3,9 Prozent der Fläche des palästinensischen Staates (6.205 km²) entspricht. Die Länge der vorgeschlagenen Grenze beträgt 741 km. Die Zahl der jüdischen Siedlungen in den angrenzenden Gebieten beträgt 49 (einschließlich von 12 Stadtteilen in Ostjerusalem), und die Zahl der in diesen Gebieten lebenden Israelis liegt bei 513.000 (79% aller Israelis, die östlich der Grünen Linie leben). Innerhalb Israels verlieren 20 israelische Gemeinden 20% oder mehr ihrer Ländereien, und 24 israelische Gemeinden befinden sich einen Kilometer oder weniger von der vorgeschlagenen Grenze. Auf der anderen Seite verlieren 69 palästinensische Gemeinden durchschnittlich 15,2% ihres Landes, während die territoriale Kontiguität und die Mobilität der Palästinenser nicht beeinträchtigt werden.



Danksagungen

An der Veröffentlichung dieses Atlas haben zahlreiche Kollegen und Freunde mitgewirkt, denen ich allen danken möchte.

Besonderer Dank geht an Professor Vered Vinitzky-Seroussi, Leiterin des Truman-Instituts, deren Entschlossenheit mir beim Überbrücken von Schwierigkeiten geholfen hat, sodass dieser Atlas das Licht der Welt erblicken konnte. Sie wurde von ihrer engen Mitarbeiterin Timna Cohen begleitet.

Ein herzlicher Dank geht auch an Mulli Melzer, dem Herausgeber dieses Atlas und meiner letzten fünf Bücher beim Sifrey Aliyat Hagag-Verlag und Yedioth Ahronoth; Mulli hat mir äußerst effizient und professionell zur Seite gestanden. Die Zusammenarbeit mit ihm ist wie immer eine Freude gewesen. Mein Dank gilt auch meinem Assistenten Reshef Moriah, der die Landkarten höchst professionell und bewundernswert kreativ vorbereitet hat. Ich bedanke mich auch bei Professor Gideon Biger für seine sachkundigen Kommentare, Korrekturen und endlose Geduld. Vielen Dank an Brigadegeneral (Res.) Udi Dekel, Direktor des INSS, für seine Anmerkungen zum Annapolis-Prozess. Und zu guter Letzt möchte ich mich auch bei Antje Eiger bedanken, die den Text dieses Atlas ins Deutsche übersetzt hat.

Mein Dank gilt dem Truman-Institut für Frieden, dem Israel Policy Forum, der Stiftung für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Genfer Initiative und den Kommandanten der israelischen Sicherheitsbewegung für ihre langjährigen gemeinsamen Bemühungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Shaul Arieli

Dezember 2020

Quellen

Sofern nicht anders angegeben, sind sämtliche Veröffentlichungen in hebräischer Sprache.

Arieli, Shaul und Michael Sfard. **Krieg und Torheit**, Sifrey Aliyat Hagag und Yedioth Ahronoth, 2008.

Arieli, Shaul. **A Border Between Us**, Sifrey Aliyat Hagag und Yedioth Ahronoth, 2021 (Englisch)

Arieli, Shaul. **Alle Grenzen Israels**. Sifrey Aliyat Hagag und Yedioth Ahronoth, 2013.

Arieli, Shaul. **Messianism Meets Reality: The Israeli Settlement Project in Judea and Samaria: Vision or Illusion, 1967-2016**. Stiftung für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 2017 (Englisch).

Baruch, Moshe. „Geografische Faktoren bei der Bestimmung der Grenze zwischen dem Land Israel und Ägypten“, *Ariel*, 1999.

Baruch, Moshe. **Israels Grenzen - Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft**. Yavne, 1988.

Ben-Ami, Shlomo, **Front ohne Hinterland**, Yedioth Books, 2003.

Ben-Gurion, David und Yitzhak Ben-Zvi. **Eretz Israel in Vergangenheit und Gegenwart**. Yitzhak Ben-Zvi Institut, 1918 (Jiddisch; hebräische Übers. 1979).

Biger, Gideon und David Shatner, „Die Klinge des Pfluges bestimmte die Grenze - die israelisch-jordanische Grenze 1922-1994“, **Iyunim Bitkumat Israel**, 2007.

Biger, Gideon, „Über das Problem der Bestimmung der südlichen Grenze von Palästina nach dem Ersten Weltkrieg“, **Hamizrah HeHadash**, 1981.

Biger, Gideon. **Ein Land mit vielen Grenzen**, Ben Gurion University, 2001

Kommandanten für Israels Sicherheit. **Eine stabile Grenze: Eine Grenze der Trennung und Sicherheit zwischen Israel und Palästina**, April 2017.

Eldar, Akiva, Interview mit Amos Malka, ehemaliger Chef des militärischen Geheimdienstes. **Ha'aretz**, Juni 2004 (Englisch).

Friedman, Yeshayahu. „Wie wurde Transjordanien aus der nationalen jüdischen Heimstätte im Land Israel gerissen?“ **Iyunim Bitkumat Israel**, 2005.

Friedman, Yeshayahu. **Ein Mythos der doppelten Versprechen: Britannien, die Araber und Zionismus, 1915-1920**. Ben-Gurion-Institut, 2004.

Galnoor, Itzhak. „**Und Söhne werden an ihre Grenzen zurückkehren**“, Magnes, 1995.

Katz, Yossi. **Ein Staat im Entstehen**, Magnes, 2000.

Kramer, Ziva. **Arabischer Nationalismus und die Gründung der arabischen Staaten**. Am Oved, 1989.

Protokoll einer Sitzung des Mapai-Zentralkomitees vom 23. Juni 1936. Sde Boker.

Ne'eman, Uri und David Arbel. **Schicksalhafte Entscheidungen: Das Land Israel von Teilung**

zu Teilung, Yedioth Ahronoth, 2011.

Oren, Elhanan. „The Country's Waist: The Shaping of the Green Line in the Sharon, 1937 - 1947.“ In: **The Sharon**, between the Yarkon und the Carmel, Hrsg. Avi Degani, David Grossman und Avshalom Shmueli. Verteidigungsministerium, 1990. (Englisch)

Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Haschemitischen Königreich von Jordanien, 1994, Knesset-Webseite (www.knesset.gov.il), 2000.

Porath, Yehoshua. **From Riots to Rebellion: The Palestinian-Arab National Movement 1929-1939**, Cass, 1955 (Englisch).

Porath, Yehoshua. **The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement 1918-1929**, Cass, 1974 (Englisch).

Pundak, Ron und Shaul Arieli. **Der territoriale Aspekt der Verhandlungen über den ständigen Status zwischen Israel und Palästina**, Peres Institut for Frieden, 2004.

Rabinovich, Itamar, Ron Sebal und Oded Eran. „Ein Jahrhundert nach der Unterzeichnung des Sykes-Picot-Abkommens: Aktuelle Herausforderungen“; **Mabat AI 822**, 16. Mai 2016.

Report of the Royal Commission (Peel Commission), Webseite der Jewish Virtual Library (www.jewishvirtuallibrary.org) (Englisch).

Rubinstein, Elyakim. „An der Grenze und an der Grenze zwischen Israel und Jordanien“, Da'at-Webseite, 2004.

Said, Edward. **The Question of Palestine**, Times Books, 1979 (Englisch).

Sher, Gilead. „**The Israeli-Palestinian Peace Negotiations, 1999-2001: Within Reach**“, Routledge, 2006 (Englisch).

UN-Decision on the Establishment of a Hebrew State, 1947. Knesset-Webseite (www.knesset.gov.il), 2000 (Englisch).

Vogelman, Shai. „Was geschah mit den 130.000 syrischen Bürgern, die im Juni 1967 auf den Golanhöhen lebten?“ Haaretz, 1. Dezember 2010.